

Ian Buruma über Geert Wilders, Jürg Altwegg über Emmanuel Macron

DIE WELTWOCHEN

Nummer 7 – 16. Februar 2017 – 85. Jahrgang – Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

Calimeros
Schlagerwunder
aus dem Berner Oberland

Bruchlandung der Elite

Was die Bürgerlichen lernen können



Migration
Millionen
warten in
Afrika

Intellektuelle
Pankaj
Mishra
über Zorn

Wirtschaft
Im Weinkeller mit
Gérard Depardieu

4 194407 006904
20

DUBAI

Einmal im Leben ins einzige
7***** Hotel der Welt?

Wir machen es möglich. Das Burj al Arab ist in der Zwischenzeit zu einem Wahrzeichen von Dubai geworden. Ein eigener Butler der sich um alles kümmert, ein Zimmer auf zwei Etagen und ein Luxusbad.

Das sind nur einige der Annehmlichkeiten die das Burj al Arab*****, eines der besten Hotels der Welt, bietet. Dazu drei Nächte im wunderschönen Jumeirah Zabeel Saray**** auf der Palm Jumeirah. Das Hotel, im arabisch/maurischen Stil lässt (fast) keine Wünsche offen. Ein riesiger SPA Bereich mit 42 Behandlungsräumen, einem „Schneezimmer“, drei Saunas und zwei Salzwasserpools sorgen für entspannte Ferien.

2'595.-*
CHF
pro Person

Leistungen:** Tägliche Flüge mit Emirates oder Swiss nonstop nach Dubai. Preise pro Person/Basis Doppelzimmer, inkl. Flüge, sämtliche Steuern und Taxen, drei Übernachtungen im Jumeirah Beach Zabeel Saray* und zwei Übernachtungen im weltberühmten Burj al Arab*****, Halbpension in beiden Hotels sowie sämtliche Transfers mit privatem Chauffeur.

Reisedaten:

09.05. – 03.06.17 CHF 2'880.-

04.06. – 19.06.17 CHF 2'595.-

20.06. – 25.09.17 CHF 2'750.-

Oder doch lieber ins luxuriöse
Shangri La's Al Husn in Oman?

1'420.-*
CHF
pro Person

OMAN

In einer urwüchsigen Landschaft, eingerahmt von ockerfarbigen Felsen, liegt dieses luxuriöse Resort am rund 500 Meter langen Sandstrand. "Das Schloss" wie das Shangri La's Al Husn**** auch genannt wird, liegt leicht erhöht auf einem Felsvorsprung und begeistert seine Gäste durch einen perfekten Service, grosszügige Zimmer mit jeglichem Komfort und dem traditionellen "Afternoon Tea" sowie der "Happy hour" am Abend. Die kostenlose Minibar wird täglich mit nichtalkoholischen Getränken und Bier aufgefüllt und jeden Tag erwarten Sie frische Früchte im Zimmer. Fitnesscenter, Swimmingpools, ein privater Strand und der Butlerservice runden das Angebot ab (Halbpension CHF. 45.-).

Leistungen:** Tägliche Flüge mit Oman Air oder Swiss nach Muscat vom 01. Mai bis 30. September 2017. Preise pro Person/Basis Doppelzimmer, inkl. Flüge, sämtliche Steuern und Taxen, 5 Übernachtungen im Shangri La's Al Husn*, Zimmer/Frühstück sowie Transfers mit privatem Chauffeur. 20% auf Behandlungen im hoteleigenen SPA.

Nur für kurze Zeit
zu diesen Preisen
buchbar.

Weitere tolle Angebote auf
www.bischofberger-reisen.ch

bischofberger
reisen
Ihr Arabien Spezialist

Dufourstrasse 157 - 8008 Zürich
Tel. 044 384 93 93
www.bischofberger-reisen.ch
info@bischofberger-reisen.ch

 REISEGARANTIE



Es gibt wenige Schauspieler, die eine so breite Palette von Rollen gefüllt haben: Von der Klamotte («Obelix») über historische Klassiker («Cyrano de Bergerac») bis zum avantgardistischen Streifen («Hélas pour moi») hat



Walliser Wein: Baur, Depardieu (r.).

Gérard Depardieu in über 170 Filmen die Hauptrolle gespielt. Redaktor Alex Baur hatte die Gelegenheit, den französischen Weltstar, der auch ausserhalb der Kinos immer wieder für Furore sorgte, in Sitten zu treffen. Das Thema Film haben die beiden indes nur gestreift. Während des mehrstündigen Treffens im privaten Kreis ging es nur um eines: den Walliser Wein. Seite 49

Er ist ein prononcierter Kritiker des britischen Kolonialismus und verbringt einen Teil des Jahres in seinem Heimatdorf am Fuss des Himalaja. Doch der anglo-indische Denker Pankaj Mishra, den *Weltwoche*-Redaktor Wolfgang Koydl in seinem Studio in Nordlondon besuchte, ist eng verbunden mit dem britischen Establishment: Seine Frau ist die Tochter eines Barons und eine Cousine von Ex-Premier David Cameron. Im Interview spricht Mishra über sein neues Buch «Zeitalter des Zorns», in dem er den Ursachen für unsere aus den Fugen geratene Welt nachspürt. Seite 38

Das Superwahljahr 2017 nimmt Fahrt auf. In Deutschland schiebt sich Martin Schulz in Position (Wahltermin: 24. September). In Frankreich schießt mit Emmanuel Macron ein junger Stern auf am Horizont. Er gilt zur Stunde als Mann mit grossen Chancen fürs Präsidenten-

amt (Wahltermin: 23. April), wie Jürg Altwegg in seinem Porträt schreibt. Seite 42

In den Niederlanden dominieren Geert Wilders und seine nationalkonservative Freiheitspartei seit Herbst die Umfragen für die Parlamentswahlen am 15. März. Mit dieser Ausgabe startet die *Weltwoche* eine lockere Serie über den Machtkampf in den Niederlanden. Den Reigen eröffnet der renommierte Publizist Ian Buruma, der von linker Warte den Aufstieg Wilders vom Spross eurasischer Vorfahren zum Vorkämpfer des «Patriotischen Frühlings» in Europa schildert. Seite 44

Dutzende von Fans drängten sich in der Konzertpause um die Musiker, es war kein Durchkommen mehr, alle wollten ein Autogramm und ein Bild von ihren Idolen. Die Rede ist nicht von einem Popkonzert für Teenager, sondern von den Calimeros aus Uetendorf BE. Die Schlagerband existiert bereits seit vierzig Jahren – erst vor kurzem ist ihr aber der Durchbruch in Deutschland gelungen. Heute gehört das Trio zu den beliebtesten Formationen der boomenden Schlagerbranche. Kulturredaktor Rico Bandle hat das Trio zu einem Konzert im Ruhrgebiet begleitet. Für viele der meist älteren Fans sind die Calimeros nicht bloss sympathische Musiker, sondern überlebenswichtige Wärmestrahler in schweren Zeiten. Seite 52

Die letzten sieben Jahren berichtete Kurt Pelda aus Nordafrika und dem Nahen Osten. Nun wechselt er zum Zürcher *Tages-Anzeiger*. Wir freuen uns, dass *Weltwoche*-Journalisten auch andere Redaktionen verstärken, und wünschen Kollege Pelda viel Erfolg. Unsere Tür bleibt offen. In dieser Ausgabe erscheint sein vorletzter Artikel, eine Bestandesaufnahme zur Migration. Seite 26

Ihre *Weltwoche*

G
THE GENTLEMEN'S CLINIC
ZÜRICH

Nicht mehr müde aussehen!

Augenlidkorrektur
ab CHF 4500.00

Botulinumtoxin/Filler/PRP
ab CHF 500.00

Kostenlose und unverbindliche Erstkonsultation.

AMBULANTE ÄSTHETIK FÜR DEN GEPFLEGTEN HERRN

Utoquai 39, 8008 Zürich | Tel. 044 5 500 500
www.gentlemensclinic.ch

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 310.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi (*Wirtschaft*), René Zeller (*Bundespolitik*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:
Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrig (*Leitung Ausland*), Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Christoph Mörgeli, Alex Reichmuth, Markus Schär, Claudia Schumacher, Florian Schwab

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Mark van Huisseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Christoph Landolt, Franziska K. Müller, Matthias Matussek, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Linus Reichlin, Peter Ruch, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Thilo Sarrazin, David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Sacha Verna (*New York*), Max Wey, Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann
Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*), Silvia Ramsay
Bildredaktion: Martin Kappler, Florian Brunner (*Assistent*)
Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Renate Brunner, Nadia Ghidoli, Rita Kempter, Sandra Noser, Oliver Schmuki, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi
Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Digital-Marketing: Bich-Tien Köppel (*Leitung*)
Online-Vermarktung: Adextra
Tarife und Buchungen: info@adextra.ch
Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Herausgefordert: Glokalisierung

Zurich Economic Impulse

29./30. März 2017

Gottlieb Duttweiler Institute



Programm 29. März 2017

- 12:00 Uhr Zmittag mit den Bundesratsparteien
- 14:00 Uhr Tomáš Sedláček, Tschechischer Ökonom und Bestsellerautor
- 14:30 Uhr Peter Grünenfelder, Direktor Avenir Suisse
- 15:00 Uhr Zwischen Freiheit und Sicherheit:
Die Digitale Transformation
- 16:00 Uhr Cybersecurity: Ist Ihr Unternehmen vorbereitet?
- 17:15 Uhr Wirtschaftswachstum Schweiz - 4 Perspektiven
- 18:00 Uhr Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher Eidgenössisches
Finanzdepartement EFD
- 18:30 Uhr Apéro, Tessiner Abend und Znacht im GDI

Programm 30. März 2017

- 08:00 Uhr Zmorgä-Club – Erfolgsgeheimnisse
- 09:15 Uhr Andréa Maechler, Mitglied des Direktoriums,
Schweizerische Nationalbank
- 09:45 Uhr Filippo Leutenegger, Stadtrat Zürich
- 10:45 Uhr China im Fokus – Erfahrungsberichte
erfolgreicher CEO's
- 11:30 Uhr Willkommen in der Boutique der Welten
- 13:45 Uhr Finanzplatz Schweiz: Quo vadis?
- 14:30 Uhr Sicherheit als Voraussetzung für einen starken
Wirtschaftsstandort
- 15:00 Uhr Nigel Farage, UKIP Mitglied im
Europäischen Parlament

Im Anschluss Verleihung der KPMG M&A Awards

Detailliertes Programm und Anmeldung:
www.zeimpulse.ch

Strategische Main Partner
Emil Frey AG und KPMG Schweiz



Co-Partner
SIX Gruppe



Akademischer Partner
Hochschule Luzern – Wirtschaft



Knowledge Partner
Gottlieb Duttweiler Institute



Medienpartner
Handelszeitung



Medienpartner
Die Weltwoche



Bruchlandung

Ich habe mich geirrt. Wie fühlt man sich als Versager?

Von Roger Köppel

Am Tag nach meiner fürchterlichen Abstimmungsniederlage frohlocken im Bundeshaus die Linken. Beschwingt, fast schwebend wandeln sie durch die Gänge. Ich selber, in guter Stimmung, obschon auch ich grausam danebenlag, stosse in einem schmucklosen Vorraum auf ein Grüppchen fröhlicher Sozialdemokraten.

Gute Laune. Keine Häme. Es scheint, als ob sie über Nacht ein paar Zentimeter gewachsen wären. Sogar sie staunen, dass die Steuerreform derart brutal versenkt wurde. Nie-



Linke: gute Laune, beschwingte Stimmung.

mand hatte das in dieser Krassheit erwartet. Sie röntgen mich freudig, um den Grad meiner Betrübnis abzumessen.

Wir einigen uns auf ein Lob der direkten Demokratie. Einer flötet, es sei wunderbar, wie das Volk der Politik immer wieder Orientierung gebe. Hat er es nach der Masseneinwanderungsinitiative auch so gesehen? Ein anderer sagt, er habe nie begriffen, warum ausgerechnet die SVP für eine Steuerreform gewesen sei, die uns das Ausland aufzwingt.

Da hat er recht. Auch mir fällt es erst jetzt wie Schuppen von den Augen. Diese Steuerreform war gut gemeint, aber sie war schon im Ansatz falsch. Warum soll sich die Schweiz von der EU oder der OECD ein neues Steuersystem aufnötigen lassen, wo doch das alte so gut und so erfolgreich funktioniert?

Ich gebe es ja zu: Ich habe mich geirrt. Ich bin ein Versager. Aber es ist zum Glück noch nicht verboten, aus Fehlern zu lernen. Das gerade ist das Gute an der direkten Demokratie mit ihren Volksentscheiden: Es gibt, wie im Sport oder im Geschäft, die läuternde, augenöffnende Kraft des Resultats.

Wo ich vor allem falschlag: Dieses Ergebnis ist keine Katastrophe. Es ist ein Weckruf, segensreich. Hüten wir uns vor überschüssigen Deutungen. Die Leute wollten diese Reform nicht. Sie war ihnen zu kompliziert, zu

teuer, womöglich zu überladen, zu europäisch, in den Auswirkungen aufs eigene Portemonnaie zu wenig abschätzbar.

Was der Bauer nicht kennt, das isst er nicht. Und wenn die Sache nicht überzeugt, kommt es auf den Absender an. Am Sonntag öffneten sich Abgründe des Misstrauens. Die Wirtschaft und ihre Vertreter stehen geschlagen im Abseits. Sicher wurden Fehler gemacht, aber das war nicht entscheidend. Die Bürgerlichen wurden von Kräften zermalmt, die grösser waren als sie selbst.

Gut, dass es so deutlich herauskam. Nein, SP-Chef Christian Levrat irrt, obschon wir ihm die rare Freude gönnen. Es findet keine linke Wende statt. Wir sind nicht im Begriff, die Marktwirtschaft zu überwinden. Die Schweiz ist eines der wirtschaftsfreundlichsten Länder der Welt. Das bleibt so. Wir lieben unsere Unternehmer. Woher dann aber diese knallende Ohrfeige?

Eine mögliche Erklärung liefert der Wirtschaftsnobelpreisträger Friedrich August von Hayek, kantiger Liberaler, Sozialistenfresser alter Schule und vor allem klug. Er argumentierte sinngemäss, dass es in Demokratien gar nicht gut ankommt, wenn Teile der Gesellschaft den Eindruck hinterlassen, sie lebten nach anderen Gesetzen. Demokratien brauchen eine Art Ethos der Gleichheit, was die Regeln angeht.

Dieser unausgesprochene Gesellschaftsvertrag hat unlängst wieder gelitten. Es begann in der Finanzkrise mit den «Abzockern» und der Selbstbedienung. Heute ist der grosse Aufreger die Zuwanderung. Das Volk will bremsen, die Wirtschaft drückt aufs Pedal. Mit Hilfe des Parlaments wurde sogar die Verfassung ausgehebelt. Die Retourkutsche folgte jetzt.

Was ist die Wirtschaft in den Augen vieler Gegner der Reform? Sie ist eine Ansammlung selbststüchtiger Unternehmen, die immer mehr billige Arbeitskräfte aus dem Ausland holen und dafür auch noch mit Steuersenkungen belohnt werden wollen. Die Ausfälle, die sich ergeben, soll dann, bitte schön, das Volk bezahlen, das man bei der Masseneinwanderung so frech umdribbelte.

Stimmt meine Theorie, verschlimmerten die Befürworter mit ihren Argumenten noch



Bundesrat Maurer: Fehler nicht entscheidend.

die Entfremdung und den Ärger. Sie formulierten es anders, aber so hörte es sich an: «Senkt den Firmen, die billige Ausländer holen, die Steuern, damit in Zukunft noch mehr ausländische Firmen kommen, die noch mehr billige Arbeitskräfte aus dem Ausland holen.»

Beweisen lässt es sich nicht, aber ich fürchte, ich habe recht: Die unbeschränkte Zuwanderung produziert ein Ressentiment gegen die Wirtschaft, das den Linken nützt und der Schweiz schadet. Das sollten auch die übel abgestraften Wirtschaftsverbände merken.

Zwei Lehren folgen aus der Analyse.

Erstens: Kehren wir zurück zur kontrollierten Migration. Wir brauchen keine Masseninvasion. Gefragt ist massvolle, massgeschneiderte Einwanderung von Ausländern, die wirklich gebraucht werden und den Sozialwerken oder Strafanstalten nicht zur Last fallen. Weniger Zuwanderung heisst weniger Misstrauen, weniger Druck, mehr Freiheit, weniger links. Das Rezept steht in der Verfassung, deren Umsetzung Bundesrat und Parlament verweigern.

Zweitens: Lassen wir unser Steuersystem, wie es ist. Was bringt es, einen weiteren Murks zu fabrizieren? Das Neue wurde abgelehnt, also behalten wir das Alte. Es klingt fast wie ein schlechter Witz: Die Oase Schweiz soll sich von Wüsten die Gestaltung ihres Gartens diktieren lassen. Das kann es irgendwie nicht sein.

Dem Druck und den «schwarzen Listen» werden wir standhalten. Vermutlich. Die USA unter Trump schrauben die Steuern herunter, um Firmen zurückzuholen. Die Briten marschieren in die gleiche Richtung. Sollte sich die Schweiz nicht eher an den Angelsachsen orientieren als an den Bankrotteuren der EU?

Stillsitzen und abwarten.

Wir behandeln viele Stars – am häufigsten den grauen und den grünen.

Augenchirurgie. Eines der Fachgebiete in Ihrer Privatklinik für Chirurgie und individuellen Service. pyramide.ch

Spitze für Sie.



SPEZIELL FÜR DIE SCHWEIZ: DIE SONDERMODELLE BEREITS FÜR Fr.

HIT-LEASING
AB Fr. 157.-/MONAT



Abb.: NEW BALENO BOOSTERJET TRADIZIO® TOP

**NEW BALENO BOOSTERJET TRADIZIO® TOP
BEREITS FÜR Fr. 19 990.-**

Abb.: NEW VITARA

**NEW VITARA
BEREITS FÜR**

+ TRADIZIO

FÜR DIE SCHWEIZ GEMACHT: TRADIZIO® SONDERMODELLE

Die Suzuki Sondermodelle Baleno, Vitara und Celerio Tradizio® sind eine Liebeserklärung an die Schweiz. Nebst dem Tradizio® Zusatzpaket sind alle drei Fahrzeuge umfassend ausgestattet.

*Ihr Tradizio® Zusatzpaket:

4 Winter-Komplettäder (Markenwinterreifen auf Leichtmetallfelgen), traditionelle Dekorelemente, Tradizio® Sitzapplikationen, exklusiver Schlüsselanhänger, Einstiegsleisten vorne und hochwertige Freizeitdecke mit praktischer Deckentasche inklusive bis zu Fr. 3 000.- Preissenkung (New Vitara).

SUZUKI
NEW HIT-LEASING

Ihr Suzuki Fachhändler unterbreitet Ihnen gerne ein individuell auf Ihre Wünsche und Bedürfnisse abgestimmtes Suzuki Hit-Leasing-Angebot mit attraktiven 3.9%. **Leasing-Konditionen:** 48 Monate Laufzeit, 10000km pro Jahr, effektiver Jahreszins 3.97%, Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung: 30% vom Nettoverkaufspreis, Kautions: 5% vom Nettoverkaufspreis, mindestens Fr. 1000.-. Die Laufzeit und Kilometerleistung sind variabel und können Ihren Wünschen und Bedürfnissen angepasst werden. Finanzierung und Leasing: www.multilease.ch. **Sämtliche Preisangaben verstehen sich als unverbindliche Preisempfehlung, inkl. MwSt. (Preissenkung von bis zu Fr. 3 000.- bereits berücksichtigt).** Limitierte Serie. Nur solange Vorrat. Jetzt kaufen und profitieren. Gültig für Vertragsabschlüsse bis 30.6.2017 oder bis auf Widerruf. *New Celerio Tradizio® Top, 5-Gang manuell, 5-türig,

NEUEN SUZUKI TRADIZIO® 13 490.-*

PREMIERE
NETTO-NETTO-PREISE
neu auf allen Modellen

HIT-LEASING
AB Fr. 219.-/MONAT

HIT-LEASING
AB Fr. 99.-/MONAT



TRADIZIO® TOP 4x4 DIESEL

TRADIZIO® 4x4 DIESEL
Fr. 27 990.-

Abb.: NEW CELERIO TRADIZIO® TOP
NEW CELERIO TRADIZIO® TOP
BEREITS FÜR Fr. 13 490.-

Hochwertige Freizeitdecke
mit praktischer Deckentasche



4 Winter-Komplettäder
(Markenwinterreifen auf Leichtmetallfelgen)



Exklusiver Tradizio®
Schlüsselanhänger

Fr. 13 490.-, Treibstoff-Normverbrauch: 3.6l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: A, CO₂-Emission: 84 g/km, CO₂-Emission Bereitstellung: 18 g/km; New Baleno Boosterjet Tradizio® Top, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 19 990.-, Treibstoff-Normverbrauch: 4.4l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: D, CO₂-Emission: 103 g/km, CO₂-Emission Bereitstellung: 22 g/km; New Vitara Tradizio® 4x4 Diesel, 5-Gang manuell, 5-türig, Fr. 27 990.- (Top: 32 990.-), Treibstoff-Normverbrauch: 4.2l/100 km, Energieeffizienz-Kategorie: B, CO₂-Emission 111 g/km, CO₂-Emission Bereitstellung: 18 g/km; Durchschnittswert CO₂-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 134 g/km.

Die kompakte Nr. 1



Way of Life!

www.suzuki.ch



Ghackets mit Hörnli: Naveen Hofstetter. Seite 36



Geschlechterkampf in der Kunst: Seite 56



«Das ist ja nicht das erste Mal, dass wir Europa vor einem Alleingang nicht fragten.»

Fritz Vahrenholt: Seite 46

Kommentare & Analysen

- 5 Editorial
- 11 Kommentar Der unsichtbare Dritte
- 11 Im Auge Charles Foster
- 12 Bundesstadt Kalte Betten
- 12 Pop Die Göttliche
- 12 Politik Kakophonie
- 13 Trumps Woche
- 14 Personenkontrolle Lanz, Levrat, Gössi, Gerber, Xi, Peng, Martínez etc.
- 15 Nachruf Al Jarreau, Musiker
- 24 Mörgeli
Wahrheitsminister Pascal Couchepin
- 24 Bodenmann
Bocken: Keine Lust bis 2021
- 25 Medien
In den Journalismus investieren
- 25 Die Deutschen Der Schlossherr

Inland

- 16 **Bruchlandung der Elite** Bürgerliche ohne Draht zum Volk
- 18 Unternehmenssteuerreform III
Mit dem Nein bleibt alles, wie es war
- 21 Claude Longchamp Lernen von der Kampagne gegen die USR III
- 22 Linke Besserköner
Die Linke beherrscht ihr Handwerk
- 23 Behörden Heckenschütze Huissoud
- 26 **Zeitbombe Migration** Europa wiegt sich in falscher Sicherheit
- 29 Vergoldete Beamte
Sparen, nein danke!
- 30 Zwei Pässe, zwei Herzen Korruption im Tessiner Migrationsamt

- 31 Fernsehen «Inside Bundeshaus»
- 36 Andreas Glarner ist sein Idol
SVP-Politiker Naveen Hofstetter

Ausland

- 32 Stürmische Ehe China und Amerika
- 35 Popanz Menschenhandel Martin Killias über Zwangsprostitution
- 38 **Milder Mahner in Zeiten des Zorns**
Philosoph Pankaj Mishra
- 41 Europäer ticken ähnlich wie Trump
Drei Umfragen brechen mit Klischees
- 42 Emmanuel Macron Der Favorit der Wahlen in Frankreich
- 43 Nahost «Wir auch»-Neutralität
- 44 Geert Wilders Der Shootingstar erobert die Niederlande

Wirtschaft & Wissenschaft

- 34 Vorteile für alle Kurt Schiltknecht über die Folgen des Freihandels

Interview

- 46 «Aberwitzige Sprünge»
Fritz Vahrenholt: Vom Pionier zum Kritiker der Energiewende

Kultur & Gesellschaft

- 37 Triumph eines Instinktsportlers
Abfahrts-Champion Beat Feuz
- 49 **Gérard Depardieu**
Im Weinkeller mit dem Filmstar
- 52 **KMU der guten Laune**
Unterwegs mit den Calimeros

- 56 Das Elend zwischen den Beinen
Besuch im Frankfurter Städel-Museum
- 58 Freak-Show fürs Bildungsbürgertum
Milo Raus «Die 120 Tage von Sodom»
- 60 Warum die Schöne zum Biest geht
Realverfilmung des Disney-Klassikers
- 61 Es lebt «Mode Suisse»

Rubriken

- 50 Ikone der Woche Arthur Cohn
- 56 Die Bibel Wahre Währung
- 59 Knorr «Trainspotting»
- 59 Jazz Ron Carter, Richard Galliano
- 62 Thiel Spiegel
- 62 Namen Kräuterschnaps gratis
- 62 Fast verliebt Prosecco-Frühstück
- 63 Unten durch Silberpelz
- 64 Wein Hommage à Maurice Gay,
Cornalin & Merlot 2014
- 65 Auto Kia Niro Hybrid «Style»
- 66 Darf man das? / Leserbrief



«Parkhotel Margna»**** Superior

Der Schatz am Silsersee

Das Engadin ist das Nonplusultra für Wintersport, Wellness und kulinarische Genüsse. Eleganz, Charme und Grandezza erwarten Sie im exklusiven Vier-Sterne-Superior-«Parkhotel Margna» in Sils Baselgia.

Inmitten der Engadiner Bergwelt glänzt das Patrizierhaus aus dem 19. Jahrhundert wie ein Juwel in der Silsersee-Ebene – nur 15 Minuten vom mondänen St. Moritz entfernt. Die perfekte Umgebung für erholsame Tage in typischen Engadiner Arvenholzzimmern!

Drei Restaurants verwöhnen Sie mit Kreationen auf höchstem Niveau – begleitet von einem zuvorkommenden freundlichen Service. Erholung mit Blick auf die imposante Bergkulisse finden Sie im Wellnessbereich «La Funtauna». Skifahrern stehen die rund 360 Pistenkilometer des Oberengadins zur Verfügung, während Langläufer perfekt präparierte Loipen direkt vor der Haustüre vorfinden.

Freeriden auf Gletschereis

Das Highlight für gute Skifahrer ist die längsten Gletscherabfahrt der Schweiz. Sie führt

über 10 Kilometer von der Bergstation Diavolezza über den Pers- und den Morteratschgletscher. Die Abfahrt ist gesichert, aber nicht präpariert und nur bei angemessenen Schneeverhältnissen möglich.

Exklusiv für *Weltwoche*-Leser: Privat-Guide (Preis: Fr. 380.– / ½ Tag; optional, nicht im Package enthalten) je nach Schneeverhältnissen möglich.



Weltwoche-Spezialangebot

Spezial-Arrangement im «Parkhotel Margna», Sils Baselgia / St. Moritz.

Leistungen

- Übernachtungen im Engadiner Arvenholzzimmer inkl. Frühstück und Fünf-Gang-Auswahlmenü im «Grillroom»
- 1 cena italiana in der «Enoteca & Osteria Murütsch»
- Freie Benutzung des Fitness- und Wellnessbereichs La Funtauna
- 2-Tages-Skipass für die Oberengadiner Skigebiete
- Gratis-ÖV im Oberengadin

Spezialangebot 1

3 Nächte im DZ: Fr. 705.– p.P. (statt Fr. 925.–)
Im EZ: Fr. 780.– (statt: Fr. 1000.–)

Spezialangebot 2

5 Nächte im DZ: Fr. 1175.– p.P. (statt: Fr. 1435.–)
Im EZ: Fr. 1300.– (statt: Fr. 1560.–)

Zusätzlicher Skipass: Fr. 35.– pro Tag und Person

Gültigkeit: 13. März bis 1. April 2017

Buchung

Per Mail an info@margna.ch oder über 081 838 47 47.
Bitte das Stichwort «Platin-Club» angeben.

Veranstalter

«Parkhotel Margna», 7515 Sils Baselgia, www.margna.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



Mehr Sachlichkeit.



Jetzt abonnieren

www.weltwoche.ch/probeabo, Telefon 043 444 57 01

DIE WELTWOCHEN

Der unsichtbare Dritte

Von Wolfgang Koydl — Der Rücktritt von Donald Trumps Sicherheitsberater Michael Flynn zeigt eines: Russland muss gar nichts tun – und ist in Washington dennoch präsent.



Wodka oder Bourbon: Ex-General Flynn.

Die Kapitalisten», so prophezeite es einst Russlands Bolschewikenführer Wladimir Lenin, «werden uns den Strick, an dem wir sie aufhängen, noch selber verkaufen.» Michael Flynn, Donald Trumps kurzlebiger Sicherheitsberater, hat den Russen nun auch noch diese Mühe abgenommen: Er hat sich gleich selbst politisch entleibt und ist nach drei Wochen im Amt zurückgetreten.

Es entbehrt nicht der Ironie, dass Flynn ausgerechnet über Russland gestrauchelt ist, jenes Land, für das sein Chef Donald Trump bisher nur gute Worte übrighatte – im Gegensatz zu den Tiraden, die er gegen den Rest der Welt abgefeuert hat. Aber gerade die positive Einstellung wurde Flynn zum Verhängnis: Einen Monat vor Trumps Amtsantritt plauderte er am Telefon mit dem russischen Botschafter in Washington. Dabei ging es auch um die Sanktionen, die nach dem Anschluss der Krim gegen Russland verhängt worden waren und über deren mögliche Aufhebung durch Trump ständig spekuliert wird.

Allzweckwaffe Snowden

Natürlich hat sich Flynn das Schlamassel allein, ganz ohne Mitwirkung des Kremls eingebrockt. Hartnäckig behauptete er, keine «substanzielle Unterhaltung» mit dem Diplomaten geführt zu haben – als ob sich der designierte Sicherheits-

berater der Weltmacht USA und damit Nachfolger eines Henry Kissinger oder einer Condoleezza Rice mit Russlands wichtigstem Mann in Washington nur gelangweilt über die Vor- und Nachteile von Wodka und Bourbon austauschen würde.

Nicht das Gespräch, sondern die Lüge brach Flynn letztlich das Genick, denn damit machte er sich erpressbar: Die Russen, die ihn einst zum Abendessen an der Seite von Wladimir Putin einluden, hätten jederzeit damit drohen können, seine Lüge aufzudecken und ihn damit bei Präsident und Öffentlichkeit auffliegen zu lassen. Der Sicherheitsberater wäre zum Sicherheitsrisiko geworden.

Hier wird die Geschichte brisant. Zwei Abgeordnete aus dem Repräsentantenhaus wollten wissen, ob noch jemand im Weissen Haus ein Risiko für die nationale Sicherheit darstellt. Sprich: Gegen wen sonst könnte Moskau etwas in der Hand haben? Mögliche Verdächtige gäbe es schon. Da ist Aussenminister Rex Tillerson mit seinen langjährigen Beziehungen zu und langen Aufhalten in Russland. Und da schwebt noch irgendwo zwischen Verschwörung und Darknet das mysteriöse Moskauer «Golden Shower»-Video des grossen Donald.

Und da ist immer noch Russlands Allzweckwaffe Edward Snowden, über dessen Auslieferung an die USA gleichsam als Morgengabe Putins an Trump unlängst ausgiebig spekuliert wurde. So schnell wird man Snowden freilich nicht überstellen, denn noch ist der ehemalige CIA-Mann seinen russischen Kollegen nützlich in Russland – als noch nicht versiegte Informationsquelle und als allzeit potenziell peinliche Enthüllungsmaschine.

Natürlich muss das alles nicht so sein, vielleicht haben der Kreml und sein Hausherr überhaupt kein «Kompromat», kein kompromittierendes Material, gegen die neue Administration in Washington in der Hand. Aber allein die Vermutung, dass irgendwann irgendwo eine fatale Enthüllungsbombe gezündet werden könnte, genügt, um die Bewegungsfähigkeit der amerikanischen Politik einzuschränken.

Sicher betrachtet man in Moskau derzeit mit einer Mischung aus Argwohn und Faszination, wie sich Trump in sein neues Amt hineinboxt. Auch in Moskau wartet man erstmal ab, ob das Boot zur Ruhe kommen oder kentern wird, das der Präsident so vehement hin und her Schaukelt. Aber anders als andere Nationen können sich die Russen relativ entspannt zurücklehnen. Sie wissen, dass sie eine Schwimmweste tragen.

Ich bin ein Dachs



Charles Foster, Mensch wird Tier.

Er plündert Abfalltonnen, erschnüffelt Überlebensfutter und verschlingt Regenwürmer. Er war ein Stadtfuchs und lebte als Dachs, versuchte ein Otter zu werden und liess sich als Rothirsch jagen, und sein grosser Traum war, endlos zu schweben wie ein Mauersegler. Begonnen hat es in der Kindheit, als er den Alltag einer Amsel beobachtete. Charles Foster studierte dann in Cambridge Tiermedizin und Recht und wurde ein gut verdienender Anwalt, der in Tweed-Anzügen mitleidlos auf die Jagd ging. Bis ihn auf einem Wüstentrip auf der Sinai-Halbinsel die Mitdreissiger-Sinnfrage über seine Bedeutung als Lebewesen überwältigte. Seither versucht er zu ergründen, wie viel Tier im Menschen steckt. Er erinnerte sich an die Mauersegler, die ohne zu essen und zu schlafen die halbe Erde umkreisen. Er lernte Gleitschirmfliegen, verzehrte das gleiche Futter wie die Vögel und flog im Linienjet ihre Reiserouten nach. Er heiratete zum zweiten Mal, und im Vorort von Sheffield, wo die Familie lebt, faszinierten ihn die Stadtfüchse und ihr fabelhafter Geruchssinn. Seinen sechs Kindern brachte er bei, dass sie sich in der Dunkelheit gegenseitig an ihren Duftmarken erkannten. Um den Dachsen auf die Spur zu kommen, liess er von einem Bulldozer ein Gangsystem ausbuddeln, und dort lebte er, ziemlich unbequem für seine 1,90 Meter, monatelang mit seinem Sohn Tom: tagsüber schliefen sie, nachts zogen sie auf allen Vieren auf Beutesuche, hauptsächlich Würmer. Sie wurden Dachse. Der Otter war ein Misserfolg, trotz harten Tauchtrainings in den kalten Moortümpeln. Er erforschte den Rothirsch und dessen Fluchtinstinkt, indem er sich vom Bluthund eines Freundes jagen liess, mit schmerzhaften Erfahrungen. Charles Foster, heute 53 und Oxford-Professor für Rechtsmedizin und Ethik, hat über seine Verwandlungen einen Bestseller geschrieben, «Being a Beast», jetzt unter dem esoterischen Titel «Der Geschmack von Laub und Erde» auch auf Deutsch. Ein Rätsel bleibt, wer Tiere gerne wären, wenn sie Mensch wären. Peter Hartmann

Kalte Betten

Von Peter Keller — Der rot-grün dominierte Berner Stadtrat will Airbnb-Angebote unterbinden.

Urban und weltoffen. Das Selbstbild des linken Städters hat klare Koordinaten: Hier bin ich, der aufgeschlossene, tolerante Weltbürger; dort ist er, der ängstliche Modernisierungsverlierer. Mit der rot-grünen Weltoffenheit ist es allerdings schnell vorbei, wenn die Moderne konkret an die Haustür klopft. Was man durchaus wörtlich nehmen kann: Das Parlament der Stadt Bern will per Bauordnung dafür sorgen, dass weniger Altstadtwohnungen kurzzeitig an Geschäftsleute und Airbnb-Kunden vermietet werden können.

Touristen «veröden» die Altstadt

Airbnb ist eine Onlineplattform, die es Mietern und Besitzern von Immobilien erlaubt, ihr Zuhause ohne grossen Aufwand an Gäste zu vermieten. Über 300 000 Personen mieteten 2015 mit Hilfe von Airbnb eine Unterkunft in der Schweiz – doppelt so viele wie im Vorjahr. Die Plattform ist eines der Paradebeispiele, wie die Digitalisierung das Leben und die Geschäftswelt modernisiert. Aber nicht mit der Grünen Partei Bern: Per Motion nimmt sie den Kampf gegen Zweitwohnungen auf, die «gar nicht vom Besitzer genutzt oder normal vermietet werden». Das führe zu einer «Verödung der Altstadt».

Dass eine Vermietung von Wohnungen an Touristen und Geschäftsleute Bern veröden lasse, ist hirnrissig. Airbnb-Nutzer gehen aus, besuchen Restaurants und Kulturangebote, shoppen, beleben die Stadt – zumal sie durchschnittlich für 4,5 Nächte buchen. In Hotels beträgt die mittlere Aufenthaltsdauer nur zwei Nächte.

Wie seltsam die links-grüne Modernisierungsangst daherkommt, zeigt ein Blick auf die Debatte rund um die Zweitwohnungsinitiative. Damals wurde kritisiert, dass zu viele Wohnungen bis auf wenige Wochen im Jahr leer stünden. Stichwort «kalte Betten». Airbnb und andere Anbieter sorgen für warme Betten. Dass damit auch Geld verdient wird, liegt in der Natur der Marktwirtschaft. Airbnb oder der Taxi-Dienstleister Uber sind keine gemeinnützigen Einrichtungen und gerade deswegen ein Nutzen für alle. Natürlich schwebt der links-grünen Polit-Kaste ein anderes Geschäftsmodell vor: Erst kürzlich flog auf, dass Bern stadteigene Wohnungen weit unter dem marktüblichen Preis vermietet. Profitiert davon haben prominente SP-Politiker, wie etwa der Ex-Nationalrat Peter Vollmer und seine Frau Gisela – sie ist Mitglied im Stadtrat und hat die Anti-Airbnb-Motion ebenfalls unterzeichnet.

Die Göttliche

Von Thomas Würdehoff — An den Grammy Awards kam es zum Clash der Primadonnen.

Das war ein richtig fetter Opernabend. Als hätten sich Donizetti, Verdi und Puccini zusammengetan, um eine Hommage aufzutürmen, eine alles übertreffende Huldigung an die Wahre, die Einzige, die Göttliche! Die Diva wurde gekrönt – Adele war erkoren, die Königinnenwürde zu akzeptieren. Fünf Grammys konnte sie gewinnen, die Welt schien in schönster Ordnung. Schien. Denn eine wahre Diva gibt es nur, wenn da noch jemand lauert. Diven sollten immer ein gefährliches Gegenüber haben. Eines wie Beyoncé. Schön. Klug. Genialisch. Adele be-



Gefährliches Gegenüber: Grammy-Star Adele.

griff die brisante Situation augenblicklich. Geistesgegenwärtig vollzog sie einen rührenden Kniefall vor der Konkurrentin, als sie überrascht hatte, dass ihre Kollegin in keiner der Königsdisziplinen geehrt würde. «Monumental» sei Beyoncé's Album «Lemonade» – wenn sie dafür nicht ausgezeichnet würde, «wofür denn dann?». Um schliesslich mit einem unbritischen «we f***ing love you» einen ihrer Grammys zu zerbrechen und die Scherbe der Zweitdiva zukommen zu lassen. Es war ein gut gepolsterter Clash der Primadonnen, denn auch Beyoncé wusste sich zu behaupten: Hochschwanger und hinter Goldlametta nur knapp verborgen schwebte sie als Fruchtbarkeitsgöttin über die Bühne und vermittelte einen köstlichen Eindruck von ihrem überwältigenden musikalischen Charisma. Diese Frau warf an jenem Abend eine Frage auf, die schon David Bowie (der es in Los Angeles postum auf ebenfalls fünf Trophäen brachte) seinerzeit schnippisch auf den Punkt brachte: «Are we talking about money? Or are we talking about art?» An diesem Abend ging es um zwanzig Millionen verkaufter Scheiben (Adele) gegenüber zwei Millionen Exemplaren (Beyoncé). Souveränes Hit-Handwerk – oder aberwitzig genialische und leichtsinnige Ausflüge ins Ungewisse? Dass es Adele war, die diesen Riss grell beleuchtete, hatte schon Grösse.

Kakophonie

Von René Zeller — Ungehemmt belehren alt Bundesräte ihre Nachfolger. Kollegial ist das nicht.

Das Kollegialitätsprinzip gehört zu den Dethronen Prinzipien schweizerischer Exekutiven. Das Bundesratskollegium geht voran. Es ist gehalten, mit einer Stimme zu sprechen. Und gemeinhin wird erwartet, dass ehemalige Landesmütter und Landesväter nicht plötzlich zu notorischen Kritikern ihrer Amtsnachfolger mutieren.

Sakrosankt ist diese ungeschriebene Regel nicht. Eveline Widmer-Schlumpf verabreichte dem neuen Finanzminister Ueli Maurer im Kampf um die USR III einen veritablen Dolchstoss. Ruth Dreifuss hieb in die gleiche Kerbe, was die Alt-Bundesräte Kaspar Villiger, Ruth Metzler und Pascal Couchepin veranlasste, Gegendruck zu geben. Auch in der Kontroverse zur Umsetzung der Zuwanderungsinitiative waren gewesene Magistraten fast lauter als die amtierenden Bundesräte. Das Schweizer Fernsehen bot den ewigen Antipoden Christoph Blocher und Pascal Couchepin Gelegenheit, sich in einem Fernduell Saures zu geben. Auch Adolf Ogi streifte das Kollegialitätsprinzip ab wie einen lästigen Rucksack. Im jüngsten *Sonntagsblick* konstatierte er fadengrad: «Der Bundesrat hat während dreier Jahre nicht geschickt verhandelt, das darf man heute und nach drei Jahren schon so sagen.»

Fussfesseln braucht es nicht

Natürlich sollen Bundesräte nach ihrer Demission weiterhin sagen dürfen, was sie wollen. Richtigerweise existiert keine Bestimmung, die ihnen das Maul verbietet. Festgeschrieben ist in einem Aide-Mémoire für Bundesräte einzig folgender Verhaltenskodex: Falls ausscheidende Regierungsmitglieder eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, sollen sie auf Tätigkeiten verzichten, bei denen Interessenkonflikte aufgrund des früheren Amtes entstehen könnten.

Als Moritz Leuenberger nach seinem Rücktritt beim Bauriesen Implenia anheuerte, ertönte im Parlament flugs der Ruf nach einem temporären Berufsverbot für alt Bundesräte. Solche regulatorischen Fussfesseln braucht es nicht. Wünschbar ist aber weniger magistrale Kakophonie. Es gibt genügend Parlamentsmitglieder und Meinungsführer, die den amtierenden Bundesrat massregeln. Wenn alt Bundesräte immer öfter als notorische Besserwisser auftreten und sich als achte Bundesräte aufplustern, wird das bewährte Kollegialitätsprinzip letztlich ad absurdum geführt. Damit gewinnt die Schweiz nichts.



Golf und Raketen

Die Medien überbieten sich mit schrillen Kommentaren zu Donald Trump. Jenseits von Jubel und Verdammung dokumentiert die *Weltwoche* an dieser Stelle, was der neue US-Präsident tatsächlich getan oder gesagt hat.

1 — Rücktritt

Präsident Trump hat den Rücktritt des Nationalen Sicherheitsberaters, Ex-General Michael Flynn, akzeptiert. Gemäss NBC News haben sich der Präsident und seine Topberater während Tagen «abgequält», nachdem offensichtlich geworden war, dass Flynn den Vizepräsidenten Mike Pence über seine Diskussionen mit Sergei Kisljak, dem russischen Botschafter in den USA, in die Irre geführt hatte. Bei dem Gespräch soll es unter anderem um die Aufhebung der Sanktionen gegangen sein. Flynn's Nachfolge übernimmt interimistisch der stellvertretende Nationale Sicherheitsberater General a. D. Keith Kellogg.

2 — Eintritt

Der ehemalige Investmentbanker und Hollywood-Produzent, Steven Mnuchin, wurde für das Amt des Finanzministers eingeschworen. Während der Zeremonie im Oval Office hat Trump Amerikas neuen Topbanker als «eine Finanzlegende mit unglaublicher Erfolgsbilanz» gepriesen.

Eine weitere Schlüsselstelle im Wirtschaftsbereich belegt der Chefberater in Wirtschaftsfragen, Gary Cohn. Das *Wall Street Journal* berichtete, Cohn sei ein «Machtzentrum der Wirtschaftspolitik». Cohn arbeitete sich vom Rohstoffhändler zum Vizechef von Goldman Sachs herauf. Gemäss *New York Times* erhält Cohn eine Abfindung von insgesamt 285 Millionen Dollar.

Jeff Sessions, langjähriger Senator, ist vom US-Kongress als neuer Justizminister bestätigt worden. Trump bezeichnet den ehemaligen Bundesstaatsanwalt von Alabama als «einen Mann der Integrität, einen Mann der Prinzipien und einen Mann von totaler, äusserster Entschlossenheit». Sessions war einer der ersten Politiker, die Trump im Wahlkampf unterstützten.

3 — Kehrtwende

Präsident Trump hat dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping die Fortsetzung der amerikanischen «Ein-China-Politik» bestätigt. Das Weisse Haus beschrieb das Telefongespräch zwischen den Staatsoberhäuptern als «ausführlich» und «extrem herzlich», man habe sich über «zahlreiche Themen» ausgetauscht. Trump hatte in Peking kurz nach dem Wahlsieg für Irritation gesorgt, als er mit Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen ein Glückwunschtelefonat führte und die «Ein-China-Politik» in Frage stellte. Peking

verlangt, dass kein Land offizielle Beziehungen zu Taiwan unterhalten darf. China betrachtet Taiwan seit 1949 als abtrünnige Provinz.

4 — Recht und Ordnung in Aktion

Die nationale Polizei- und Zollbehörde (ICE) hat bis Dienstag in elf Bundesstaaten mehr als 600 illegale Einwanderer aufgegriffen, mit dem Auf-



«Unglaubliche Erfolgsbilanz»: Mnuchin (l.).

trag, sie aus den USA auszuweisen. Die Behörde bezeichnete die Massnahmen als Routine. Trump hatte im Wahlkampf angekündigt, verschärft gegen illegale Einwanderer vorzugehen. Gemäss Schätzungen leben rund elf Millionen Menschen ohne die erforderlichen Dokumente in den USA. Trumps Vorgänger Barack Obama hatte während seiner achtjährigen Amtszeit mehr als zwei Millionen illegale Immigranten im Land aufgreifen und deportieren lassen (Quelle: Ministerium für Innere Sicherheit).

Donald Trump hat seinen Justizminister beauftragt, eine Task-Force zur Reduktion von Kriminalität und zur Förderung öffentlicher Sicherheit zu schaffen. Der Präsident forderte namentlich zum Kampf gegen illegale Immigration, Drogenschmuggel und Gewaltverbrechen auf. Weiter hat Trump eine präsidentiale Verfügung (*executive order*) zur «Prävention von Gewalt gegen Strafverfolgungsbehörden auf

nationaler, bundesstaatlicher und lokaler Ebene» unterzeichnet. Gemäss dem National Law Enforcement Officers Memorial Fund wurden seit Anfang Jahr sechzehn Sicherheitsbeamte im Einsatz getötet. Das ist ein Drittel mehr als in derselben Periode 2016.

Weiter hat Trump, der auch als Oberbefehlshaber der Streitkräfte fungiert, ein verstärktes, hartes Durchgreifen gegen transnationale Kriminalität angekündigt. Er bezeichnete internationale Banden als «Antreiber von Verbrechen, Korruption, Gewalt und Elend». Er wies die Strafverfolgungsbehörden an, prioritär auf Drogen- und Menschenmuggel, Cyberkriminalität, Betrug, Finanzverbrechen und Diebstahl von geistigem Eigentum zu fokussieren. Prominent ins Fadenkreuz der Behörden wurde Venezuelas Vizepräsident Tarek El Aissami genommen. Die USA haben Sanktionen gegen die rechte Hand von Präsident Maduro verhängt, die sie beschuldigen, eine Schlüsselrolle im internationalen Drogenhandel zu spielen.

5 — Im persönlichen Gespräch

Präsident Trump hat seinen nördlichen Nachbarn, Kanadas Premierminister Justin Trudeau, im Weissen Haus empfangen. Trudeau, der sich im Wahlkampf wiederholt kritisch gegenüber Trump geäussert hatte, weigerte sich, Trumps Einreisemoratorium für sieben mehrheitlich muslimische Staaten zu kritisieren. «Das Letzte, was die Kanadier von mir erwarten, ist, dass ich anderen Ländern Lektionen erteile, wie sie regieren sollen.»

Präsident Trump hat mit dem japanischen Premierminister Shinzo Abe im Weissen Haus vereinbart, die Sicherheits- und Wirtschaftskooperation zwischen beiden Ländern auszubauen. Abe gehört zu den wenigen Staatsmännern, die Trump nicht kritisieren. Darauf flogen die beiden Staatsoberhäupter nach Florida, wo sie ein Wochenende in Trumps Privatklub Mar-a-Lago in Palm Beach verbrachten.

First Lady Melania Trump trat erstmals als Gastgeberin in Erscheinung, während die Staatsoberhäupter eine Partie Golf spielten und über Nordkoreas jüngsten Raketentest konferierten, der zeitgleich mit Abes Staatsbesuch durchgeführt wurde. Ein Beobachter des Treffens berichtete von «aufkommender Hektik beim Kerzenlicht-Dinner, als die Nachricht des Raketentests mit Flugrichtung gegen Japan eintraf». ○

Personenkontrolle

**Lanz, Levrat, Gössi,
Gerber, Xi, Peng,
Martínez, Santos,
Burkhalter, Berset, Marti,
Kleiner, Gubser, Laeri**

Für den Fall von Sieg und Niederlage bereiten Parteien und Verbände jeweils zwei unterschiedliche Medienmitteilungen vor. So hält es auch die FDP-Geschäftsstelle unter Generalsekretär **Samuel Lanz**. Die fast sichere Niederlage bei der Unternehmenssteuerreform III wollten die Freisinnigen ursprünglich mit einer Verneigung vor SP-Präsident **Christian Levrat** und dessen Sozialdemokraten beginnen. Mit diesen, so der Tenor in dem Entwurf, gelte es nun eine mehrheitsfähige Lösung zu suchen. FDP-Chefin **Petra Gössi** zog aber die Notbremse, und so kam die Medienmitteilung vom Sonntag am Schluss ohne verfrühte Geschenke an die Sozialdemokratie aus. (fsc)

Dank Twitter konnten die Schweizer Steuerzahler verfolgen, wie Botschafter **Michael Gerber** zusammen mit 4000 anderen Teilnehmenden beim World Government Summit in Dubai die Welt rettete. Die Schweizer Verantwortlichen für die Sustainable Development Goals (SDGs) bedankten sich für «inspirierende Reden» (ohne das Geringste über den Inhalt zu verraten), berichteten aus einem «vollen Raum» mit einer Diskussion über «policy innovations» (dito) oder verrieten die Weisheit: «Ohne Wissenschaft, Technologie und Innovation lassen sich die SDGs nicht erreichen!» Das heisst: Die Schweizer sind mit ihrem Ausstoss an warmer Luft eine Bedrohung für das Klima. (sär)

«Fondue chinoise mal anders: Isch fein Xi!», witzelte *Blick* online, als der Bundesrat dem höchsten chinesischen Paar beim Staatsbesuch Fondue (nicht *chinoise*, sondern schweizerisch) auftischte. Und die Kommentatoren höhnten angesichts des Schnapsschusses, auf dem zwar Präsident **Xi Jinping** tapfer lächelnd im Käse rührte, seine Gemahlin **Peng Liyuan** aber die Nase rümpfte. Ein Blogger dichtete ihr gar einen inneren Monolog an, in dem sie sich über ihren willfähigen Gatten ärgert und sich – weil 94 Prozent der Chinesen unter Laktoseintoleranz leiden – vor nächtlichen Blähungen fürchtet. Jetzt verriet eine Quelle, die es wissen muss: Das hohe Paar hatte sich das Fondue gewünscht. (sär)

Der in Lateinamerika endemische Schwefelgeruch der Korruption umweht neuerdings



Doch nicht im Rampenlicht: Flavia Kleiner.



Notbremse: FDP-Präsidentin Gössi.

auch einen Friedensnobelpreisträger. Nach Erkenntnissen des kolumbianischen Generalstaatsanwalts **Néstor Humberto Martínez** treffen die Vorwürfe keinen Geringeren als Staatspräsident **Juan Manuel Santos**: In der Kampagne für seine nur knapp erreichte Wiederwahl vor drei Jahren soll er auf illegale Wahlkampfspenden des brasilianischen Baukonzerns Odebrecht zurückgegriffen haben. Im Dezember hatte Santos in Oslo den Friedensnobelpreis erhalten. Auf Bitten von Santos verwahrt Bundesrat **Didier Burkhalter** (FDP) dessen in einer Volksabstimmung abgelehntes Friedensabkommen mit den Farc-Rebellen in Bern – ein Papier, das es möglicherweise ohne einen wüsten Korruptionsskandal gar nicht gäbe. (fsc)

Wenn demnächst das Departement von Innenminister **Alain Berset** (SP) statistische Analysen präsentiert, ist Vorsicht geboten. Der Grund dafür heisst **Claudio Marti**. Der bisher als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann tätige Marti wird neu Berts



Vorwürfe: Kolumbiens Präsident Santos.



Wunschfondue: Staatsbesuch aus China.



Weltretter: Botschafter Gerber.

persönlicher Mitarbeiter und wird als solcher unter anderem für das Thema Statistik zuständig sein. Martis bisheriger Wirkungsort, das Gleichstellungsbüro, ist berüchtigt für seine wissenschaftlich nicht haltbaren statistischen Analysen über die angebliche Lohndiskriminierung von Frau und Mann. (fsc)

Die «Operation Libero» unter **Flavia Kleiner** hätte sich den vergangenen Abstimmungssonntag anders vorgestellt. Die linksliberale Jugendorganisation hatte sich bereits darauf eingestellt, als Reaktion auf ein Ja zu den erleichterten Einbürgerungen wieder zum Mittelpunkt des schweizerischen Medieninteresses zu werden. Doch ein anderes Thema stahl Kleiner und Co. die Show: Das überdeutliche Nein zur Unternehmenssteuerreform III, zu dem sich die Operation Libero trotz ihres Wahlpruchs «Chancenland Schweiz» kaum hatte vernehmen lassen. Und so musste sie das Rampenlicht am Abstimmungstag regelrecht suchen – einige Vertreter verliessen die eigene Abstimmungsfeier und gingen ins Berner Hotel «Bellevue Palace», wo

die Befürworter der Steuerreform Red und Antwort stehen mussten. Für die auf der fremden Hochzeit tanzende Operation Libero interessierte sich hier niemand – trotz pinkfarbener Socken. (fsc)

«Tatort»-Kommissar **Stefan Gubser** bekennt, dass auch er schon deliktisch unterwegs war. Während seiner Schulzeit im Internat sei er erwischt worden, als er verbotenerweise geraucht habe. Zur Strafe habe er in der Küche Gemüse rüsten und abwaschen müssen, vertraut Gubser dem *Migros-Magazin* an. Weshalb dieses Geständnis? Der TV-Kommissar hat es auf die Titelseite der genannten Publikation geschafft, weil er als PR-Bannerträger für Migusto wirbt. Ganz so exklusiv ist die Mitgliedschaft im neuen Kochklub des Detailhändlers nicht. Man braucht keinen Polizeiausweis, sondern muss lediglich über eine Cumulus-Karte verfügen. (rz)

Einen besonderen Gefallen erwiesen die Macher der Programmzeitschrift *Tele* der Wirtschaftsjournalistin und SRF-Fernsehschönheit **Patrizia Laeri**: «Vorsicht, kluge Frau!» titelten sie auf dem Cover ihrer neuesten Ausgabe mit einem seitenfüllenden Bild von Laeri. Wirtschaftsfachfrau Laeri, die sich gekonnt als weiblicher Farbtupfer in der grauen Welt der Krawatten- und Anzugsträger vermarktet, setzte sich auf Twitter als Vorkämpferin für die Gleichheit der Geschlechter in Szene: «Gab es jemals schon ein Cover mit dem Titel <Vorsicht, kluger Mann!>?», fragte sie. In der Tat ist es aus männlicher Sicht zutiefst empörend, dass die Zeitschrift bislang noch nie einen Mann auf dem Cover als «klug» gelobt hat. In der geschlechtsverzerrten Wahrnehmung von *Tele* gibt es offenbar nur kluge Frauen. (fsc)

Nachruf



Magische Momente: Musiker Al Jarreau.

Al Jarreau (1940–2017) — Mai 2013, zirka 10 Uhr morgens: Wir fahren an der Küstenstrasse von Malibu in Richtung Santa Monica, L.A. Aus dem Jazz-Coast-Radio erklingt die passende Musik dazu: «Mornin’». Einer von ganz vielen Ohrenwürmern des Gesangsgenies Al Jarreau.

Wir sind mit unserem Festival Fotografen auf dem Weg zu diesem Mann, der aus seinem Mundwerk eine Big Band oder ein Orchester zaubern kann. Al war bereits zweimal am Festival da Jazz zu Gast, und es war jedes Mal ein magisches Moment: Auf ihn freute sich jeweils das ganze Team, vom Tontechniker bis zum Klub-Reinigungs-

personal, von der Rezeptionistin bis zum Klavierstimmer. Seine herzliche, charismatische Erscheinung und seine menschliche Wärme waren weder gespielt noch aufgesetzt. Sondern echt. Als wir einmal zu viele Tickets verkauft hatten (eigentlich war das Konzert als Open Air geplant), meinte der Meister: Die Leute sollten sich zu ihm auf die Bühne setzen, auf den Boden, auf den Bassverstärker.

Er suchte die Nähe, liebte die Tuchfühlung mit seinen Fans. Obschon er bereits ein älterer Herr war – spätestens beim ersten Takt war jeglicher Altersschmerz vergessen. Er, studierter Psychiater, verdiente sein Geld zuerst durch Arbeit mit Behinderten, abends tingelte er durch die verschiedensten Klubs als Sänger. Erst Anfang der siebziger Jahre gelang ihm der Durchbruch als international gefeierter Star, der jedoch nie den Boden unter seinen Füßen verlor.

Bei unserem Höflichkeitsbesuch mit Fototermin scherzte und lachte er viel, schwadronierte von seiner musischen Kindheit in der Kirche, dem neuen Album für George Duke und davon, welche Energie ihm Auftritte immer noch gäben. Die Zukunft des Jazz, die jungen Menschen, die für ihn brennen, lagen ihm genauso am Herzen wie sein Béret, das nie fehlen durfte. Noch letzte Woche haben wir uns ernsthaft über Senderechte für sein kommendes Jubiläumskonzert am Festival da Jazz unterhalten.

Am Sonntag ist Al Jarreau mit 76 Jahren gestorben. Wir werden sein singendes Lachen vermissen und sind dankbar für die Zeit, die er mit uns verbracht hat.

Christian Jott Jenny

Das schweizweit schnellste Internet jetzt zum Aktionspreis!

Profitieren Sie jetzt doppelt und wechseln Sie sorgen- und unterbruchsfrei.

Business Internet
Fiber Power Turbo
statt 159.-
109.-

&

Gratis
Installation
Nur online
bis zu
400.-
sparen

Rufen Sie an und erfahren Sie mehr.
Tel. 044 578 78 78 | upc.ch/business

Corporate Network · Internet · Phone · TV





Rote Bedrohung: Economiesuisse-Chefs Monika Rühl (r.) und Heinz Karrer.

Niederlagen

Von oben herab

Von Beat Gygi und Florian Schwab — Die Wirtschaftselite hat im Abstimmungskampf zur Unternehmenssteuerreform III viele kleine Firmen und normale Leute nicht erreicht. Der Dachverband Economiesuisse blieb gesichtslos und verlor gegen sehr einfache Argumente der Linken.

Sechzig Prozent Nein – selbst Pessimisten im breitabgestützten Unterstützerkomitee der Unternehmenssteuerreform III (USR III) hätten nicht mit einer derart krachenden Niederlage gerechnet. Das zeigt ein Blick in den Maschinenraum der grossen Ja-Kampagne. Im Zwei-Wochen-Rhythmus trafen sich die federführenden Parteien und Verbände zur Lageberatung im Vorfeld der Wahl: Die politischen Parteien im Ja-Lager waren durch FDP-Generalsekretär Samuel Lanz vertreten. Für den Gewerbeverband koordinierte Kommunikationschef Bernhard Salzmann die Kampagnenarbeit und für den Dachverband Economiesuisse der wissenschaftliche Mitarbeiter Adrian Michel. In diesem Zirkel war zwar ein Nein seit der letzten SRG-Trendumfrage Anfang Februar erwartet worden, aber nicht in dieser Deutlichkeit.

Am Montag nach der Niederlage fand ein letztes Treffen des Steuerungskomitees statt. Die grosse Frage lautete: Was ist schiefgelaufen? Hat die Kampagne selber gröbere Fehler enthalten, oder gab es andere, tieferliegende Ursachen? Laut mehreren übereinstimmenden Aussagen war die Stimmung bei der ersten Analyse des Abstimmungsergebnisses aufgeräumt. Zumindest die direkt beteiligten Personen widerstanden der Versuchung, in ihrer Mitte einen Sündenbock zu suchen. Diese Auf-

gabe übernahmen dafür die Medien, für die die Schuldigen schnell feststanden: die SVP, welche ihre Basis nicht überzeugen konnte, und Gewerbeverbandsdirektor Hans-Ulrich Bigler, der gewohnt herzhaft kämpfte und in seiner Gewerbezeitung (Auflage: 107 000) die SP-Exponenten als Teufel zeichnen liess.

Angst vor der direkten Konfrontation

Anders als bei früheren Abstimmungskämpfen hatte die Zusammenarbeit zwischen Economiesuisse und Gewerbeverband in dieser Kampagne nicht schlecht funktioniert. Es drangen keine Missklänge nach aussen, auch wenn man sich nicht in allen Fragen einig war. Der gewählte Kampagnen-Wahlspruch «Arbeitsplätze sichern, Schweiz stärken» bekommt von seinen Urhebern im Rückblick keine schlechten Noten. Das Plakat hatte der sonst eher für die SVP tätige Werber Alexander Segert entworfen. Aus Sicht des Ja-Lagers war die herbe Niederlage durch ungünstige Umstände vorgezeichnet. So war die Vorlage mit dem Namen «Unternehmenssteuerreform III» in der Tradition der Unternehmenssteuerreform II verankert. Diese hatte die Bevölkerung im Jahr 2008 nur mit Mühe und Not angenommen. Später tauchte der Vorwurf auf, der Bundesrat habe in seiner Botschaft Parlament und Bevölkerung in die

Irre geführt und die wegbrechenden Einnahmen unterschätzt. Das sah auch das Bundesgericht so, woran der Chef der Eidgenössischen Finanzkontrolle Michel Huissoud ein paar Tage vor der Abstimmung nochmals zielsicher erinnerte (siehe Seite 23).

Bei den Podien und Debatten in den Städten und Gemeinden sahen sich die Vertreter der Wirtschaft mit einer Linken konfrontiert, die unerwartet hartnäckig mit dem Portemonnaie des Bürgers argumentierte. Da in fast keinem Kanton klar war, wie die Unternehmenssteuerreform in den kantonalen Steuergesetzen umgesetzt würde und welche Folgen dies für die Gemeinden hätte, fiel ihr die Verunsicherung

Viele Schweizer beargwöhnen die Firmen, vor allem internationale Konzerne.

leicht. Dem hatte die bürgerliche Seite nichts anderes entgegenzusetzen als die Schätzungen auf Bundesebene, die bei der Vorgängerreform USR II etwas ungenau gewesen waren.

Die Liste der Probleme liesse sich fortsetzen: die Tatsache, dass es sich um eine von aussen erzwungene Reform handelte, die Intervention von alt Bundesrätin Eveline Widmer-

gibt, tut Economiesuisse zu wenig, um das Vertrauen dieses wählerstärksten Bevölkerungssegments wieder aufzubauen.

Tonangebende Personen innerhalb des Wirtschaftsdachverbands sind, wie man hört, mit einem regelrechten Anti-SVP-Reflex ausgestattet (und umgekehrt). Die Führungsmannschaft um Präsident Heinz Karrer und Direktorin Monika Rühl hat offensichtlich keine strategischen Ambitionen, Brücken ins konservative Lager zu schlagen. Sonst würde sie kaum bei jeder Gelegenheit die Zweiteilung zwischen angeblichen «Abschottern» und der weltoffenen Wirtschaft hervorheben. Und sie würde die SVP-Basis nicht bei Themen brüskieren, die nichts mit Wirtschaft zu tun haben. Zuletzt geschah dies bei der Abstimmung über die Asylgesetzreform, bei der Economiesuisse ohne jegliche Not der SVP in die Parade fuhr.

Aus der Sicht von Roland Rupp, Vizepräsident des Vorstands des Schweizerischen KMU-Verbands und Geschäftsleiter, war die Kampagne der Befürworterseite zu wenig stark mit der Welt der kleinen und mittelgrossen Unternehmen (KMU) verbunden. Nachdem die Erfahrungen mit USR I und USR II gezeigt hätten, welchen Unmut die Mängel dieser Gesetze in der Bevölkerung hervorgerufen hätten, hätte man daraus lernen müssen. Rupp weist zudem darauf hin, dass die Befürworter im Vorfeld der Abstimmung zahlreiche Zahlenbeispiele zu Steuerausfällen oder Arbeitsplatzverlusten präsentiert hätten, dass aber keine konkreten Fälle gezeigt worden seien. Keine einzige Firma sei vor der Abstimmung an die Öffentlichkeit getreten und habe dargelegt, welche Stellen bei ihr im Falle eines Neins verloren gingen. All das habe für viele KMU-Vertreter zu wenig zu tun gehabt mit der Realität ihres Geschäftslebens.

War denn die Vorlage zu kompliziert? Nach Rupp's Einschätzung nicht, aber nach seiner Beurteilung haben die Argumente des drohenden Arbeitsplatzabbaus bei den KMU auch deshalb wenig Echo gefunden, weil in diesem Zusammenhang jeweils primär von den grossen, internationalen Unternehmen die Rede war, die abwandern könnten. Economiesuisse und der Schweizerische Gewerbeverband erreichen seiner Ansicht nach die Basis der kleinen Unternehmen nicht mehr richtig – auch wenn bei allen möglichen Gelegenheiten beteuert werde, die KMU stellten das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft dar. Rupp hatte nach seinen Worten schon früh im Abstimmungskampf den Eindruck, dass viele normale Leute die Vorlage ablehnen würden.

Stimmen aus dem Hintergrund

Rupp hat mit den Antennen des KMU-Verbands, dessen Newsletter 96 000 Abonnenten zählt, bereits bei der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative 2014 eine treffendere Prognose gemacht als die grossen

Wirtschaftsorganisationen. Die KMU (bis 249 Mitarbeiter) machen in der Schweiz von der Anzahl her 99,7 Prozent der insgesamt fast 580 000 Unternehmen aus, sie stellen gegen 70 Prozent der Arbeitsplätze, etwa 60 Prozent der Lehrstellen und erbringen rund 40 Prozent des Umsatzes der gesamten Wirtschaft.


Das heisst umgekehrt, dass die knapp 1600 grösseren und grossen Unternehmen (ab 250 Mitarbeiter) zahlenmässig nur 0,3 Prozent der hiesigen Firmen ausmachen, knapp einen Drittel der Arbeitsplätze bei sich haben und rund 60 Prozent des Umsatzes erwirtschaften. Dieser kleinen Gruppe der Grossen gehörte in der USR-III-Abstimmungskampagne also die Bühne. Von da her hätten sie die Basis der KMU und normalen Leute erreichen sollen, die sonst nicht so viel mit Konzernen zu tun haben. Das tönt bereits anspruchsvoll, aber das Verblüffende ist: Die Bühne war oft leer oder gesichtslos, die Vertreter der Wirtschaftsorganisationen traten oft nicht ins Rampenlicht, sondern sprachen sozusagen aus dem Hintergrund zum Publikum, aus den Medien.

Laut den Angaben von Economiesuisse haben Heinz Karrer und Monika Rühl im Durchschnitt normalerweise je einen bis zwei Auftrit-

Die Bühne war oft leer, die Vertreter der Wirtschaft traten nicht ins Rampenlicht.

te pro Woche in Form von Referaten und Podiumsdiskussionen an Veranstaltungen. Vor Abstimmungen seien es jeweils mehr. Karrer sei in den vergangenen zwölf Monaten im Zusammenhang mit der USR III in siebzig Beiträgen von Zeitungen, Zeitschriften, Radio und Fernsehen genannt worden. Hinzu kämen die Online-Beiträge. Monika Rühl wurde laut den Angaben in rund fünfzig Beiträgen zur USR III genannt. Mehr als jeder vierte ihrer Medienauftritte habe dem Thema Steuerreform gegolten. Auf ähnliche Zahlen komme der Steuerspezialist des Verbands, Frank Marty. Weitere Verbandsmitarbeiter hätten rund zwanzig Beiträge beigesteuert, Vorstandsmitglieder seien in rund vierzig Beiträgen zur USR III genannt worden. In der Schweizer Mediendatenbank tauche Economiesuisse im Zusammenhang mit der USR III rund 550-mal auf.

Zur politischen Arbeit von Verbänden meint Rupp, dass es aus Sicht der KMU nicht damit getan sei, dass sie einfach vor Abstimmungen umworben würden. Er sei oft im Bundeshaus unterwegs und sehe da selten Kollegen. Im sei klar, dass die Ansiedlung grosser Unternehmen wichtig sei, weil diese auch für viele KMU Aufträge und Arbeitsplätze brächten. Aber wenn sich die Politik wirklich für die Interessen der kleineren Unternehmen einsetzen wolle, müsste man beispielsweise den jungen



Schlumpf (BDP) oder die kurze Dauer des Abstimmungskampfes. Dass das bürgerliche Establishment, für einmal inklusive SVP, eine derartige Schlappe einfährt in einer grösstenteils bürgerlichen Bevölkerung, zeigt aber vor allem eines: Viele Schweizer sehen sich nicht mehr wirklich mit der Wirtschaft verbunden, sondern beargwöhnen die Firmen, vor allem internationale Konzerne und deren Sprachrohre. In den Augen vieler Wähler gilt die alte Gleichung nicht mehr «Was für die Wirtschaft gut ist, ist auch für das Land gut».

In der Wirtschaft gibt man sich ebenfalls kühl. Seit dem offenbar traumatischen Erlebnis mit der Minder-Initiative gibt es kaum noch Unternehmer oder Manager, die sich beherzt ins politische Getümmel werfen. Die grösseren Firmen überlassen die undankbare Aufgabe der Auseinandersetzung mit der Bevölkerung dem Wirtschaftsdachverband. Und auch Economiesuisse scheut die direkte Konfrontation bei Podien und öffentlichen Debatten. Während Gewerbedirektor Bigler – hemdsärmelig, gewiss, und für manchen eine Reizfigur – die Singsäle und Mehrzweckhallen landauf und landab bespielte, verliessen sich die höchsten Repräsentanten von Economiesuisse fast ausschliesslich auf die Massenmedien.

Wenig Echo von der Basis

Und offensichtlich ist das Verhältnis zwischen den rechtskonservativen Stimmbürgern und Economiesuisse gegenseitig vergiftet. Das geht grösstenteils auf die tiefgreifenden Differenzen bei der (Nicht-)Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und bei den Beziehungen zur Europäischen Union zurück. Aber auch dort, wo es keine solchen Differenzen

Firmen das Leben leichter machen oder, statt an Steuersätzen herumzuschrauben, den Steuerwettbewerb besser spielen lassen.

Für Inland-Probleme interessiert man sich in grossen Firmen, die sich in der Regel mit ihren Public-Affairs-Leuten in Bundesbern und in der Umgebung der Politik vertreten lassen, dagegen wenig. In den hundert grössten Unternehmen der Schweiz sind die Manager stark international ausgerichtet. Laut dem jüngsten Bericht des Beratungsunternehmens Schilling liegt der Ausländeranteil in den Geschäftsleitungen bei 43 Prozent, aber die Rekrutierung entwickelt sich weg vom Schweizer Bezug. Unter den im letzten Jahr neu in Geschäftsleitungen eingetretenen Personen machen die Ausländer 60 Prozent aus. In den Verwaltungsräten ist der Ausländeranteil mit 38 Prozent etwas niedriger, aber bei den Neuzugängen liegt er ebenfalls bei 60 Prozent.

Macht der Lobbyisten

Die Verbindungen zwischen Politik und grossen Firmen sind fest in der Hand der Lobbying-Abteilungen. Dass der CEO einer Grossbank oder eines Industriekonzerns ein Nationalratsmandat sucht, hat Seltenheitswert. Dürfte ein Bankchef bei den heutigen Regeln zur Corporate Governance überhaupt ein solches politisches Amt annehmen? Nach den Worten von Karl Hofstetter, Professor an der Universität Zürich, schränken die Vorgaben zur Corporate Governance das Milizsystem im Prinzip nicht ein. Ein CEO einer börsenkotierten Unternehmung kann also durchaus ein Nationalratsmandat übernehmen. Zu beachten ist laut Hofstetter allerdings die zeitliche Beanspruchung. Diese sei zwischen den Beteiligten zu regeln.

Gabe Shawn Varges, Corporate-Governance-Experte und Senior-Partner bei der Beratungsfirma HCM, weist ebenfalls auf die Frage der Zeit- und Prioritäteneinteilung hin. Diese müsse vor allem bei börsenkotierten Unternehmen sehr sorgfältig geregelt werden, zumal ein Manager und Politiker zwei Herren diene. Varges fügt zudem an, dass bei der Beurteilung der Corporate Governance nicht nur die tatsächlichen Verhältnisse zu beachten seien, sondern zunehmend auch die Wahrnehmung der Verhältnisse durch Aussenstehende.

Es könne durchaus sein, dass schon allein der Anschein eines Interessenkonflikts zwischen zwei Tätigkeiten oder Ämtern problematisch werde. Und wenn man die Möglichkeit eines Interessenkonflikts schliesslich doch in Kauf nehme, dann sei von den betroffenen Parteien die Einwilligung am besten im Voraus einzuholen, was im Fall eines Politikers sehr schwierig werden könne. Es ist leicht, zu erraten, wie viele Spitzenmanager sich unter solchen Voraussetzungen bei den nächsten Nationalratswahlen für ein Engagement in der Politik interessieren werden. ○

Politik

Die Schweiz trotz dem Druck

Von Philipp Gut — Mit dem Nein zur Unternehmenssteuerreform III bleibt alles, wie es war. Dennoch machen die Rechten auf Panik, und die Linken paktieren mit dem Ausland. Mehr Coolness wäre angesagt.

An den 5. Parlamentarischen Tagen der OECD in Paris wurden letzte Woche auch Schweizer Besucher gesichtet: die SP-Politiker Christian Levrat und Carlo Sommaruga sowie Claude Béglé von der CVP. Ebenfalls vor Ort war SVP-Nationalrat Alfred Heer als Berichterstatter des Europarats. Dabei kam es am Rand der offiziellen Veranstaltungen zu einem geheimen Treffen von Levrat und dem Schweizer OECD-Botschafter Ulrich Lehner mit Pascal Saint-Amans. Der Direktor des Centre for Tax Policy and Administration (CTPA) ist der Erfinder des automatischen Informationsaustauschs und ein leidenschaftlicher Oberlehrer («Die Schweiz sollte sich jetzt rasch bewegen», mischte er sich noch Mitte letzter Woche in den eidgenössischen Abstimmungskampf ein). Im Gespräch ging es darum, wie die Schweiz ihre Steuerpolitik im Fall einer Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III fortsetzen solle.

Dieses Nein ist jetzt Tatsache. Es wurde allgemein als Triumph der Linken interpretiert, und das ist es auch zweifellos (siehe Seite 21). Sie haben das Referendum gegen die Unternehmenssteuerreform (USR) III ergriffen und

gewonnen. Allerdings – und das verleiht der Wallfahrt von Levrat & Co zum OECD-Steuerchef eine besonders pikante Note – ist im Getöse des Abstimmungsrummels ein offensichtliches Faktum weitgehend übersehen worden: Die heute geltende steuerliche Sonderbehandlung von 24 000 internationalen Firmen – davon 11 000 Holding-Gesellschaften – bleibt bis auf weiteres genau so, wie sie bisher war. Das Nein zur USR III ist also faktisch ein Ja zur Holding-Besteuerung.

Votum gegen den Internationalismus

Man könnte das Ganze daher auch in einem etwas anderen Licht interpretieren und feststellen: Der Schweizer Souverän hat am 12. Februar mit seinem Nein dem internationalen Druck von EU und OECD auf unseren Steuerföderalismus getrotzt. Oder noch etwas zugespitzt: Die mutigen Eidgenossen sind im Gegensatz zu ihren Eliten nicht bereit, sich das Steuerregime vom Ausland diktieren zu lassen.

Vielleicht haben die Bürger einfach ein besseres Gedächtnis als viele Politiker und erinnern sich noch daran, wie der zentralistische Druck von EU und OECD in der Finanzkrise aufgebaut wurde – aus dem schlichten Grund, dass die hochverschuldeten Staaten nach neuen Milliarden einnahmen gierten. Die Schweiz muss sich aber in erster Linie selbst an der Nase nehmen: Obwohl sie zu den Gründungsmitgliedern der OECD gehört und ein Vetorecht hat, übernahm sie in der Ära von Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) das von der OECD bestimmte Steuerregime in voreilem Gehorsam in praktisch allen Punkten. Die OECD hält zwar grundsätzlich den Freihandel hoch, hegt aber einseitige Absichten vor allem bezüglich Sozialrecht (Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens) und Steuerrecht. So ist offensichtlich, dass sie die Supermacht USA besonders pfleglich behandelt. Man will den Hauptsponsor nicht verärgern und wagt keinerlei Kritik an den amerikanischen Praktiken, etwa an den Trusts mit ihrem Spezialstatus nach US-Recht oder am dortigen Bankgeheimnis, das für Ausländer hieb- und stichfest aufrechterhalten wird. Im Gegensatz zur Schweiz.

So gesehen, wäre der Freudentaumel, den SP-Chef Levrat vor den Fernsehkameras inszenierte, etwas zu relativieren. Feierte der SP-Präsident vielleicht unbewusst auch einen bockig-konservativen Souverän, der sich von



Wallfahrt: OECD-Steuerchef Saint-Amans.



Zweite unsanfte Notlandung: Finanzminister Maurer.

panikbefallenen Politikern und Wirtschaftsführern nicht beeindruckt liess? Der Blick auf die Resultate lässt jedenfalls den Schluss zu, dass nicht allein die Anhänger des Sozialismus und der Gewerkschaftsbewegung für die überraschend deutliche Abfuhr sorgten. Die stattliche Nein-Mehrheit lieferte vielmehr die ländliche Schweiz, die stockbürgerlich und keineswegs internationalistisch stimmt. Das Urteil ist nicht allzu verwegen, dass diese Mehrheit keine grosse Freude am konspirativen Treffen Levrats mit OECD-Steuervogt Saint-Amans haben dürfte. Darum sollte es ja auch geheim bleiben.

«Eigengoal»

Diesem Spektrum der Neinsager verlieh ein einflussreicher Akteur schon vor dem Urnengang eine Stimme. Der frühere SVP-Präsident Toni Brunner, der sich ansonsten nie mehr ins Geschäft seines Nachfolgers eingemischt

hatte, sagte in einem grossen *Blick*-Interview, ein Nein «wäre nicht so tragisch». Und er übte deutliche Kritik an der «breiten Phalanx aus Politik und Wirtschaft», speziell an Economie-suisse, deren Stil «sehr stark nach künftigen Kampagnen für europapolitische Abstimmungen» rieche. Dies sei ein «Eigengoal», das

Brunner erkannte, dass sich seine SVPLer schwerlich für internationale Firmen in die Bresche werfen.

in seinen Reihen nicht goutiert werde. Als wichtigste Abstimmung der Legislatur beurteilte Brunner denn auch nicht die Steuerreform, sondern die von der SVP geplante Unterbindung der Personenfreizügigkeit. Der geerdete Brunner erkannte, dass sich die Anhänger seiner Partei schwerlich für internationale Firmen in die Bresche werfen, von denen

sie vermuten, dass sie immer noch mehr Ausländer ins Land holen. Einwenden liesse sich allerdings, dass diese Kritik reichlich spät kam und die SVP insgesamt die Stimmung an der eigenen Basis falsch einschätzte.

Lieber Radsportler als Finanzminister?

Keine Frage: Die bürgerlichen Spitzenpolitiker und die Funktionäre der Wirtschaftsverbände stehen nach dem Nein des Volks mit abgesägten Hosen da. Sie haben das Referendum gewissermassen zur wirtschaftspolitischen Jahrhundertvorlage hochgestimmt, deren Ablehnung ein einziges Desaster bedeute. Die Untergangsrhetorik, die auch in den Spalten dieser Zeitung wiederhallte, verdingt nicht.

Während die Linken jubilieren, ist Finanzminister Ueli Maurer (SVP) sichtlich angeschlagen. Sein Hinweis nach der Niederlage, er habe die Vorlage von seiner Vorgängerin übernommen, ist zwar sachlich korrekt, wirkte

aber nicht eben souverän. Nein, er ist nicht der Hauptverantwortliche für die Schlappe; gemäss Insidern warnte er sogar frühzeitig, das Fuder nicht zu überladen. Aber wenn er sich selbst auf die Bank der «Sündenböcke» setzt, hat er schon recht. Der ehemals gefürchtete und für seine Bissigkeit bekannte Partei-Einpeitscher hat offensichtlich nicht die Kraft, die es brauchte, um im Bundesrat etwas zu reisen. Vielmehr scheint er verstrickt in den Fängen seiner etatistisch-internationalistischen Chefbeamten, die fast allesamt noch aus der Ära von Eveline Widmer-Schlumpf stammen. Sie schliessen gegenwärtig ein Doppelbesteuerungsabkommen nach dem andern ab und treiben den automatischen Informationsaustausch intensiv voran, selbst mit rechtsstaatlich problematischen Ländern wie China und Russland. Das kann nicht das Ziel eines Finanzministers aus den Reihen der Volkspartei sein.

Auch Maurers öffentliche Auftritte im Abstimmungskampf für die Unternehmenssteuerreform, etwa in der «Arena», wirkten eher uninspiriert und kraftlos. Bei seinem Presse-Rendezvous in Adelboden liess er die Öffentlichkeit wissen: «Ich habe dieses Jahr 7000 Kilometer auf dem Velo abgestrampelt.» Bei solchen Aussagen darf sich Maurer nicht wundern, wenn der Eindruck eines Bundesrats entsteht, der sich mehr mit seinem Fahrrad beschäftigt als mit den Bundesfinanzen.

Ungefährlicher Gegner

Hinzu kommen personelle Entscheidungen, die Freund und Feind erstauen. Die stärkste Disziplin seines Kommunikationschefs, des früheren Fünfkämpfers Peter Minder, den er vom Sport ins Finanzdepartement mitnahm, sind sicher nicht komplexe finanzpolitische Fragen. Mit der klassischen Archäologin Rahel von Kaenel amtiert die persönliche Mitarbeiterin seiner Vorgängerin Widmer-Schlumpf als Generalsekretärin. Mächtiger Direktor der eidgenössischen Finanzverwaltung ist mit Serge Gaillard ein Alt-Marxist und der frühere Chefökonom des Gewerkschaftsbundes.

Bekommt Andrea Hämmerle also recht mit der These, die er in seinem Buch über die Abwahl von Christoph Blocher vertrat? Der SP-Mann war nämlich überzeugt, dass die Linke mit Maurer bestens fahre. Er sei im Gegensatz zu Blocher ein ungefährlicher Gegner, der sich problemlos in die vorgegebenen verwaltungstechnischen Strukturen einfüge. Maurer droht im Herbst seiner Bundesratskarriere tatsächlich zur *lame duck* zu werden, denn er dürfte

sich hüten, nach dem Gripen-Debakel und der gescheiterten Unternehmenssteuerreform eine dritte verheerende Niederlage einzustecken. Vermutlich wird er bis spätestens 2019 in die politische Pension gehen – bis dahin aber ist wohl keine neue Steuervorlage abstimmungsreif.

Flirt mit dem Mittelstand

Die SP feiert ihren Abstimmungssieg auch als ersten Schritt zur Rückeroberung des Mittelstands. Bevor auch nur das definitive Ergebnis feststand, forderte der Basler Nationalrat Beat Jans gebieterisch Steuererhöhungen – selbstverständlich auf Kosten der eben noch verbal gehätschelten Normalverdiener. Die Linke plane jetzt die Einführung der Kapitalgewinnsteuer und höhere Dividendensteuersätze. Unüberhörbar ist auch ihr Begehren, die Rohstofffirmen steuerlich weit stärker auszunehmen. Wenn der Mittelstand je ernsthaft glaubte, die SP werde künftig seine Interessen vertreten, täuscht er sich. Es gab in den letzten hundert Jahren schlicht keine mittelstandsfeindliche Vorlage, welche die SP nicht unter-

stützt hat: jede Mehrwertsteuererhöhung, sämtliche Lohnabzüge, die Einheitskrankenkasse, den Mindestlohn, das bedingungslose Grundeinkommen, die Medienzwangsgebühren, die Kapitalgewinnsteuern, Erbschaftsteuern, jede Benzinverteuerung, jede Heizölverteuerung und die Energiestrategie 2050.

Was ist zu tun?

Nach dem Nein zur USR III täten Bundesrat und Parlament gut daran, dem jetzt einsetzenden, medial geschürten Druck von OECD und EU mit einer Portion Gelassenheit zu begegnen.

Der Moment für eine Rückbesinnung auf die eigenen Gesetze scheint günstig.

So wie die USA regelmässig auf die Unabhängigkeit ihrer Bundesstaaten hinweisen, kann die Schweiz die Steuersouveränität der Kantone betonen, die das Volk als oberste Instanz nicht antasten will. Genau dieser Souverän ging aber vergessen, als Bundesrätin Widmer-Schlumpf internationale Zugeständnisse machte und sich unter ungehörigen Zeitdruck setzen liess.

Der Moment für eine Rückbesinnung auf die eigenen Gesetze scheint günstig. Die EU schlägt sich derzeit mit ganz anderen Problemen als mit Schweizer Steuern herum, etwa mit dem Brexit, den faktisch bankrotten südlichen Mitgliedern und mit Donald Trump. Auch die Drohungen mit schwarzen und grauen Listen sind nicht zum Nennwert zu nehmen, da solche in der OECD faktisch gar nicht existieren. Ansonsten müsste beispielsweise das mit Hunderten Milliarden Euro unterstützte Griechenland weit eher auf einer solchen Liste stehen als die Schweiz, die ihre Rechnungen noch immer vollumfänglich beglichen hat.

Bei den Beratungen über eine neue Unternehmenssteuerreform müssen es sich die Bürgerlichen auch gut überlegen, ob sie ihr Paket wirklich zusammen mit den möglicherweise etwas vorschnell triumphierenden Linken schnüren wollen. Denn wenn diese jetzt meinen, sie könnten Kapitalgewinne und vermehrt die Dividenden besteuern, ohne zu bedenken, dass damit unsere Renten und unsere AHV gefährdet werden, dann tun sie genau dasselbe, was die Vordenker der USR III getan haben: Sie unterschätzen den Mittelstand. ○



Fordert gebieterisch Steuererhöhungen: Nationalrat Jans (SP/BS).

Zweifel, Dialog und Nähe

Von Claude Longchamp — Die Linke schoss die Steuerreform ab. Es war ein Meisterstück. Was können wir aus dieser Kampagne lernen?

Geht eine Abstimmung anders als gewohnt aus, wird ein bekannter Parcours abgelaufen. Erste Station ist die emotionale Schuldzuweisung via Medien. Danach analysiert man Stärken und Schwächen des eigenen Tuns. Beim dritten Posten schliesslich mündet die Diskussion in die politische Aufarbeitung des entstandenen Problems. Bei der dritten Unternehmenssteuerreform befinden wir uns zweifelsfrei in der ersten Phase. Nötig ist es, schnell zur zweiten überzugehen. Hierzu ein paar Thesen.

Es begann alles so normal

Eigentlich begann alles ganz ordentlich. Die Ja-Seite zur USR III startete die Kampagne frühzeitig und platzierte die eigenen Kernbotschaften vor den Widersachern: «Die Reform ist notwendig, will man Sanktionen der OECD entgehen. Die Ansiedlung von Holdinggesellschaften soll weitergehen, wenn auch mit anderen Instrumenten. Steuersenkungen bringen Wirtschaftswachstum, was Arbeitsplätze und Steuereinnahmen sichert.»

Unsere erste SRG-Umfrage bestätigte den Plan: 50 Prozent waren dafür, 35 Prozent dagegen. Der Normalfall der Meinungsbildung bei einer Behördenvorlage legte zur Jahreswende eine Aufteilung der Unentschiedenen auf beide Seiten nahe. Parteiparolen, Schulterchluss der Wirtschaftsverbände, Kampagnenmittel, die Hilfe der kantonalen Finanzdirektoren und die Tendenz der Medien, den Behördenstandpunkt zu teilen, sprachen ebenso dafür.

Kampf mit neuen Waffen

Doch es kam anders! Die Meinungen bildeten sich nach den Mustern des eben doch immer noch möglichen Spezialfalls. Bis es die Ja-Seite merkte, war es schon spät. Die Befürworter, Gefangene ihrer Strategie, wollten die SP spalten – und übersahen, wie die eigenen Bodentruppen zum Gegner überliefen. Die Linke schloss, auch nach innen, die Reihen.

Es war ein Kampf mit neuen Waffen: Die SP überwand, vorübergehend, ihre Kapitalismusüberwindung und entdeckte den Mittelstand neu. Normalerweise überlässt sie diese Zielgruppe der Konkurrenz von SVP und CVP.

Aus zugewandten Orten kam Hilfe: Eveline Widmer-Schlumpf, ehemalige Finanzministerin, Mutter der Vorlage, kritisierte die Endvorlage heftig, und die Finanzkontrolle stellte den Behörden gerade noch rechtzeitig ein schlechtes Zeugnis aus. Der Rest ist bekannt:



Vorteil für die Gegner: Eveline Widmer-Schlumpf.

Das Ja verringerte sich auf 41 Prozent, das Nein schnellte auf 59 Prozent hoch.

Die Stärken der Gegner, die Schwächen der Befürworter

Die heutige Kampagnenanalyse unterscheidet zwischen Sachebene und Stimmungslage. Sachlich herrschte bis zum Schluss ein Patt. Den Luftkampf um die Gefühle gewann die

Wo es kein Wissen gibt, regieren die Meinungen. Widmer-Schlumpf befreite die Zweifler im Zentrum.

Nein-Seite furios. Drei Stichworte helfen, die Niederlage der Bürgerlichen zu erklären: der Zweifel, die Kommunikation und die Nähe zum Geschehen.

Der Zweifel: Die Vorlage hatte klare Schwächen. Sie erzeugten den Zweifel, ja provozierten ihn. Konkret: Nur die Folgekosten für den Bund waren bezifferbar. Wie es in den Kantonen aussieht, blieb nebelhaft: Wo es kein Wissen gibt, regieren die Meinungen. Vorteil für die Gegner. Eveline Widmer-Schlumpf befreite die Zweifler im Zentrum. Nach ihrem Eingreifen gab es nicht nur die eine Unternehmenssteuerreform, sondern Varianten, die Besseres versprochen.

Die Kommunikation: Vorbei sind die Zeiten, in denen Wirtschaftsvertreter der Politik sagen, was gut ist, und die Behörden die Botschaften brav den Leuten weitertragen. Heute kommuniziert man nicht mehr *top-down*, sondern dialogisch auf Augenhöhe. Die Nein-Seite hatte gegen viel Geld und eine Mehrheit der Medien zu bestehen. Sie bestand! Indem sie ihre Kernbotschaften extrem visuell erzählte, in einprägsamen Geschichten mit verbrannten Tausendernoten. Der Weg zum Sieg führte über das Portemonnaie der Bürger. Sozial-medial, jeden Tag.

Die Nähe zum Geschehen: Die Ja-Seite führte eine nationale Kampagne und vertraute ganz auf die Unterstützung der Kantonsvertreter. Diese galten seit der Entscheidung über das Steuerpaket 2004 als Matchwinner. Doch hat sich der Verteilungskonflikt seither entwickelt. Heute findet er nicht mehr zwischen Bund und Kantonen statt, sondern zwischen Kantonen und Städten und Gemeinden. Sie alle haben Sparrunden hinter sich und wollen keine weiteren. Das brachten die Gegner vor Ort gekonnt zur Sprache.

Entscheidend ist: Wer gewinnen will, muss aus der Minderheitenstellung raus. Das geht so: Zuerst sind die eigenen Reihen zu schliessen. Dann geht es um die Ungebundenen, die stimmen. Schliesslich sind bei den Gegnern die Unzufriedenen zur Kraft zu formen. Dies gelang den Reformgegnern mit Bravour. Die Ironie ist, dass die Opponenten gespalten begannen, das aber überwand, die Befürworter dafür gespalten endeten, ohne es zu merken.

Die Lehre für die Zukunft

Nach dem Rechtsrutsch bei den Wahlen 2015 war SP-Präsident Christian Levrat dem Rücktritt nahe. Doch seine Partei fing sich seither auf. Im Mai 2016 kündigte sie selbstbewusst an, bei ihren klassischen Themen vermehrt Opposition zu betreiben. Ausdrücklich nannte sie die Unternehmenssteuerreform, die Rentenreform und die Liberalisierung des Arbeitsrechts.

Wer das Schweizer System kennt, weiss, wie tief man mit diesem Volksrecht ins Innere stechen kann. Die Bürgerlichen sind gewarnt. Nach dem Standortwettbewerb stehen mit der Energiewende, der Altersvorsorge und den Bilateralen weitere Zukunftsfragen an – mit einer vergleichbaren Problematik wie bei der Reform der Unternehmenssteuer.



Claude Longchamp, 59, ist Politikwissenschaftler, Historiker und Verwaltungsratspräsident des Forschungsinstituts GfS Bern und Lehrbeauftragter an den Universitäten Bern und Zürich.

Linke Besserköner

Von René Zeller — Die Sozialdemokraten kündigten nach den Wahlen 2015 an, sie würden zur Oppositionskeule greifen. Das Grounding der Unternehmenssteuerreform belegt: Die Linke beherrscht ihr Handwerk.

Es gibt nichts zu deuteln. Das erfolgreiche Referendum von SP und Grünen gegen die Unternehmenssteuerreform III (USR III) war ein Donnerschlag, ein kolossaler Triumph. Wenn in den letzten Jahren eine Partei allein an der Urne obsiegte, dann war die SVP am Drücker. Ihre Opposition von rechts gegen die vielgescholtene Elite verfieng namentlich in Migrationsfragen (Minarettinitiative, Ausschaffungsinitiative, Masseneinwanderungsinitiative). Am letzten Sonntag hat die Linke den Spieß gekehrt. Sie sah sich im Abstimmungskampf allein auf weiter Flur einer scheinbar übermächtigen Allianz gegenüber. Der Bundesrat, alle bürgerlichen Parteien, die Wirtschaftsverbände und kantonalen Finanzdirektoren standen trotzdem auf verlorenem Posten.

Wenn SP-Präsident Christian Levrat am Sonntag mit geballter Faust den Sieger markierte, muss ihm die Verliererseite zubilligen:

Die Abstimmungskampagne baute voll auf der Angstmacherei vor einer bürgerlichen Klientelpolitik auf.

Seine Rechnung ist voll aufgegangen. Er wollte – mit den Gewerkschaften und Grünen im Schlepptau – diesen Sieg unbedingt. Und das Nein zur USR III ist nicht nur wegen des glasklaren Volksverdikts (59,1 Prozent Nein) kein Zufallsprodukt. Es ist die Frucht einer Marschroute, die schon am eidgenössischen Wahltag vom 18. Oktober 2015 proklamiert worden war.

«No pasarán!»

Der Vormarsch von SVP und FDP an jenem Wahlsonntag traf die Linke im Mark. In den Jahren zuvor hatten Sozialdemokraten und Grüne im parlamentarischen Ringen und im Bundesrat – dort nicht zuletzt dank Eveline Widmer-Schlumpf – oftmals mitgeholfen, Mitte-links-Mehrheiten zu modellieren. Jetzt werde es bitterkalt in Bundeshaus, lamentierten Levrat & Co. am 18. Oktober 2015 wehleidig. Der Rechtsrutsch verheisse nichts Gutes. Das zwingt die Linke dazu, künftig rigoros auf ausserparlamentarische Opposition zu setzen. Die Strasse müsse als Kampffeld neu entdeckt werden. Auf dem Bundesplatz skandierten rote und grüne Parlamentsmitglieder: «No pasarán!»

Die vermeintliche bürgerliche Allianz konsequent als arrogant und sozial betriebsblind



Emotionaler und griffiger: SP-Präsident Levrat.

zu diskreditieren, gehört seither zum Standardgepäck der linken Seilschaften. Obschon die Kontroverse über die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative exemplarisch belegt hat, dass der vielzitierte Bürgerblock eine Fata Morgana ist, bleibt das Vokabular unverändert. Am 17. Dezember 2016 letzten Jahres wettete SP-Präsident Levrat im *Tages-Anzeiger*: «Wir haben immer gesagt, dass der bürgerliche Schulterschluss mit Ausnahme der Europapolitik und vielleicht der AHV-Revision greifen wird. Und wie er das tut!»

Es tut wenig zur Sache, dass Levrats Analyse falsch ist. Massgebend ist, dass die Abstimmungskampagne zur USR III voll auf der Angstmacherei vor einer knüppelhaften bürgerlichen Klientelpolitik aufbaute. Alle Rohre wurden auf raffigieriger Grosskonzerne, gewinnsüchtige Aktionäre und Abzocker gerichtet. Die einstige Arbeiterpartei SP schwang sich zudem zur Retterin des kleinbürgerlichen Mittelstandes auf, obschon sie zeitgleich an ihrer klassenkämpferischen Ideologie herumschraubte.

Darauf baute die Nein-Kampagne auf. Und sie verfieng eindeutig besser als jene der USR-III-Befürworter. Die Linke hatte handwerklich bessere Botschafter in ihren Reihen, ihre Aussagen waren emotionaler und griffiger, sie kämpfte entschlossener, bissiger, cleverer. Die Oppositionsmaschinerie lief auf Hochturen.

Nach der Wahlschlappe konstatierte FDP-Präsidentin Petra Gössi in der NZZ konsterniert, die Linke habe im Abstimmungskampf realitätsfremde Argumente gestreut; das sei «reiner Populismus» gewesen. Das mag stimmen. Faktum bleibt aber, dass die Bürgerlichen den Linkspopulismus nicht angemessen zu kontern vermochten. Bereits vor dem Abstimmungssonntag disqualifizierte die linksalternative *Wochenzeitung* die von den Wirtschaftsdachverbänden konzipierte und bezahlte Kampagne als «diffus und fade». Dem ist beizupflichten.

Weiter im Oppositionsmodus

Nach der schallenden Ohrfeige vom 12. Februar müssen sich die bürgerlichen Parteien vor-

sehen. Unter der Stabführung der Bundesratspartei SP wird die Linke nicht aufhören, die Oppositionstrommel zu rühren. Die Strategie bleibt unverändert, wie die jubilierend-marktschreierischen Wortmeldungen am Abstimmungssonntag belegen. Man werde «rechte Extrem Lösungen» unvermindert anprangern und die bürgerliche «Klientelpolitik» weiterhin konsequent bekämpfen, lautet die Ansage.

Ist das Nein zur USR III tatsächlich ein Wendepunkt in dieser Legislaturperiode? Für die SP steht jedenfalls fest, dass der mit Verve erzwungene Etappensieg gleichbedeutend ist mit dem Ende der bürgerlichen «Selbstbedienungsmentalität».

Es gehört zur parteitaktischen Cleverness der Linken, dass sie unvermindert vor dem

Das Momentum liegt jetzt bei der Linken. Wie stark sich das auswirken wird, hängt von den Bürgerlichen ab.

bürgerlichen Schulterchluss warnt, obwohl dieser faktisch gar nie existiert hat. Gleichzeitig verschweigt die SP tunlichst, dass sie in der angebrochenen Amtsperiode bereits viel mehr erreicht hat, als sie sich nach den Parlamentswahlen 2015 erträumt hatte. Bei der Umsetzung der Zuwanderungsinitiative bildeten der freisinnige Nationalrat Kurt Fluri und sein SP-Ratskollege Cédric Wermuth die Achse, die zur Nichtumsetzung des Verfassungsartikels 121a führte. In der Kontroverse um die Rentenreform 2020 rudert die SP gemeinsam mit der CVP voran. Auch das machen die linken Handwerker eben besser: Sie zetern fortwährend, dass sie zur Opposition verdammt seien, und schmieden im parlamentarischen Konzert trotzdem munter Mehrheiten.

Wirtschaftsverbände zurückbinden

Das Momentum liegt jetzt bei der Linken. Wie stark sich das realpolitisch auswirken wird, hängt aber nicht primär von SP und Grünen ab, sondern von den bürgerlichen Parteien. Massgebend wird sein, ob die Kooperation mit den Wirtschaftsdachverbänden auf ein verträgliches Mass zurückgestutzt werden kann. Deren Einflussnahme auf die Gesetzgebung war in letzter Zeit zu gross – siehe Masseneinwanderungsinitiative, siehe AHV-Reform, siehe Unternehmenssteuerreform III.

Fast schon mitleidig konstatierte Christian Levrat am Sonntag: «Die Bürgerlichen haben sich von der Wirtschaft instrumentalisieren lassen.» Man erinnert sich in diesem Kontext an eine kernige Aussage des gewesenen FDP-Präsidenten Franz Steinegger: «Wir sind nicht die Briefträger der Wirtschaftsverbände.» Dies zu beherzigen, würde den bürgerlichen Parteien helfen, sich wirtschaftspolitisch wieder glaubwürdig zu positionieren. ○

Behörden

Heckenschütze Huissoud

Von Philipp Gut und Florian Schwab — Sabotierte der Direktor der Eidgenössischen Finanzkontrolle die Steuervorlage?

Für Aufsehen und ein gewisses Entsetzen im Departement von Finanzminister Ueli Maurer (SVP) sorgte unmittelbar vor der Abstimmung die Tatsache, dass die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) eine kritische Studie über die bundesrätliche Prognosequalität bei Abstimmungen veröffentlichte. Sie hält fest, dass der Bundesrat regelmässig falsche Zahlen nenne. «Die verschiedenen Ausführungen des Bundesrates zur dritten Unternehmenssteuerreform (USR III) sind von der EFK nicht geprüft worden. Der vorliegende Bericht lässt daher keinerlei Rückschlüsse auf diese Unter-



«Ein wenig bizarr»: Spitzenbeamter Huissoud.

lagen zu», schrieben die Finanzkontrolleure und stiessen damit auch einen schlaftrunkenen Leser mit der Nase auf das Thema. Dankbar griffen Medien, die der USR III kritisch gegenüberstehen, von *Tages-Anzeiger* bis «10 vor 10», den Bericht der Finanzkontrolle auf und versetzten – so empfanden es viele im Finanzdepartement – damit der Vorlage endgültig den Todesstoss.

Die Terminierung des Berichts und seine instinktsichere Verortung in der Abstimmungsdebatte, obwohl er weder die USR III noch deren Vorgängerin zum Gegenstand hatte, legen die Vermutung nahe, dass die In-

tervention der EFK politisch motiviert war. Ein Insider spricht von einer «Sabotage» der Vorlage. Dieser Vorwurf erhält zusätzliche Nahrung durch Aussagen von EFK-Direktor Michel Huissoud in der Sendung «Forum» des Westschweizer Radios vom 21. April 2016. Huissoud unterstützte dort die Notwendigkeit einer Reform, meldete aber Bedenken beim Mehrfachabzug für die Ausgaben von Forschung und Entwicklung an. Das sei «ein wenig bizarr» und gehe «nicht in die richtige Richtung».

Aktivist im «Soldatenkomitee»

Huissoud weist die Kritik gegenüber der *Weltwoche* zurück. Er habe weder mit der neuesten Publikation noch mit dem Auftritt vor knapp einem Jahr beabsichtigt, politischen Einfluss zu entfalten. Die USR II sei zu dem alleinigen Zweck in dem Bericht erwähnt worden, Trans-

Die Finanzkontrolle fällt immer wieder durch eine gewisse politische Schlagseite auf.

parenz über dessen «Auslöser» zu schaffen. In seiner Arbeit als Direktor der EFK habe die effiziente Ausgabenpolitik Priorität. «Zu unserem Auftrag gehört es aber auch, zu prüfen, dass die Einnahmen des Bundes effizient und rechtskonform erhoben werden.»

Tatsache ist allerdings, dass die Behörde immer wieder durch eine gewisse politische Schlagseite auffällt. Ihr Steckenpferd sind militärische Einrichtungen wie die Ruag. Ebenfalls unter besonders scharfer Kontrolle stehen die zivil wie militärisch verwendbaren Güterausfuhren, die das Bundesamt für Wirtschaft bewilligen muss. Es war auch die Finanzkontrolle, die den Bundesrat kürzlich über die Spesen eines Divisionärs orientierte.

Der Genfer Huissoud war in jungen Jahren Aktivist im «Soldatenkomitee». Dieses sorgte permanent für Unruhe in Rekrutenschulen, indem es für materielle und rechtliche Belange der Soldaten agitierte, im Grunde aber die Armee destabilisieren und abschaffen wollte. Doch auch den Vorwurf der politischen Einseitigkeit lässt Huissoud nicht stehen: «Unsere Jahresprogramme zeigen, dass der Eindruck falsch ist.» Trotz Kritik an seiner Amtsführung stelle er sich 2019 erneut für eine sechsjährige Amtsperiode zur Verfügung, so der streitbare EFK-Direktor. ○

Wahrheitsminister Pascal Couchepin

Von Christoph Mörgeli

Zum dritten Jahrestag der Masseneinwanderungsinitiative lieferten sich Pascal Couchepin und Christoph Blocher in der «Tagesschau» ein Fernduell. Pascal Couchepin erklärte sich erwartungsgemäss als Gegner von Volksinitiativen «mit unmöglicher Zielsetzung». Diese seien «Propaganda und nicht mehr Politik». Befassen wir uns also mit Politik. Mit Pascal Couchepins Politik.

Als verantwortlicher Bundesrat für die Personenfreizügigkeit sagte Couchepin vor der Abstimmung über die bilateralen Verträge I zur *Berner Zeitung*: «Wir müssen unbedingt verhindern, dass in der Abstimmungskampagne Falschinformationen breitgeschlagen werden, die letztlich nur die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verunsichern.» Im Herbst 1999 weilte Wahrheitsminister Couchepin im Tessin und putzte die dortigen Bedenkenräger ab: «Sie sollten froh sein, die Lombardei und nicht Sizilien als Nachbarn zu haben.» In Obergösgen befand er über einen Skeptiker: «Jetzt kommt schon wieder so einer.»

Als wahre Information liess er in der bundesrätlichen Botschaft verlauten: «Generell kann angenommen werden, dass selbst bei einer vollständigen Realisierung der Freizügigkeit mit der EU keine massive Einwanderung zu erwarten ist.» In der Abstimmungsbroschüre verhinderte Couchepin mögliche Falschinformationen mit folgender Wahrheit: «Wie die Erfahrungen in der EU zeigen, sind die Ängste der Referendumskomitees, die Einwanderung aus EU-Staaten in die Schweiz werde stark zunehmen, nicht begründet.» Und es folgte der Hinweis auf unabhängige Studien wie jene von Professor Thomas Straubhaar, wo unter Hinweis auf «Plausibilitätsüberlegungen» erwartet wurde, «dass das Einwanderungspotenzial (netto) weniger als 8000 EU-Angehörige pro Jahr» erreichen dürfte.

Gemäss Couchepins Wahrheitsministerium wären in den letzten zehn Jahren bloss maximal 80 000 EU-Bürger in die Schweiz eingewandert. In Wahrheit kamen aber 540 000. Dies, obwohl uns Couchepin folgende Wahrheit versprochen hat: «Wir haben die Instrumente, um notfalls bremsen zu können, sollten unerwartet viele Leute aus dem EU-Raum in die Schweiz strömen.» Der NZZ-Chefredaktor unterstützte Couchepin: Es sei ausschlaggebend, die «diffuse Angst vor erhöhter Zuwanderung im Gefolge der anvisierten Personenfreizügigkeit zu zerstreuen». Was ist jetzt Propaganda? Und was ist Politik?

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Bocken: Keine Lust bis 2021

Von Peter Bodenmann — Das Volk hat immer recht, nach dem Absturz des Gripen nun bei der krachenden Unternehmenssteuer-Pleite.



Trommelfeuer: Bundesrat Maurer (l.), Nationalbank-Präsident Jordan.

Die Befürworter der Unternehmenssteuerreform hatten Geld wie Heu. Neunzehnmal mehr als ihre Gegner. Alle waren sie im gleichen Boot: SVP, FDP, CVP, BDP und die Grünliberalen.

Es gab auf bürgerlicher Seite nur zwei löbliche Ausnahmen: Eveline Widmer-Schlumpf und Christian Wanner. Die zwei beliebten Zielscheiben der *Weltwoche*. Frank A. Meyer stellte im *Sonntagsblick* die richtige Frage: Wem glauben, dem Ueli oder der Eveline? Das Resultat spricht für sich.

Sicher, der Noch-Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes ist kein funktionierendes Kirchenlicht. Hans-Ulrich Bigler übernahm vom Auftritt her die Bildersprache der SVP. Es hatte überall zu viele *Schwiizer Chrüüzli dra*. Aber der Hauptschuldige ist er nicht.

Ich schreibe diesen Artikel am Montag, den 13. Februar 2017. Einen Tag nach der Abstimmung. Heute wollte uns Ueli Maurer, falls wir die Vorlage ablehnen würden, ein milliardenschweres Sparprogramm aufs Auge drücken. Eine nicht funktionierende Tischbombe mehr. Ein Bundesrat, der droht, muss die Drohung wahr machen. Sonst ist er nur ein halber Bundesrat, den niemand mehr ernst nimmt.

Zu Recht, denn Ueli, der neue beste Dienstverweigerer der Welt, kündigte am Sonntag an, er brauche Zeit bis in das Jahr 2021, um eine neue Vorlage zu bringen. Dies entspricht der

Dauer des Zweiten Weltkrieges. Auch das noch.

Warum erst 2021, warum erst nach den nächsten Wahlen? Viele Basis-SVPler sind gegen mehr Ausländer in der Schweiz. Und gleichzeitig für sozialen Ausgleich unter Schweizerinnen und Schweizern. Eine zweite, rechte Unternehmenssteuerreform bedeutet mehr ausländische Unternehmen und somit auch mehr Ausländer in der Schweiz. Und weniger soziale Schweiz. So oder so.

Noch gibt es in der Schweiz keinen Strache und keine Le Pen, um der unsozialen SVP-Elite die Hölle heisszumachen. Vor vierzehn Monaten ging Thomas Jordan vor der SVP auf die Knie. Er hob unter dem Trommelfeuer von Blocher und Co. den Franken-Mindestkurs auf. Im Gegensatz zu Dänemark und Singapur hat er währungspolitisch nichts mehr im Griff. Die Nationalbank kann nicht einmal einen Kurs von 1.10 halten. Jetzt greift die NZZ Thomas Jordan frontal an, weil die Schweizer Export-Unternehmen – Chemie- und Pharmaindustrie ausgenommen – kein Geld mehr verdienen.

Maurer und Jordan sind keine bedauernswerten Sündenböcke. Beide haben es selber verbockt. In jeder funktionierenden Demokratie müssten sie zurücktreten. Schon wieder *kei Luscht*.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

In den Journalismus investieren

Von Kurt W. Zimmermann — Die Verlage steigen aus der Publizistik aus, lautet die Kritik. Fragt sich nur, ob sie jemals drin waren.

Der Song gehört inzwischen zum Liedgut jedes kritischen Journalisten. Es ist der Schwanengesang auf die alten Medienhäuser.

«Die grossen Verlage verlassen die Publizistik», sagt etwa Constantin Seibt, der Journalist des *Tages-Anzeigers*. «Die grossen Verlage steigen aus dem Journalismus aus», sagt Christof Moser, der Journalist der *Schweiz am Sonntag*.

Die beiden haben aus Protest ihre Stelle gekündigt. Sie wollen nun ein alternatives Online-Portal aufbauen und «in den Journalismus investieren».

Ihre Kritik an den Grossverlagen zielt nicht auf deren publizistische Qualität. Daran hat niemand in der Branche viel auszusetzen. Die Kritik zielt auf das ökonomische Modell. Die Verlage, so der Vorwurf, wollen ihr Geld nicht mehr mit Journalismus verdienen. Sie werden stattdessen zu Internet-Handelshäusern.

Ein ökonomischer Vorwurf ist stets leichter zu überprüfen als ein ideeller Vorbehalt. Zur Ökonomie gibt es Zahlen.

Zu fragen ist also: Haben die Medienhäuser jemals mit Journalismus ihr Geld verdient? Die Antwort lautet nein.

Beginnen wir mit der *NZZ*. Wir gehen dazu ins Jahr 1980 zurück. 1980 nahm die *NZZ* mit dem Abverkauf ihres Blatts 18,3 Millionen Franken ein. Mit Inseraten, vor allem mit Annoncen für Immobilien und Stellen, setzte sie 54,8 Millionen um. Rechne: Mit Journalismus erzielte sie 25 Prozent der Erträge.

Oder nehmen wir *Tamedia*. Wir gehen dazu ins Jahr 2000 zurück. Mit dem Absatz seiner Titel setzte das Haus damals 163 Millionen Franken um. Die Inserate erbrachten 538 Millionen. Rechne: Der Journalismus lieferte im Pressegeschäft 23 Prozent der Einnahmen.

Die Verlage haben noch nie mit Journalismus das grosse Geld verdient.

Nun kann man einwenden, ohne Journalismus hätte es kein Publikum und damit auch keine Anzeigen gegeben. Das Argument ist nicht sehr stichhaltig, weil es ein Monopol zum Modell erhebt. Wer eine Stelle besetzen, eine Wohnung vermieten, ein Auto oder ein Ticket verkaufen wollte, hatte jahrzehntelang keine Alternative zum Inserat in der Presse. Internet gab es nicht.

Ab 2005 kam dann die digitale Alternative. Das Anzeigenvolumen der Presse brach zusammen, Journalismus hin oder her.

Die Grossverlage taten nun etwas sehr Pragmatisches. Sie kauften die verlorenen Zeitungsanzeigen im Internet zurück. Sie erwarben die



Schwanengesang: Journalisten Seibt (o.), Moser.

führenden Online-Handelsplattformen wie Jobcloud, Scout24, Homegate, Ticketcorner und Ricardo. Das war teuer, lohnte sich aber. Man ist heute wieder hoch profitabel.

Wenn Kritiker nun bemängeln, die Verlage hätten sich dadurch in Internetfirmen verwandelt, ist das Unsinn. Man könnte den Verlagen genauso gut vorwerfen, früher bezahlte Annoncen vermarktet zu haben. Der Unterschied ist nur: Das Internet war früher gedruckt.

Die beste Rendite

Unternehmen investieren ihr Geld immer dort, wo das Investment die beste Rendite verspricht. Früher gründeten oder kauften Verlage darum Zeitungen. Erfolgreiche Zeitungen brachten gewaltige Anzeigenerlöse. Heute kommen die Erlöse von erfolgreichen Internetsites.

Journalisten aber glauben bis heute, die Verlage hätten damals «in den Journalismus investiert». Nein. Wenn Verleger Geld in Zeitungen steckten, investierten sie nicht in Journalismus. Sie investierten stets ins Anzeigengeschäft. Für dessen hohen Cashflow nahmen sie die teuren Redaktionskosten in Kauf.

Journalismus war nie die vorrangige Strategie der Medien. Journalismus war immer das Mittel zum Werbe-Zweck. Auch die Journalisten Constantin Seibt und Christof Moser werden das noch lernen.

Der Schlossherr

Von Henryk M. Broder — Mit den Genossen gehen die Gäule durch.

Letzten Sonntag wurde in Berlin der neue Präsident der Bundesrepublik gewählt. Das Ergebnis der Wahl war alles Mögliche, nur keine Überraschung. Der gemeinsame Kandidat von CDU/



CSU und SPD, der Sozialdemokrat Frank-Walter Steinmeier, erhielt 931 von 1239 gültigen Stimmen; auf ihn hatten sich die Parteispitzen der Grossen Koalition im Vorfeld geeinigt, nachdem es der CDU/CSU nicht gelungen war, einen eigenen Kandidaten für das Amt zu finden. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Thomas Oppermann, gab einen Tag vor der Wahl bekannt: «Die Bundesversammlung morgen, das ist ein grosser Tag für die Demokratie, ein Fest für die Demokratie, wir wählen einen Präsidenten, und er wird eine grosse Mehrheit bekommen.» Warum eine Wahl, deren Ergebnis bereits feststand, ein Fest für die Demokratie sein sollte, darüber verlor Oppermann kein Wort. Er war sich offenbar nicht einmal bewusst, welche Pointe ihm da entschlüpfte war. Denn Steinmeier hatte, anders als in Nordkorea oder Kuba, immerhin vier Gegenkandidaten: einen von der Linkspartei nominierten Armutsforscher, einen ehemaligen Kommunalpolitiker, der sich für die AfD geopfert hatte, einen «Fernsehrichter», den die Freien Wähler ins Rennen geschickt hatten, und den 79 Jahre alten Vater eines bekannten Spassmachers, der einen Sitz im Europaparlament gewonnen hat. Sollte sein Vater die Wahl gewinnen, sagte dieser einer Reporterin, werde er «die Wahl annehmen und gleich zurücktreten», denn er habe «Urlaubspläne» und sei «nicht abkömmlich».

So kam ein Hauch von Fasching in die Bundesversammlung, was Frank-Walter Steinmeier nicht daran hinderte, nach seiner Wahl eine vorbereitete Rede zu halten, in der er allen, «die mich nicht gewählt haben», versprach, er werde «dafür arbeiten, auch ihr Vertrauen zu gewinnen». Mit diesem Satz rannte er bei seiner eigenen Partei offene Türen ein. Der Berliner Landesverband der SPD postete schon vor dem Wahltag auf Twitter in die Welt hinaus: «Wir freuen uns auf den neuen sozialdemokratischen Schlossherrn» im Bellevue, dem Amtssitz des Präsidenten. Obwohl ein Präsident zumindest den Anschein der Überparteilichkeit wahren sollte. Aber wenn ein Sozialdemokrat «Schlossherr» wird, gehen mit den Genossen die Gäule durch.



Hoffnung auf ein müheloses und sorgenfreies Leben: Auswanderer in Agadez, Niger.

In Afrika warten Millionen

Weil die Flüchtlingszahlen im vergangenen Jahr stark zurückgegangen sind, wiegt sich Europa in falscher Sicherheit. Im Nahen Osten und in Afrika hoffen Millionen von Auswanderern auf ihre Chance.

Von Kurt Pelda

Rund fünfzehn Millionen Syrer und Iraker sind in den letzten Jahren aus ihren Häusern und Wohnungen vertrieben worden. Zehn Millionen von ihnen leben als sogenannt intern Vertriebene in ihren Ländern, die restlichen fünf Millionen als Flüchtlinge im benachbarten Ausland. Knapp vier Flugstunden von Europa entfernt, hat sich ein Flüchtlingsproblem zusammengebraut, dessen Dimensionen Europas Politiker wohl noch nicht so richtig erfasst haben.

Im vergangenen Jahr konnte Europa in Sachen Migranten aufatmen. Im März 2016 trat das Flüchtlingsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und der Türkei in

Kraft. Die Zahl jener, die sich von der Türkei auf die griechischen Inseln absetzten, ist seitdem drastisch gesunken. Die Schengen-Ausgangsgrenze war vermeintlich sicherer geworden. Dass es 2016 immer noch mehr als 360 000 Migranten und Flüchtlinge in die EU schafften, hat vor allem mit dem zweiten Brennpunkt des Migrationsproblems zu tun, der nordafrikanischen Mittelmeerküste im chaotischen Libyen.

Staatliche Schlepper

Libyen – und in viel kleinerem Ausmass Ägypten – hat in letzter Zeit an Bedeutung gewonnen. Januar und Februar sind wegen der Win-

terstürme und der Kälte ungünstige Monate, um die Überfahrt im offenen Boot nach Italien zu wagen. Dank der europäischen Marinepräsenz nur wenige Kilometer vor der libyschen Küste schaffen es dennoch erstaunlich viele Migranten. Die libyschen Schlepper sind heute nur noch für die Fahrt über die Zwölfmeilenzone hinaus verantwortlich. Was danach passiert, liegt in den Händen der europäischen «Retter», die eigentlich nichts anderes als einen kostenlosen Fährdienst für Migranten nach Italien anbieten – und nebenbei die Gewinnmarge der Schleuser erhöhen.

Kein Migrant schafft es derzeit aus eigener Kraft oder in den von Schleppern bereitgestell-

ten und hoffnungslos überfüllten Schlauchbooten, die rund 300 Kilometer von der libyschen Küste bis zur italienischen Insel Lampedusa zurückzulegen. Praktisch alle von Nordafrika aufgebrochenen Migranten werden auf europäischen «Rettungsschiffen» nach Sizilien und Süditalien gebracht. Es ist eine einzige grosse und skandalöse Schlepperaktion, finanziert durch Spenden und europäische Steuergelder.

Seit Beginn dieses Jahres sind bereits knapp 10 000 Migranten von Nordafrika nach Italien gekommen, eine Steigerung um ein Drittel gegenüber der Vorjahresperiode. Die griechischen Inseln erreichten im selben Zeitraum fast 2000 Flüchtlinge und Migranten, die von der Türkei aus gestartet waren – ein Rückgang um 97 Prozent. Fast 260 Menschen ertranken, die meisten nach dem Ablegen von der libyschen Küste. Dort, im zentralen Mittelmeerabschnitt, liegt die Todesquote inzwischen bei etwa 2,5 Prozent, ein wohl noch nie dagewesener hoher Wert. Mit dem Abflauen der Winterstürme und den höheren Temperaturen im Frühling wird diese Todesquote wieder sinken, während die absoluten Opferzahlen weiter steigen.

Die meisten afrikanischen Migranten ertrinken oder erfrieren innerhalb der libyschen Küstengewässer, wenn sie das Pech haben, dass ihr mit 120 Passagieren vollgepfertes Schlauchboot schon kurz nach dem Ablegen vom Strand kentert oder aber ausserhalb der Zwölfmeilenzone kein europäisches Helferschiff bereitsteht. Schreckliche Unfälle gibt es auch, weil Migranten auf den offenen Booten rauchen und damit das Benzin der Aussenbordmotoren in Brand setzen.

Beide Augen zugeedrückt

Während es sich bei den meisten Menschen, die über die zentrale Mittelmeerroute nach Italien kommen, um afrikanische Wirtschaftsmigranten handelt, ist der Anteil echter Flüchtlinge (im Sinn der Genfer Konvention) bei jenen, die von der Türkei nach Griechenland übersetzen, ungleich höher. In Griechenland ist dann aber vorerst Endstation. Die anderen EU-Mitglieder zeigen wenig Lust, Hellas unter die Arme zu greifen. Von den anfangs anvisierten 66 400 Asylbewerbern, die von Griechenland auf andere europäische Staaten umverteilt werden sollten, sind bisher erst etwas mehr als 8700 Menschen tatsächlich umgesiedelt worden. Damit steigt das Risiko, dass es in Griechenland zum Kollaps kommt – vor allem wenn das Abkommen mit der Türkei platzen sollte.

Mehrere Barrieren behindern die Weiterreise aus Griechenland. So haben nicht nur Mazedonien und Ungarn einen Grenzzaun errichtet, sondern auch Kroatien führt aufgegriffene Migranten manchmal zwangsweise nach Serbien zurück. Wo Grenzhindernisse

existieren, blüht das Geschäft der Schlepper. Trotz der offiziellen Schliessung der Balkanroute kommen nämlich immer noch Migranten in Österreich und Deutschland an, die in Griechenland gestrandet waren. Eine der Erklärungen ist, dass Schleuser den Migranten passende europäische Reisedokumente besorgen oder wenn nötig fälschen.

So kam zum Beispiel ein junger syrischer Asylbewerber auf dem Luftweg von Griechenland direkt nach Zürich. Beim ersten Versuch mit einem gefälschten Pass war er am Flughafen noch von griechischen Polizisten erwischt worden. Man nahm ihm die Papiere ab, liess ihn dann aber gehen. Der griechische Staat hat kein Interesse daran, seine Gefängnisse mit Migranten zu füllen – im Gegenteil. Solange Europa nicht ernsthaft mithilft, Griechenlands Bürde zu erleichtern, drücken die

Im Gegensatz zum föderalistischen Asylwesen Deutschlands hat die Schweiz ein zentralisiertes System.

Behörden schon mal beide Augen zu. Im Fall unseres syrischen Flüchtlings klappte der nächste Versuch mit einem zweiten EU-Pass. Die Kosten für ein solches Dokument liegen bei ein paar tausend Euro.

Griechenlands Flüchtlingsproblem geht längst nicht nur auf die Bürgerkriege in Syrien und im Irak zurück. Ein erheblicher Anteil der Migranten gibt Afghanistan als Herkunftsland an. Doch nicht alle Afghanen landen wegen der Wirren am Hindukusch in Griechenland. Rund sechs Millionen Afghanen leben nach wie vor im Iran und in Pakistan. Beide Länder wollen ihre afghanischen «Gäste» wieder nach Afghanistan zurückschicken, und diese Drohung ist stark genug, damit sich zahlreiche Afghanen auf den Weg in Richtung Europa machen.

Hunderte von Abschiebungen

Dass sich unter die Masse der Migranten auch Terroristen mischen, können inzwischen selbst die blauäugigsten Beobachter nicht mehr negieren. Selbst wenn ihre Zahl gering erscheint, ist der Schaden beträchtlich, den als Flüchtlinge getarnte Terroristen anrichten können.

Erst vor kurzem haben die türkischen Sicherheitskräfte zwei arabischstämmige Dschihadisten des Islamischen Staats (IS) festgenommen, welche die dänische beziehungsweise die schwedische Staatsbürgerschaft haben. Weil die Identität vieler europäischer Dschihadi bekannt ist und die Leute zur Verhaftung ausgeschrieben werden, war das Duo mit gefälschten Ausweisen unterwegs. Die türkischen Behörden glauben, dass die beiden Terroristen via Griechenland nach Europa reisen wollten, um dort einen spektakulären

Anschlag zu verüben. Gerade arabischstämmigen Europäern, die längere Zeit in Syrien gelebt haben und deshalb den dortigen arabischen Akzent nachahmen können, fällt es leicht, sich in Europa als syrische Kriegsflüchtlinge auszugeben.

Auch die Schweiz hat deshalb Massnahmen ergriffen, um verdächtige Asylbewerber verstärkt unter die Lupe zu nehmen. Diesen Bemühungen sind allerdings rechtlich enge Grenzen gesetzt, denn die Schweiz darf im Herkunftsland eines Flüchtlings keine Recherchen anstellen. Dadurch könnten zum Beispiel zurückgebliebene Familienangehörige gefährdet werden. Diese Begründung wirkt zwar verständlich, doch ist es stossend, dass gut vernetzte Journalisten solche Nachforschungen problemlos anstellen können und dürfen. So lassen sich mit wenigen WhatsApp-Nachrichten Fotos und Namen eines Verdächtigen mit syrischen Kontakten austauschen. Diese finden dann im Herkunftsdorf oder Stadtviertel des Betroffenen heraus, ob der Mann unbescholten ist oder aber zu einer Terrorgruppe oder zu einer Schlächtermiliz des Assad-Regimes gehörte.

Im Gegensatz zum föderalistischen und deshalb vergleichsweise chaotischen Asylwesen Deutschlands hat die Schweiz ein zentralisiertes System. Im Empfangszentrum angekommen, müssen Asylbewerber schon nach kurzer Zeit die Fingerabdrücke abnehmen lassen. Die Leute erhalten eine sogenannte Zemis-Nummer, wobei mit Zemis das Zentrale Migrationsinformationssystem gemeint ist. Dank der abgenommenen Fingerabdrücke ist es praktisch unmöglich, unter verschiedenen Alias Sozialhilfe in mehreren Kantonen gleichzeitig zu beziehen – was in Deutschland eine beliebte Beschäftigung von Migranten zu sein scheint. >>>

DAS SCHWEIZER ALL-BRANCHEN PORTAL

Auf www.stellen-anzeiger.ch publizieren und von attraktiven Konditionen profitieren.

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.stellen-anzeiger.ch

 **STELLEN-ANZEIGER**
Das Schweizer-Jobportal



Massiver Systemfehler: Asylunterkunft in Medel, Graubünden.

Doch das System ist nicht perfekt. Vom Zeitpunkt der Abnahme bis zum Abgleich der Fingerabdrücke mit der europäischen Asyl-datenbank Eurodac kann es Monate dauern. Erst dann wird klar, ob man auf das Asylgesuch eingeht oder ob man den Betroffenen gemäss Dublin-Abkommen in jenes europäische Land abschiebt, in dem ihm erstmals Fingerabdrücke abgenommen wurden.

Schleierhaft bleibt allerdings, wie der abgewiesene Asylbewerber Habib B., ein tunesischer Kumpan des Berlin-Attentäters Anis Amri, von der Schweiz aus zuerst in mehrere EU-Staaten ausgeschafft wurde. Erst nach einem langen, unwürdigen Pingpongspiel kam der Mann zum letzten Mal in Abschiebehaft und wurde zwangsweise nach Tunesien

Es müsste eigentlich allen klar sein, dass die Plätze für Flüchtlinge zahlenmässig beschränkt sind.

zurückgebracht. Ähnlich wie den Tunesier Habib B. stufen die hiesigen Behörden eine ganze Reihe von Migranten als islamistische Gewalttäter ein. Kaum in der Öffentlichkeit bekannt ist zum Beispiel, dass die Schweiz in letzter Zeit Hunderte Personen, die der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) für potenziell gefährlich hält, ausgeschafft hat. Ausserdem wurde eine nicht weniger grosse Zahl von Einreiseverboten erlassen.

Sich Radikalisierungen ersparen

Allerdings wirkt das Staatssekretariat für Migration (SEM) durch den Asylansturm recht überfordert. Ich kenne den Fall eines syrischen Flüchtlings, der seit siebzehn Monaten in der

Schweiz lebt, ohne dass er bisher vom SEM eingenommen worden wäre. Dabei hat die zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga versprochen, dass die Migrationsprofis die einfachen Fälle zuerst und somit schnell erledigen würden. Dazu gehören Syrer, die in der Regel zumindest vorläufig aufgenommen werden, wogegen Migranten vom Balkan in praktisch allen Fällen kein Asyl erhalten und zurückreisen müssen.

Der Fall des erwähnten jungen Mann ist aber auch aus einem anderen Grund besorgniserregend. Gelangt das SEM aufgrund von Anhörungen und Akten zum Schluss, dass Verbindungen zu einer Terrororganisation bestehen könnten, meldet es den Asylbewerber dem NDB. Der Nachrichtendienst nimmt dann weitere Abklärungen vor. Solange eine Anhörung aber gar nicht stattfindet, kann sich das SEM schwerlich eine Meinung bilden, und eine Meldung an den NDB bleibt so höchstwahrscheinlich aus. Siebzehn Monate sind eine lange Zeit – lang genug, um andere zu radikalisieren oder einen Terroranschlag zu verüben.

Anerkannte Flüchtlinge erhalten einen Ausländerausweis B, der auf ein Jahr befristet ist und verlängert werden kann. Verweigert werden kann die Verlängerung nur aus «wichtigen Gründen», zum Beispiel wenn der Inhaber die innere oder die äussere Sicherheit der Schweiz gefährdet. Ratsam wäre es, in Zukunft B-Bewilligungen auch dann nicht zu verlängern, wenn sich die Situation im Herkunftsland des Flüchtlings so weit beruhigt hat, dass eine Rückkehr möglich ist. Denn sonst kann nach zehn Jahren Aufenthalt eine C-Bewilligung beantragt werden. Diese Niederlassungsbewilligung ist unbefristet und kann nicht so leicht entzogen werden.

Die Idee der Genfer Flüchtlingskonvention ist es aber nicht, Menschen, die während ein paar Jahren in ihrem Herkunftsland bedroht waren und dieses verlassen mussten, ein Leben lang einen sicheren Aufenthalt in der Schweiz zu gewähren. Es müsste eigentlich allen klar sein, dass die Plätze für Flüchtlinge zahlenmässig beschränkt sind. Menschen, die nicht mehr bedroht sind, sollten daher in der Regel nach einer Übergangsfrist wieder in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden. Damit würden Plätze für neue Flüchtlinge aus anderen oder neuen Konfliktregionen frei.

Das jetzige System ist dafür mitverantwortlich, dass zum Beispiel Muslimbrüder aus Tunesien oder Libyen, die einst tatsächlich verfolgt waren, hier nicht nur Asyl erhielten, sondern heute über C-Bewilligungen verfügen und zwischen der Schweiz und ihren mittlerweile für sie ungefährlichen Ländern pendeln, als ob nichts geschehen wäre. Gerade im Fall einiger durch ihre Radikalität aufgefallenen Imame aus Nordafrika hätte sich die Schweiz nicht nur Probleme mit Radikalisierungen erspart, sondern auch Unsummen an Sozialhilfe. Dass solchen unangenehmen, ja manchmal brandgefährlichen Gästen unbefristete Aufenthaltsbewilligungen erteilt werden, ist ein grosser Fehler, den die Schweiz eines Tages noch bereuen könnte.

Mehr Anreize für Integration

Abgesehen vom Risiko von Terror und Radikalisierung, hat auch die grosse Mehrzahl der rechtschaffenen und harmlosen Asylbewerber wegen eines massiven Systemfehlers wenig Anreize, sich ernsthaft zu integrieren. Am besten integrieren sich Menschen, wenn sie arbeiten. Je früher man eine Arbeit findet – im Idealfall schon während des Asylverfahrens –, desto besser. Ein Asylbewerber darf durchaus arbeiten, doch muss der Arbeitgeber einen grossen Lohnanteil dem Sozialamt abliefern. Unter dem Strich erhält der Asylbewerber nur eine «Motivationspauschale» von drei Franken pro Stunde. Doch das motiviert kaum jemanden, eine Stelle in einer Fabrik oder in der Landwirtschaft anzunehmen. Lieber lebt man da ganz von der Sozialhilfe.

Eine Möglichkeit, wie man Asylbewerbern weitere Anreize vermitteln könnte, macht der Kanton Graubünden vor. Dort müssen alle Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen in Kollektivunterkünften bleiben, bis sie finanziell auf eigenen Beinen stehen. Erst dann darf man in ein WG-Zimmer oder eine eigene Wohnung umziehen. Mit solchen Massnahmen wird nicht nur die Integration verbessert. Vielmehr verringert man die Attraktivität der Schweiz für all jene Migranten, die sich hier auf Kosten der Steuerzahler ein – im Vergleich zu ihren Herkunftsländern – müheloses und sorgenfreies Leben erhoffen. ○

Vergoldete Beamte

Das Parlament hat im letzten Dezember Sparmassnahmen in der ganzen Verwaltung beschlossen. Doch ausgerechnet das Personal der Bundesversammlung sträubt sich dagegen, einen Beitrag zu leisten.

Von Florian Schwab

Die Verwaltungsdelegation ist einer der hochkarätigsten Zirkel im Bundeshaus. Hier treffen sich die sechs Präsidenten und Vizepräsidenten beider Räte – mithin die obersten Mandatsträger der Eidgenossenschaft –, um das Finanzgebaren des Parlaments zu beraten. Präsident ist dieses Jahr der Appenzeller Ständerat Ivo Bischofberger (CVP).

Beim letzten Treffen des Grüppchens am 3. Februar gab es ein delikates Thema zu besprechen: Einsparungen beim Budget. 116,8 Millionen Franken hatte Finanzminister Ueli Maurer (SVP) unter dem Titel «Bundesversammlung» im Voranschlag 2017 vorgesehen. Doch dann kam der 13. Dezember. An diesem Tag drückte die bürgerliche Mehrheit im Nationalrat ihre Sparmassnahmen durch: Total 128 Millionen Franken sollten bei Personal, externen Dienstleistungen und Informatik der Bundesverwaltung eingespart werden. Mit sogenannten Querschnittskürzungen, also proportionalen Abstrichen je nach Umfang des Budgets einer Verwaltungseinheit.

Parlamentarier sollen weniger erhalten

Bald schreckte das Thema die Parlamentsdienste auf, den administrativen Arm des Parlaments. Hier ist von der Haustechnik bis zu den Kommissionssekretariaten alles zusammengefasst, was dafür sorgt, dass die Legislative ihren Aufgaben nachkommen kann. Und einiges darüber hinaus. In Einlassungen, die dem Vernehmen nach nicht gerade als diplomatisch empfunden wurden, gab der Chef der Parlamentsdienste, Philippe Schwab, seinen politischen Vorgesetzten zu verstehen, dass er nicht gewillt sei zu sparen. Und wenn schon, dann hätten gefälligst auch die Parlamentarier selbst ihren Beitrag zu leisten, indem sie auf Entschädigungen, Spesen und Sitzungsgelder verzichteten oder der Beitrag an die Fraktionsarbeit gekürzt werde.

Etliche Politiker waren gewillt, im Machtkampf mit dem Parlamentsapparat durchzusetzen, dass die Beamten den Löwenanteil tragen müssten. Am Ende obsiegte aber dennoch eher die Verwaltung: Gemäss Beschluss der Verwaltungsdelegation vom 3. Februar werden die Einsparungen von total rund 1,6 Millionen Franken hälftig geteilt. Dies, obwohl die Leistungen an die Parlamentarier mit 49 Millionen Franken gemäss Budget geringer sind als die Aufwendungen für die Parlamentsverwaltung (68 Millionen Franken). Zugunsten seiner eigenen Beamten weicht das Parlament also vom Grundsatz der linearen Kürzungen ab. Ivo Bischofberger hält auf

Anfrage fest, es habe keinen Streit gegeben. Die Entscheide seien «einvernehmlich» zwischen der Verwaltungsdelegation und den Parlamentsdiensten abgestimmt worden. Zudem versichere er, sein Gremium komme seiner «Führungsfunktion über die Parlamentsdienste nach bestem Wissen und Gewissen nach».

In der Zwischenzeit hat die Geschäftsleitung der Parlamentsdienste unter Philippe Schwab entschieden, dass sie rund eine halbe Million Franken beim allgemeinen Aufwand und 300 000 Franken bei der Informatik einsparen wird. Auf personelle Massnahmen bei den Parlamentsdiensten wird sogar ganz verzichtet. Wie hoch die Einsparung beim Personal letztlich ausfällt, war nicht in Erfahrung zu bringen. Und so gehen die Abstriche bei der eigenen Beamtenschaft manchen Parlamentariern denn auch zu wenig weit.

Beispielsweise moniert der Zuger SVP-Nationalrat Thomas Aeschi die überaus grosszügige Vergütung der Kommissionssekretariate, die für die administrative Begleitung der Kommissionsarbeit zuständig sind. Nachfragen bei der Parlamentsverwaltung zeigen, dass diese Tätigkeit tatsächlich fürstlich vergütet ist: Die Kommissionssekretäre und deren Stellvertreter sind in den Lohnklassen 26 bis 32 angesiedelt. Dies bedeutet, dass ein junger Einsteiger als stellvertretender Kommissionssekretär mindestens 153 000 Franken verdient und ein etwas älterer

Kommissionssekretär bis zu 216 000 Franken an der Spitze bekommt, den Steuerzahler also inklusive der Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen locker eine Viertelmillion kostet. «Und dies für Arbeitszeiten von 8 bis 12 und von 14 bis 17 Uhr, also inklusive einer zweistündigen Mittagspause, was es in der Privatwirtschaft schon lange nicht mehr gibt», wettet Aeschi. CVP-Präsident Gerhard Pfister findet: «200 000 Franken sind genug.» Und der Gewerbeverbandsdirektor und FDP-Nationalrat Hans-Ulrich Bigler sagt: «Hier werden für administrative Tätigkeiten Löhne gezahlt, wie sie in der Privatwirtschaft erst bei anspruchsvollen Kaderfunktionen anfallen.» Ein Sprecher der Parlamentsdienste hält dagegen: die Sekretäre seien auch «wissenschaftlich und organisatorisch tätig, verbunden mit einer Führungsfunktion».

Im Allgemeinen bekommen die Kommissionssekretariate von den Parlamentariern ein gutes Zeugnis ausgestellt. Es gibt auch Ausnahmen. «In gewissen Fällen ist das Preis-Leistungs-Verhältnis sehr schlecht», sagt Aeschi. So reagierte eine bekanntermassen der SP angehörende Kommissionssekretärin auf Bitten der Parlamentarier, doch auch abends einmal das Diensthandy abzunehmen, mit dem Einwand, dies werde ja nicht extra bezahlt. Offensichtlich hat die Verwaltungsdelegation die Chance verpasst, ein Zeichen gegen eine solch hochtrabende Anspruchsmentalität zu setzen. ○



Wo sparen? Philippe Schwab, Chef der Parlamentsdienste.

Zwei Pässe, zwei Herzen

Nach dem Korruptionsskandal im Tessiner Migrationsamt will Staatsrat Norman Gobbi keine ausländischen Beamten mehr anstellen. Er wirft damit eine Tabufrage auf: Untergraben importierte Chefbeamte die Zuverlässigkeit von Schweizer Institutionen? *Von Alex Baur*

Ob Patriot A. auch als Bürger ein Patriot ist, wissen wir nicht. Wir wissen nicht einmal, welchem Land sich der 25-jährige im Tessin ansässige Doppelbürger mehr verbunden fühlt: der Schweiz oder dem Kosovo? Tatsache ist: Patriot A. wurde letzte Woche zusammen mit vier weiteren Neo-Eidgenossen aus dem Kosovo und einem Türken verhaftet. Das Sextett hatte seit 2014 im Tessin einen schwunghaften Handel mit gefälschten Aufenthaltspapieren aufgezogen. Ermittelt wird wegen Menschenhandels in mehreren Dutzend Fällen.

Was den Tessiner Sicherheitsdirektor Norman Gobbi (Lega) besonders in Rage versetzte: Eine entscheidende Rolle bei den mafiösen Machenschaften soll ein Mitarbeiter des Tessiner Migrationsamtes gespielt haben, der mittlerweile zwar einen Schweizer Pass hat, bei seiner Anstellung jedoch noch Italiener war. «Es war ein Fehler, einen Italiener anzustellen, vor allem in einem Migrationsamt», erklärte Gobbi öffentlich, «wir stellen in unserem Departement künftig nur noch hier geborene oder eingebürgerte Schweizer an.»

Der säuerliche Protest des italienischen Botschafters Marco Del Panta erfolgte postwendend: «Uns war nicht bekannt, dass Italiener das Monopol auf Korruption hätten.» Von einem Monopol redet allerdings auch keiner. Tatsache ist: In der Schweizer Verwaltung ist Bestechung kaum ein Thema, im benachbarten Italien dagegen sehr wohl. Und der Skandal um Patriot A. weist mitten in ein Thema, über das man nicht gerne redet: Führt die Masseneinwanderung der letzten Jahre zu einem Zerfall geschätzter Schweizer Werte? Wie steht es insbesondere mit den Staatsangestellten?

SVP-Nationalrat Toni Brunner erntete Hohn und Spott, als er kürzlich einen Einstellungsstopp für Ausländer beim Staat forderte: Für die *Zentralschweiz am Sonntag* ist das eine «Schnapsidee», für den Gewerkschaftsbund «billige Symbolpolitik», man solle doch mit einem Ausländer-Stopp für «subventionierte Branchen» (sprich Bauern) anfangen, frotzelte Nationalrat Cédric Wermuth (SP). Ohne ausländische Fachkräfte, so der Tenor, würde die Wirtschaft zusammenbrechen, fielen unsere Hochschulen auf Drittwelt-Niveau.

Bis dahin ist es freilich ein weiter Weg. In den letzten zwanzig Jahren stieg der Ausländeranteil bei den Erwerbstätigen in der Schweiz von knapp 20 auf 26,4 Prozent. Besonders dramatisch war die Zunahme gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) in den boomenden Bereichen



Jeder zweite Professor hat einen ausländischen Pass: Universität St. Gallen.



Frage des Vertrauens: Sicherheitsdirektor Gobbi.

«Gesundheits- und Sozialwesen» (plus 67%), «Erziehung und Unterricht» (plus 80%) sowie «Kunst und Unterhaltung» (plus 123%). In der öffentlichen Verwaltung sank der Ausländeranteil (7,4%) zwar sogar leicht, dies aber vor allem wegen einer starken Zunahme der Stellen. Es dürfte überdies der Bereich mit den meisten Einbürgerungen sein.

Die Hälfte der Professoren sind Ausländer
Besonders hoch ist der Ausländeranteil bei den Hochschuldozenten. Im Schnitt hat jeder zweite Professor in der Schweiz einen ausländischen Pass, an der Spitze steht die ETH Zü-

rich (68%), gefolgt von der ETH Lausanne (63%) und der Universität Zürich (56%). Bei den Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern beträgt der Ausländeranteil satte 65 Prozent. Das ist per se nicht schlecht, gilt eine internationale Ausrichtung doch als Vorteil in Lehre und Forschung. Es ist wie beim Fussball: Wenn die Leistung stimmt, interessiert sich kein Mensch für die Herkunft der Spieler. Nur sind unsere Unis leider bei weitem nicht so globalisiert, wie sie sich geben.

Die meisten Professoren kommen nämlich aus dem angrenzenden Ausland. In Basel sind 42 Prozent der Professoren Deutsche, in Zürich 34 Prozent. Die Gründe dürften auch pekuniärer Natur sein, die Löhne in der Schweiz sind fast doppelt so hoch. Die Erfahrung zeigt, dass Deutsche gerne deutsche Kollegen nachziehen. In den Naturwissenschaften mag das noch hingehen. Problematisch wird es dort, wo Ideologie und Politik ins Spiel kommen, etwa bei den Umweltwissenschaften, vor allem aber bei den Geisteswissenschaften.

An der Theologischen Fakultät in Basel etwa waren vor dreissig Jahren sieben von neun Professuren mit reformierten Schweizern besetzt. Heute sind das sieben Deutsche, allesamt Lutheraner, die sich gefälligst an den Geboten von Bischöfen zu orientieren haben, die bei den Schweizer Protestanten in Gottes Namen

nichts zu berichten haben. Die Schweizer Geschichte findet seit einem Jahrzehnt an der Uni Zürich nur noch als Nebenfach statt. Und auch dort gibt es Hinweise dafür, dass nicht immer die besten, sondern auch mal die eigenen Leute in höchste Ämter berufen werden.

Die *Schweiz am Sonntag* schrieb bereits 2013 einen Nachruf auf den letzten Schweizer Professor am Institut für Publizistik und Medienforschung in Zürich, wo die Germanen weitgehend unter sich seien. Das war zwar etwas voreilig, aber tendenziell treffend. Mehr als nur problematisch sind die ausländischen Dozenten – in

Sogar beim Staatsschutz steigen mitunter ausländische Fahnder ausländischen Spionen nach.

Zürich sollen es gemäss Auskunft der Regierung bis zu 33 Prozent sein – in der Jurisprudenz: Das über Jahrhunderte historisch und politisch gewachsene eidgenössische Rechtssystem weist zahllose Eigenheiten auf, die selbst in den Augen benachbarter Europäer so fremd und archaisch anmuten dürften wie die Schweizer Idiome.

Richtig problematisch wird es, wenn Zugewanderte als Polizisten und Staatsanwälte hoheitliche Funktionen ausüben. Nicht nur links-grüne Städte wie Basel und Zürich werben gezielt ausländische Polizisten an. Selbst im stockkonservativen Kanton Schwyz stellen seit der Jahrtausendwende (mittlerweile allerdings eingebürgerte) deutsche Ordnungshüter Bussen aus und verhaften Missetäter. Bei der Bundesanwaltschaft wurde das Ausländerdtabu bereits unter Justizminister Christoph Blocher (SVP) gebrochen. Sogar beim Staatsschutz steigen mitunter ausländische Fahnder ausländischen Spionen nach.

Das mag im Einzelfall gut funktionieren. Viele Zugewanderte begeistern sich für ihr Gastland und werden zu Superschweizern. Misstrauen ist angezeigt, wenn die Ausnahme zur Regel wird. Der Kriminologe Martin Killias prophezeit «enorme Akzeptanzprobleme» bei der Bevölkerung. Kommt dazu, dass die Staatsanwälte in der Schweiz als zumindest theoretisch gewählte Volksvertreter auch immer eine politische Funktion innehaben.

Die schleichende Erosion des Swissness-Gebots bei Schlüsselpositionen und hoheitlichen Funktionen stösst inzwischen selbst progressiven Politikern auf. So opponierte etwa die alles andere als nationalistisch gesinnte Zürcher Nationalrätin Kathy Riklin (CVP) vor zwei Jahren gegen die Zulassung von Doppelbürgern im diplomatischen Korps: «Diese Personen haben zwei Herzen in der Brust, sonst hätten sie ja nicht zwei Pässe.» Riklins Warnruf wurde ignoriert. Seit dem 1. Januar müssen sich Schweizer Diplomaten nicht mehr exklusiv zur Schweiz bekennen. Sie dürfen auch andere Präferenzen haben. ○

Fernsehen

Handwerklich gut

Der Dok-Film «Inside Bundeshaus» liefert eine einseitige, aber erhellende und gut gemachte Darstellung der Mischeleien hinter der Nichtumsetzung der Zuwanderungsinitiative.

Der Einzige, der in diesem Film so richtig schlecht wegkommt, ist SVP-Nationalrat Roger Köppel. Er trifft in der Wandelhalle auf Kurt Fluri, der für die FDP die Nichtumsetzung der Zuwanderungsinitiative durchdrückte. Die beiden Politiker streiten über das Cover der *Weltwoche*, das die Leute hinter diesem Entscheid als «Saboteure» hinstellt. Die Filmerin fragt den FDP-Mann, weshalb er seinen SVP-Kollegen nicht duze. Und Kurt Fluri sagt: «Herr Köppel hat bewusst geholfen, Lügen über mich zu verbreiten.» Der überumpelte Köppel ringt um Worte und schafft eben noch den Hinweis, der Kontrahent hätte sich ja vor Gericht wehren können, wenn seine Klage zutrefte. Dann Schnitt, und der Vorwurf der Lüge bleibt stehen.

Grosse Vorbilder

Was brachte «Inside Bundeshaus», das «Lehrstück» von Karin Bauer über «einen Volksentscheid und seine Folgen», also über die Schweizer Demokratie und ihre Grenzen, das SRF zum Jahrestag der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative zeigte? Die Dok-Filmerin wollte sich mit grossen Vorbildern messen: einerseits mit den Filmen ihres Kollegen Hansjürg Zumstein, vor allem jenem über die Abwahl von Bundesrat Christoph Blocher, der Schlagzeilen und Geschichte machte. Andererseits mit «Mais im Bundeshaus», dem preisgekrönten Dokumentarfilm von Jean-Stéphane Bron, der 2003 packend das Ringen um das Gentechnik-Gesetz vorführte. «Ich dachte, es gäbe wohl keinen spannenderen Moment, um einen Gesetzgebungsprozess zu verfolgen», sagte die Filmerin, «als wenn das Unmögliche möglich gemacht werden muss.»

Karin Bauer wählte wie ihr Vorbild vier Protagonisten (allerdings mit unterschiedlichem Gewicht) aus, lauerte ihnen ein halbes Jahr lang bei den Kommissionssitzungen auf und folgte ihnen auch in der Freizeit, ob beim Orientierungslauf (Ruth Humbel, CVP) oder beim Kleinkaliberschiessen (Andreas Glarner, SVP). So zeigte sie anschaulich, was es heisst, in der Schweiz Politik zu machen, wenn der als Provokateur gebuchte Sozialdemokrat Cédric Wermuth den nachdenklichen Kompromisspolitiker gab oder wenn Kurt Fluri von seiner schwerkranken Frau sprach, die just während der hitzigen Nationalratsdebatte im Operationssaal lag. Aber sie zeigte – entgegen ihrem Anspruch – für den durchschnittlich informierten Stimmbürger und Fernsehzuschauer

wohl nicht, was es heisst, in der Schweiz Gesetze zu machen.

Denn anders als Jean-Stéphane Bron bekam Karin Bauer kaum noch Auskünfte aus den vertraulichen Kommissionssitzungen. Sie behelligte deshalb ihre Protagonisten bei Strategieabsprachen mit den Fraktionskollegen, und sie verzieh der SVP nicht, dass sie ihr dieses Recht nicht gewährte. Ob Andreas Glarner von einem «Spiel» (im Sinn der Spieltheorie) sprach, in das man mit Maximalforderungen einsteigen müsse, oder ob SVP-Sprecher Gregor Rutz, der mit seiner Seriosität nicht Hauptdarsteller sein durfte, und SVP-Strategie Christoph Blocher sich mit Äusserungen in die Quere kamen – die Filmerin witterte nur dunkle Machenschaften, statt die Politik zu würdigen. Wo die Kamera laufen durfte, fielen allerdings nur unverbindliche Äusserungen. Die einzigen News gab's beiläufig im Kommentar: Im August 2016 fand eine geheime, selbstverständlich nicht gefilmte Sitzung statt, an der sich FDP und SP mit Grünen, Grünliberalen und BDP auf die Nichtumsetzung der Initiative einigten.

Und anders als Hansjürg Zumstein beschränkte Karin Bauer ihr Spielfeld unnötig. Als das Parlament im April 2016 mit der Beratung des Gesetzes zur Masseneinwanderung begann, konnte es das Unmögliche kaum noch möglich machen: Der Bundesrat, der gemäss Verfassungsauftrag mit Brüssel Verhandlungen führen musste, hatte es gar nie versucht. Bundesrätin Simonetta Sommaruga, die dazu hätte Stellung nehmen müssen, huschte aber immer an der Kamera vorbei, kokettierend bis enerviert. So konnte die Filmerin ihr (Vor-)Urteil bestätigen, dass die direkte Demokratie an Grenzen stosse – und dies wegen der «widersprüchlichen» SVP.

Die Sache mit den «Lügen»

Fazit: «Inside Bundeshaus» ist ein handwerklich gutgemachter Film, der nur in einigen Untertönen von der Voreingenommenheit der Autorin zeugt. An die Vorbilder kommt er aber nicht heran.

Ach ja, und was das «Lügen» der *Weltwoche* angeht: Vor zwei Jahren schrieb sie in einer Kurzmeldung, Kurt Fluri sei wegen der Kritik an seinen Bezügen aus der Gemeinderatsitzung geflohen. Die Verwechslung wurde umgehend richtiggestellt: Es war die Gemeindeversammlung. Trotzdem hält der Film an Fluris irriger Behauptung fest. *Markus Schär*

Stürmische Ehe

China und Amerika sind eine Schicksalsgemeinschaft – in Asien wird produziert, in den USA konsumiert. Wenn Trump allzu heftig gegen China wettet, schadet er sich selber.

Von Beat Gygi

Die vom amerikanischen Präsidenten Donald Trump zum grossen Thema gemachte Auseinandersetzung zwischen Amerika und China sieht nach einem Kräfte messen zwischen zwei Mächten aus, die sich wie zwei Spitzenringer gegenüberstehen und belauern. Schon fasst der eine den andern ans Genick, der andere holt blitzartig zur Gegenbewegung aus – aber nein, das Bild stimmt nicht. Die zwei Ringer sind keineswegs so beweglich, wie viele meinen; bildlich gesehen, stecken sie nämlich in der gleichen Jacke, und der gemeinsame Gürtel bindet ebenfalls beide Hüften zusammen. Die zwei Kämpfer sind also im wahrsten Sinn eng aneinander gebunden – selbst wenn sie trotzdem miteinander zu ringen versuchen. China und Amerika bilden eine viel engere Schicksalsgemeinschaft, als es bei oberflächlichem Hinsehen erscheint.

In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur gibt es dafür den Begriff «Chimerica». Das heisst, dass China und Amerika so stark wirtschaftlich verflochten sind, dass sie sich in gegenseitiger Abhängigkeit entwickeln und fast so etwas wie ein Land darstellen, nach dem Motto: China produziert und exportiert in grossem Stil Waren nach Amerika und investiert dann seine Einnahmen schwergewichtig wieder in den USA, früher vor allem in US-Staatsobligationen, später auch in amerikanische Firmen und andere Beteiligungen oder Kredite. Die Chinesen sind also im Prinzip Lieferanten, die ihren Kunden das Geld leihen, damit diese ihre Produkte kaufen können. Das tönt nach gegenseitiger Einengung, aber man kann es auch als Erweiterung der US-Welt sehen: Trump ist, so betrachtet, mehr als

der Präsident der USA, er ist auch eine Art Co-Präsident von Chimerica. Besonders pikant ist dann natürlich die Frage, was «America first» für das Konkubinat Chimerica heisst.

China profitierte enorm

Nach der Einschätzung von Jan Gaspers, Forscher am Mercator Institute for China Studies in Berlin, kommt die amerikanische Forschung für China in einem ungünstigen Zeitpunkt. Für Gaspers ist die stoische Ruhe, mit der die chinesische Seite Trumps Vorstösse beobachtet, ein Zeichen dafür, wie wichtig für China gute Wirtschaftsbeziehungen sind, die möglichst wenig durch Einfuhrzölle oder Handelsbarrieren aller Art gestört werden sollen.

China habe ja enorm profitiert von der derzeitigen Ordnung, es wolle die Stabilität nun nicht gefährden und jetzt ja nicht Öl ins Feuer giessen, zumal China zurzeit in einer relativ schwachen Position sei. Das Wirtschaftswachstum habe sich verlangsamt, Kapazitäten in etlichen Branchen müssten abgebaut werden, für einen Handelskrieg gegen die USA wäre das Land schlecht gewappnet. Chinas Regierung wolle deshalb sicher eine Eskalation der Streitereien vermeiden, aber sollten die Amerikaner den Handel tatsächlich ernsthaft behindern wollen, dann seien von China Gegenmassnahmen nach dem Motto «Wie du mir, so ich dir» zu erwarten – und damit eine Beeinträchtigung der Märkte weltweit.

Christa Janjic-Marti, spezialisiert auf China-Analysen bei Wellershoff & Partners, weist darauf hin, dass in China weiterhin eine sehr expansive Geldpolitik betrieben werde, welche die Schulden quer durch die Wirtschaft ausweite. Nach Janjics Schätzungen wächst die chinesische Wirtschaft zurzeit mit einer Jahresrate von nominal etwa 8 bis 8,5 Prozent, die Statistik der Kreditvergabe durch Banken zeige ein Wachstum von etwa 13 Prozent, und die gesamte Kreditvergabe in der Wirtschaft lege immer noch um etwa 20 Prozent pro Jahr zu.

Die Verschuldung in China wächst also weiterhin um rund 10 Prozent pro Jahr. Da ein beträchtlicher Teil der Kredite an staatsnahe und nicht dem Marktwettbewerb ausgesetzte Empfänger geht, sind viele Beobachter von der Solidität der chinesischen Expansion wenig überzeugt. «Das Wachstum beruht aus dieser Sicht immer noch auf dem alten Rezept», sagt Christa Janjic, die aber in anderer Hinsicht auf bedeutende Veränderungen in der chinesischen Wirtschaft hinweist. So ist nach ihren Berechnungen die chinesische Währung gegenüber dem Dollar nicht mehr

unterbewertet, wie dies im vorangegangenen Jahrzehnt lange der Fall gewesen war.

Trump's Vorwurf der Wechselkursmanipulation erscheint also zurzeit nicht besonders stichhaltig. Janjic sieht die USA ebenfalls in einer vergleichsweise starken Stellung, wenn es in Chimerica nun um eine neue Aufteilung der wirtschaftlichen Hausmacht gehen sollte, ver-



Die Forschung der Amerikaner kommt zu einer ungünstigen Zeit.

Alleskäufer Amerika

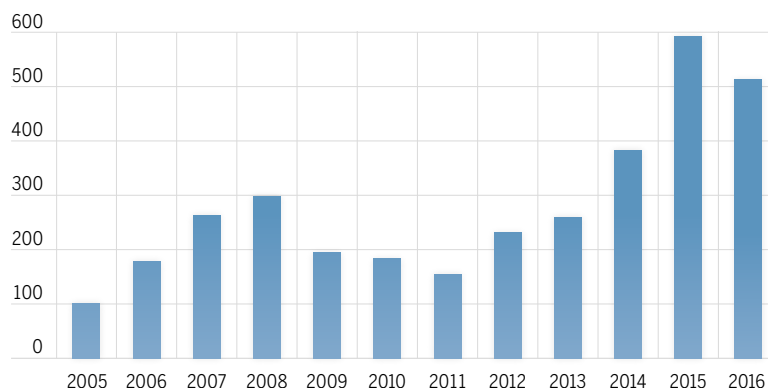
Handelsbilanzsaldo der USA, in Milliarden Dollar, pro Jahr



QUELLEN: IMF, STATISTA, TRADING ECONOMICS

Liefermaschine China

Handelsbilanzsaldo Chinas, in Milliarden Dollar, pro Jahr



QUELLEN: IMF, STATISTA, TRADING ECONOMICS

Der Importüberschuss der Amerikaner im Vergleich mit dem chinesischen Exportüberschuss.



Gegensätze ziehen sich an: Themenpark in Shenzhen.

weist aber zugleich darauf, dass China mit seinem wachsenden Binnenmarkt einen Trumpf in der Hand habe, der an Kraft gewinnen werde.

Das Konstrukt Chimerica ist um die Jahrtausendwende entstanden, als China nach dem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) seine Industrieproduktion rasend schnell ausbaute und eine Exportoffensive startete, die das Land zur grössten Fabrik der Welt und zum Exportweltmeister machte. Ein grosser Teil der chinesischen Produktion floss in die USA, die sich in dieser Zeit als Importweltmeister profilierten und damit zu einer Art Schicksalspartner Chinas wurden.

Die Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson und Moritz Schularick formulierten es 2009 so: Bis zur Finanzkrise von 2008 wurde die Weltwirtschaft durch ein Regime beherrscht, in dem auf der einen Seite das durch Exporte getriebene Wirtschaftswachstum Chinas stand und auf der andern Seite eine amerikanische Wirtschaft, die quasi «überkonsumierte» – und beides zusammen ergab eine funktionierende Kombination. Knapp ein Siebtel der weltweiten Landfläche, ein Viertel der Weltbevölkerung, mehr als ein Drittel des Weltsozialprodukts und über vierzig Prozent des Wirtschaftswachstums – das war der weltweit spürbare Motor namens Chimerica.

Die Grafiken links vermitteln einen Eindruck von dieser Schicksalsgemeinschaft. China hat seit langem einen zumeist wachsenden Exportüberschuss, der fast zentimetergenau zum Importüberschuss der USA passt. Plus und Minus im gleichen Haus, das kann nach aussen hin stabil wirken. Natürlich spielen im Welthandel andere Länder hinein, etwa der

Vize-Exportweltmeister Deutschland, aber der chinesische Drang zum Ausführen von Waren ist doch eng verbunden mit der Kauflust bis Kaufwut der amerikanischen Konsumenten, denen die Importe aus China viel Wohlstand gebracht haben. Die Chinesen arbeiten, die Amerikaner kaufen – auch wenn dies in der US-Industrie Millionen von Arbeitsplätzen kostete.

Alle Leute stecken dem Star Geld zu

Das klingt düster, aber in Wirklichkeit bekräftigt die Einschätzung, dass die USA in einer starken Position sind. Das Land mit dem riesigen Binnenmarkt ist ein Kapitalmagnet, was im Grunde ein Zeichen von Einfallsreichtum und Risikofreude ist. Klar, wenn ein Land lange Zeit viel mehr Güter und Dienstleistungen importiert als exportiert, lebt dessen Wirtschaft «auf Pump».

Das ist aber nur die halbe Wahrheit, denn ein Importüberschuss oder Leistungsbilanzdefizit ist nur möglich, wenn vorher genug Geld ins Land gebracht wird. Um diese Mittel muss das Empfängerland nicht betteln, diese Zuflüsse kommen freiwillig von ausländischen Käufern, Anlegern und Investoren, die das Land attraktiv finden.

Die USA haben in den vergangenen Jahrzehnten riesige Summen angezogen, weil die Geschäftsleute im Ausland der Ansicht waren, ihr Geld arbeite in Amerika rentabler als anderswo. Man traut den Amerikanern einfach mehr zu als andern, aus dem Geld etwas Sinnvolles zu machen oder kurz: Wenn die Leute aus aller Welt ihr Geld in die USA tragen, um es da gewinnbringend einzusetzen, dann ma-

chen die Amerikaner sicher vieles richtig. Die Beziehung China–Amerika passt dazu.

Aber war denn die Finanzkrise nicht das Ende von Chimerica, hat das dem Konstrukt nicht das Rückgrat gebrochen? Damals 2009 sprachen Ferguson und Schularick tatsächlich vom «Ende von Chimerica»: Die Immobilienkrise in den USA habe viele Bürger und Banken so arm gemacht, dass der amerikanische Konsumboom nicht mehr den chinesischen Aufschwung antreiben könne.

Aber es kam anders, und heute muss man sagen: Chimerica lebt. Die Grafiken mit den fast unveränderten Handelsbilanzsalden zeigen, dass die Gegenseitigkeit weiterbesteht. Pointiert gesagt, stehen die USA mitten auf der Weltbühne, im Scheinwerferlicht, das Mikrophon unter ihrer

Kontrolle, und alle Leute stecken dem Star Geld zu, damit er damit arbeite.

Wie steht es aber um die frühere Drohung Chinas, dessen Zentralbank, der grösste Gläubiger des amerikanischen Staats, könnte durch einen Massenverkauf von US-Staatspapieren die amerikanischen Zinsen nach oben drücken und den Partner unter Druck setzen? Gaspers hält diese Drohung heute für unglaubwürdig, und Janjic weist darauf hin, dass in China schon seit längerem eine Umschichtung stattfindet: weg von Investitionen in US-Staatspapiere und hin zu Direktinvestitionen in ausländische Firmen und Beteiligungen.

Tobias Straumann, Wirtschaftshistoriker an der Universität Zürich, meint zudem: «Wenn die Chinesen US-Papiere verkaufen, werden diese am Markt noch so gerne von andern aufgekauft.» Straumann hält allfällige Drohungen des Abstossens von US-Obligationen für viel weniger brisant als die Rolle, die China gegenwärtig im Welthandel spielt – und zwar vor allem mit Blick auf seinen Binnenmarkt. Seiner Ansicht nach neigt die chinesische Regierung zunehmend zu Schikanen gegenüber ausländischen Firmen; Importeure und Investoren in China sähen sich zunehmend neuen Hürden gegenüber, immer neuen Vorschriften, veränderten Auflagen oder anderen Belastungen – was eigentlich der Haltung entspricht, die man heute Trump vorwirft.

Nach Straumanns Beurteilung ist Amerika auch in handelspolitischer Sicht in günstiger Position: Wenn Trump von China mit aller Macht die Einhaltung der WTO-Regeln einfordern würde, dann hätte er, so Straumann, die Welt auf seiner Seite. ○

Vorteile für alle

Seit Donald Trump mit seinem Slogan «America first» die Wahl gewonnen und England sich für den Brexit entschieden hat, steht die Frage nach der optimalen Wirtschaftspolitik eines Landes vermehrt im Zentrum. Klar ist jedoch, welche Folgen der Freihandel für die Länder hat. *Von Kurt Schiltknecht und Dorian Stroligo (Illustration)*

Die Menschen haben schon früh erkannt, dass sich der Wohlstand auch mit dem Tausch von Gütern über die Grenzen hinweg steigern lässt. Solange die Transportmöglichkeiten auf dem Lande schwierig waren, entwickelte sich der Handel vor allem entlang der Seewege. Der damalige Reichtum der Hafenstädte spricht Bände über die Bedeutung des internationalen Handels. Mit dem Aufkommen moderner Verkehrsmittel und sinkenden Transportkosten rückten die Länder und Kontinente einander wirtschaftlich immer näher, und der Güter- und Dienstleistungsaustausch nahm, von Kriegs- und Krisenzeiten abgesehen, stetig zu. Die wirtschaftliche Verflechtung ist heute so gross, dass kein Land ungestraft eine Wirtschaftspolitik verfolgen kann, die keine Rücksicht auf die anderen Länder nimmt. Staaten, die sich vom internationalen Geschehen abschotteten, haben zu allen Zeiten wirtschaftlich Schiffbruch erlitten.

Anfang des 19. Jahrhunderts formulierte der britische Ökonom David Ricardo die Theorie, gemäss der ein freier, internationaler Handel für alle beteiligten Länder von Vorteil ist. Würde ein Land zum Schutz der eigenen Industrie Zölle auf importierte Güter einführen, dann wäre das zum Schaden der eigenen Wirtschaft. Die Länder sollten jene Waren produzieren und gegen Waren der anderen eintauschen, für die sie durch ihre Lage, ihr Klima sowie andere nationale Vorteile geeignet seien. Beispielsweise sollte sich England auf die Herstellung von Textilien und Portugal auf die Produktion von Wein konzentrieren.

Die dieser Theorie zugrundeliegende Idee des komparativen Vorteils steckt bis heute hinter vielen Modellen zur Erklärung des internationalen Handels. Auch an der Aussage, dass der Freihandel in den weitaus meisten Fällen für alle beteiligten Länder Vorteile bringt, hat sich bis heute nichts Wesentliches geändert.

Flucht aus Armut und Elend

Dennoch wird der Freihandel vor allem von linken Kreisen, aber auch von etlichen unter dem internationalen Wettbewerb leidenden Unternehmen stark kritisiert, was vor allem in Krisenzeiten offene Ohren findet. So versuchten während der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre zahlreiche Länder, ihre Wirtschaft mit protektionistischen Massnahmen zu schützen. Dies verschärfte allerdings die Krise nur noch. Aufgrund dieser Erfahrungen wurden nach dem Zweiten Weltkrieg grosse Anstrengungen zur



Grosse Anstrengungen zur Förderung des Freihandels.

Förderung des Freihandels unternommen. In Europa wurden die Europäische Gemeinschaft, die spätere EU, und die Europäische Freihandelsassoziation (Efta) geschaffen. Ähnliche Organisationen wurden auf den anderen Kontinenten gegründet. Um dem Freihandel weltweit zum Durchbruch zu verhelfen, wurde zuerst das Gatt und als dessen Nachfolgerin die Welthandelsorganisation (WTO) ins Leben gerufen.

Es zeigte sich allerdings, dass weltweite, umfassende Lösungen zum Abbau aller nationalen Handelshemmnisse sehr schwierig zu finden sind. Deshalb versuchten Länder mit ähnlich gelagerten Interessen in jüngerer Zeit, den Freihandel mit bilateralen oder multilateralen Abkommen weiter voranzutreiben. Bei allen Vorbehalten gegenüber den heutigen Abkommen und den noch immer bestehenden Handelshemmnissen ist zu sagen, dass die Liberalisierungen seit dem Zweiten Weltkrieg das weltweite Wirtschaftswachstum in unglaublichem Ausmass belebt und vielen Ländern die Flucht aus Armut und Elend ermöglicht haben. Wenn der Freihandel dennoch immer wieder in

Frage gestellt wird, hängt das auch damit zusammen, dass dieser den Wettbewerb verschärft. Die Unternehmen müssen auf jede Änderung der Konkurrenzsituation in der Welt mit Innovationen und Produktivitätsverbesserungen reagieren. Ist die Wirtschaft eines Landes dazu nicht in der Lage, wertet sich dessen Währung so lange ab, bis die internationale Konkurrenzfähigkeit wiederhergestellt ist.

In der Vergangenheit haben einzelne Länder ihre Wettbewerbssituation durch Manipulation ihres Wechselkurses oder durch Subventionen zu verbessern versucht. Wenn heute der amerikanische Präsident Donald Trump China oder Deutschland vorwirft, ihre Wechselkurse zuungunsten der amerikanischen Wirtschaft zu manipulieren, so ist ein solcher Vorwurf auf politischer Ebene nichts Neues. Währungskriege gab es zu allen Zeiten. Trumps Äusserungen sind allerdings fehl am Platz, weil es jüngst vor allem die USA waren, die mit einer kompetitiven Abwertung des Dollars ihre Wirtschaft zu beleben versuchten. So gab die amerikanische Notenbank nach dem Ausbruch der Bankenkrise mit

ihrem Quantitative Easing den Startschuss für einen – nicht offen ausgetragenen – Währungskrieg. Als Gegenwehr haben andere Notenbanken ebenfalls ihre Geldschleusen geöffnet, und die dadurch ausgelöste Geldschwemme trug zur Destabilisierung der Finanzmärkte bei.

Die Diskussionen über kompetitive Abwertungen machen einerseits deutlich, dass der Freihandel nur dann erfolgreich funktionieren kann, wenn die Länder auf solche Währungsmanipulationen verzichten. Andererseits zeigen sie auch, wie eng der internationale Handel und die nationale Geldpolitik miteinander verknüpft sind. Die EU hat mit der Schaffung einer gemeinsamen Währung versucht, die Probleme der kompetitiven Abwertungen innerhalb des Binnenmarktes aus dem Weg zu räumen. Dies gelang. Dafür machten sich andere Probleme bemerkbar. Den einzelnen Ländern des Euro-Raums fehlen nun die wichtigsten geldpolitischen Instrumente. Wenn bei-

Die USA gaben nach dem Ausbruch der Bankenkrise den Startschuss für einen Währungskrieg.

spielsweise ein Land international seine Wettbewerbsfähigkeit verliert, kann es diese nicht mehr durch eine Abwertung wiederherstellen. Die Anpassungen müssen über eine Senkung der Löhne und Preise erfolgen – ein politisch sehr schwieriges Unterfangen.

Preisstabilität ist das Wichtigste

Kompetitive Abwertungen sind nie eine Lösung. Eine zu expansive Geldpolitik führt, wenn sie tatsächlich die Wirtschaft ankurbelt, früher oder später zu Inflation und damit zum Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Wenn die anderen Länder auf die kompetitive Abwertung eines führenden Landes mit einer expansiven Geldpolitik reagieren, wird das internationale Finanzsystem destabilisiert, und es droht die Gefahr einer weltweiten Inflation. Deshalb gibt es für die Notenbanken keine andere Lösung, als ihre Geldpolitik konsequent auf Preisstabilität auszurichten und die Wechselkursschwankungen zu akzeptieren, die sich wegen der unterschiedlichen Wirtschaftsentwicklung in den einzelnen Ländern ergeben.

Drohungen, mit Schutzzöllen oder Subventionen gegen kurzfristig unerwünschte Wechselkursbewegungen vorzugehen, sind fehl am Platz. Vielversprechender ist es, die Produktivität im eigenen Land mit besserer Ausbildung, mit weniger Regulierungen und einer vernünftigen, auf die nationalen Bedürfnisse abgestimmten Fiskalpolitik zu erhöhen. Dafür besteht in allen Ländern ein riesiger Spielraum. Letztlich gilt auch für die Wirtschaftspolitik der Ausspruch von Gotthelf: «Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland.» ○

Kriminalität

Popanz Menschenhandel

Der weltweite Kampf gegen die angebliche Zwangsprostitution ist ein Produkt des amerikanischen Justizsystems. Empirische Befunde für Menschenhandel finden sich kaum. Von Martin Killias

Die USA haben ein für uns schwerverständliches Justizsystem. Vor allem das Unmittelbarkeitsprinzip wird dort auf die Spitze getrieben – wer immer vor Gericht etwas beweisen muss, hat schlechte Karten, wenn «seine» Zeugen dort nicht erscheinen oder nicht aussagen wollen. Der Schweizer Öffentlichkeit wurde das beim Strafprozess gegen den UBS-Kadermann Raoul Weil bewusst, der in Florida verzweifelt – und erfolglos – versuchte, die Aussagen seiner ehemaligen Kollegen und Vorgesetzten in den Prozess einzuführen. Solchen Schwierigkeiten bei der Beweisführung ist es zuzuschreiben, dass ein Killer wie Al Capone nicht wegen Mordes, sondern wegen leichter beweisbarer Steuerdelikte hinter Gitter kam.

Verständlich deshalb, dass amerikanische Staatsanwälte versuchen, Drogenhändler der Teppichetage wegen Geldwäscherei zu verfolgen, weil diese notgedrungen die angehäuften Drogengelder reinvestieren, also «waschen» werden. Aus ähnlichen Gründen entstanden Straftatbestände wie die organisierte Kriminalität und der Menschenhandel. Im frühen 20. Jahrhundert, als zahlreiche Prostituierte aus Russland in die USA gelangten, war es einfacher, ihren «Begleitern» die mehrfache Einreise in Begleitung von Frauen zu beweisen als Gewalt und Missbrauch, denn man brauchte dazu keine Zeugenaussage von Betroffenen. Ausserdem liegt die Zuständigkeit automatisch beim Bund statt bei den Einzelstaaten, wenn Staats- oder Landesgrenzen überschritten werden – darum bis heute der starke Fokus auf der grenzüberschreitenden Migration.

Auswanderung der Prostituierten

Ursprünglich als Instrument gegen den Drogenhandel angepriesen, wurden die Geldwäscherei-Tatbestände gegen Korruption, gegen organisierte und generell gewinnorientierte Kriminalität und neu sogar gegen Steuerhinterziehung und Sozialmissbrauch eingesetzt. Eine ähnlich inflationäre Entwicklung macht derzeit der Tatbestand des Menschenhandels durch. Als die Bush-Administration den weltweiten Kampf gegen die Prostitution zu einer Priorität erhob, begann man die Migration von Prostituierten als Ausfluss von Menschenhandel hinzustellen. Gleichzeitig wurde dieses Konzept auf Menschenhandel zur Entnahme von Organen sowie zur Ausbeutung der Arbeits-

kraft ausgeweitet. Der nächste Schritt wird sein, Fluchthelfer aller Art als Menschenhändler abzustempeln. Ansatzweise geschah dies übrigens schon im Zweiten Weltkrieg mit den Helfern, die Juden über die Grenze brachten.

Empirische Befunde für Menschenhandel finden sich kaum, wie eine weltweite Literaturrecherche bestätigte. Wenn man – wie US-NGOs – jede Prostituierte mit einer fremden Staatsan-

gehörigkeit automatisch als Opfer von Menschenhandel qualifiziert, gelangt man zwar zu dramatischen Schätzungen, doch nicht zum Beweis von «Handel». Auch Belege für den Organschwarzhandel im Westen sucht man vergebens. Viel plausibler scheint ein «Patientenhandel», indem sich Personen in gewissen Drittstaaten Organe transplantieren lassen. Ausgeklammert bleibt die Wirkung rigider Ethikregeln im Westen, die das Angebot an Organen verknappen und



Keine Frage des Handels.

so Missbräuche überhaupt erst ermöglichen.

Besonders grotesk ist die Behauptung, es gebe Menschenhandel mit Arbeitskräften. Unzählige Menschen kommen aus Afrika und Asien nach Europa, auch auf gefährlichen Routen über das Mittelmeer. Müssen sie gezwungen oder mit falschen Versprechungen angelockt werden, wie der offizielle Diskurs lautet? Niemand leugnet, dass es – nicht nur am Zürcher Sihlquai – schlimme Missbräuche vor allem auf dem Strassenstrich gibt, dass Migranten hin und wieder übel ausgebeutet werden oder dass die Entnahme von Organen in der Dritten Welt oft jeder Ethik hohnspricht.

Allein, um «Handel» geht es in all diesen Fällen nicht, wohl aber um Missbrauch und Gewalt. Dafür gäbe es in fast allen Ländern wirksame zu handhabende Straftatbestände. Statt diese anzuwenden, bemüht man immer wieder den Popanz des Menschenhandels. So im Tessin letzte Woche, als ein dubioser Jungunternehmer und junge Beamte bei der korrupten Vergabe von Arbeitsbewilligungen ertappt wurden. Kein Arbeitnehmer wurde mit Gewalt oder falschen Versprechungen in die Schweiz geholt, es ging um banale, ohnehin strafbare Korruption. Bleibt zu hoffen, dass der Realitätssinn zurückkehrt. Es gibt Verbrechen und Missbräuche, aber mit «Handel» haben diese fast nie etwas zu tun.

Martin Killias ist ständiger Gastprofessor für Strafrecht, Strafprozessrecht und Kriminologie an der Universität St. Gallen.

Andreas Glarner ist sein Idol

Das Video eines dunkelhäutigen SVP-Politikers, der gegen afrikanische Einwanderer wettet, schlägt im Internet hohe Wellen. Seither wird Naveen Hofstetter mit Beschimpfungen eingedeckt. Ein Schwarzer, der sich der Opferrolle verweigert, passt vielen nicht ins Weltbild. Von Rico Bandle und Nathan Beck (Bild)

Wahrscheinlich stockte selbst einigen SVP-Mitgliedern der Atem. Am 14. Januar trat an der SVP-Delegiertenversammlung in Le Châble ein Dunkelhäutiger ans Mikrofon und warnte in reinstem Aargauer Dialekt vor den vielen «schwarzen Köpfen», die bald an der «Einbürgerungsrampe anstehen» werden. «Wenn wir so weitermachen», sagte der Redner bestimmt, «dann sehe ich – auch wenn ich zuvor nicht in den Spiegel schaue – schwarz für unser Land.»

Drei Wochen später veröffentlichte Naveen Hofstetter das Video seiner Rede auf Facebook, wo es sich in Windeseile verbreitete. Über 150 000-mal wurde es bisher angeschaut. Die Meute fiel in den Kommentarspalten über den Lokalpolitiker her: In Hunderten von Beiträgen wurde er beschimpft, verspottet und beleidigt. Ein gewaltiger Shitstorm fegte über den gebürtigen Inder hinweg.

Interessanter als die zum Teil äusserst primitiven Ausfälligkeiten war die Diskussion, die das Video auf den Facebook-Seiten progressiver Städter auslöste. In einem Umfeld, in dem Opfer zu sein zum guten Ton gehört – sei es wegen der Herkunft, der sexuellen Ausrichtung oder des Geschlechts –, ist eine Figur wie Naveen Hofstetter die grösstmögliche Provokation: Er ist als Dunkelhäutiger in einem Dorf im Aargau aufgewachsen und sagt, er sei nie diskriminiert worden. So etwas darf es nicht geben, das passt da schlicht nicht ins Weltbild.

Der Zürcher Rapper Ugur Gültekin unterstellte Hofstetter in einem perfiden offenen Brief, er sei unbewusst doch ein Rassismuskopfer. Auf der Suche nach Anerkennung glaube er sich überanpassen zu müssen: «[Ich meine] dieses diffuse Gefühl, das Du während Deiner Kindheit und in der Pubertät erfahren hast und das Dir in irgendeiner Form auch als Erwachsener immer mal wieder begegnet. Ich rede von diesen ganz bestimmten Gefühlen, des Nicht-akzeptiert-Werdens, des Nichtteilnehmen-Dürfens und des Andersseins. [...] Wenn ich von Systematik rede, meine ich Rassismus.»

Andere ungebetene Hobbypsychologen wollten bei Hofstetter «Selbsthass» erkennen. Oder sie diagnostizierten das Stockholm-Syndrom – also jenes Phänomen, dass sich ein Opfer auf die Seite des Täters schlägt, wie das bei Entführungen manchmal der Fall ist.

Dass ein Dunkelhäutiger aus freien Stücken eine andere politische Haltung einnimmt als



«Gutmeynte Ferndiagnosen»: Lokalpolitiker Hofstetter zu Hause in Rothrist.

sie selbst, scheint in diesen Kreisen undenkbar zu sein. Dieser offenkundige Rassismus von links kennt für einen Mann wie Hofstetter nur eine akzeptable Rolle: jene des Opfers, dem geholfen werden muss.

Der Angesprochene kann darüber nur lachen. «Ich höre solche gutgemeinten Ferndiagnosen immer wieder», sagt er.

Die Partei als Heimat

Naveen Hofstetter lebt in einer Neubausiedlung in Rothrist. Die grosszügige Wohnung wirkt karg, als sei er erst gerade eingezogen. Dabei wohnt er schon zwei Jahre hier. «Ich bin halt alleinstehend», sagt er. An der Wand im Esszimmer hängen zwei grosse Fahnen: eine des Kantons Aargau und eine der SVP. Ja, Hofstetter ist ein eingefleischter SVP-Fan. Sein Idol ist Nationalrat Andreas Glarner. Ihm reist er an Wochenenden oft zu Veranstaltungen

nach, gemeinsam mit anderen Anhängern. Im Gespräch zeigt sich rasch: Die SVP ist für Hofstetter mehr als eine politische Partei. In ihr hat er eine Art Heimat gefunden.

Geboren ist Hofstetter 1982 in der indischen Millionenmetropole Bangalore. Mit vier Monaten kam er in die Schweiz, er wuchs bei seinen Adoptiveltern im aargauischen Niederwil auf. Hofstetter spricht von einer glücklichen Kindheit, seine Hautfarbe sei selten ein Thema gewesen. «Probleme hatte ich nur mit Ex-Jugoslawen, die mir offen zu verstehen gaben, dass sie Dunkelhäutige als minderwertig betrachten.» Zu Indien hat er überhaupt keinen Bezug, nicht einmal kulinarisch. «Ich ertrage das scharfe Essen nicht, am liebsten habe ich Ghackets mit Hörnli.»

Während der Schulzeit habe man ihm ständig eingeredet, die SVPler seien seine Gegner, die hätten etwas gegen ihn. «Wenn ich aber zu

Hause die «Arena» schaute und Toni Brunner zuhörte, so fand ich immer: «Das entspricht ja genau meiner Meinung.» Kurz nach seiner Lehre als Elektroinstallateur erhielt er einmal von seinen Arbeitgeber den Auftrag, an einer SVP-Versammlung die Beleuchtung einzurichten. Dem Vorurteil gemäss müsste dieser Auftrag für einen dunkelhäutigen Jugendlichen der Horror sein. Aber das Gegenteil war der Fall. Es habe im Saal eine sehr freundliche, zuvorkommende Atmosphäre geherrscht. Er habe sich willkommen gefühlt. In der Folge trat er der Partei bei.

Die Politik hat in seiner Familie immer eine wichtige Rolle gespielt. Der Vater, ein Treuhänder, war Gründer und Präsident der örtlichen FDP. Dass sich der Sohn in der SVP engagiert, ist für den Vater kein Problem, im Gegenteil: «Er sieht auch, dass die SVP in ihrem Einsatz für das Gewerbe heute jene Rolle einnimmt, die einst die FDP hatte.»

Ein Gewerbetreibender ist auch Hofstetter. Seit einigen Jahren arbeitet er selbständig als Elektroinstallateur. Das Geschäft laufe gut. Die Beziehungen aus der Politik seien durchaus hilfreich, sagt er. «Unter meinen Kunden hat es auch einige linke Politiker.»

2012 kandidierte er vergeblich für den Kantonsrat, bei der letzten Wahl trat er nicht mehr an. «Ich hatte zu viel zu tun mit dem Geschäft.» Zurzeit hat er kein politisches Mandat inne, ist aber Aktuar bei der SVP Rothrist und Mitglied des Kantonalvorstandes.

Hofstetter redet viel und schnell. Er ist ein geselliger Mensch, der es sichtlich geniesst, die Wächter der Political Correctness in Verlegenheit zu bringen. Zum Beispiel, wenn

«Ich ertrage das scharfe Essen nicht, am liebsten habe ich Ghackets mit Hörnli.»

er Reportern eines Lokalblatts diktiert: «Wir Schweizer sind die Neger.» Oder wenn er die Schäfchenkrawatte trägt, auf der weisse Schafe ein schwarzes wegkicken. «Solche Aussagen oder Motive sind doch nicht gegen Schwarze gerichtet, das ist symbolisch gemeint», sagt er. «Aber das wollen viele Leute nicht begreifen.»

Hofstetter erzählt, die primitivsten Anfeindungen gegen ihn kämen auch heute noch von Leuten mit ausländisch klingenden Namen. Es meldeten sich aber auch immer wieder Dunkelhäutige, die ihm zustimmten und ihm für den Einsatz dankten. Ob er seine durch das Video erlangte Bekanntheit nutze, um wieder einmal für ein politisches Amt zu kandidieren, wisse er noch nicht. An dem Samstagvormittag unseres Treffens liegt die Priorität anderswo. Er fahre gleich los nach Bern an eine SVP-Parteierversammlung: «Andreas Glarner hat dort einen Auftritt.» ○

Weltmeister

Triumph eines Instinktsportlers

Er stammt aus dem Land der Schwinger. Sein Beruf ist Maurer. Und eigentlich war seine Karriere schon vorbei. Der neue Abfahrts-Champion Beat Feuz hat einen langen Weg hinter sich.

Der Exploit brachte selbst den erfahrenen Fernsehmann Matthias Hüppi aus dem Gleichgewicht. «Beat Breu!», schrie Hüppi, als Beat Feuz mit Bestzeit ins Ziel donnerte. Tatsächlich hat der neue Abfahrtsweltmeister einiges mit dem Radhelden der 1980er Jahre gemeinsam: die Direktheit, mit der er in Interviews antwortet und die Sympathie im ganzen Land.

Breu oder Feuz: Hauptsache, Beat – der «Glückselige». Einen Tag nach seinem 30. Geburtstag stiess Feuz auf dem Siegerpodest die Fäuste in die Höhe und sagte, was schon so viele vor ihm gesagt hatten: «Ich kann es noch gar nicht fassen, dass ich Weltmeister geworden bin.»

So abgedroschen diese Siegerfloskel tönt, so treffend ist sie in diesem Fall. Der Triumph von Feuz mutet allein aus medizinischen Gründen unfassbar an. Im November 2012 schien die Karriere des Rennfahrers zu Ende. Nach einer Knieverletzung und einer verheerenden Fischölkur wurde die Amputation des linken Unterschenkels diskutiert. Feuz musste sich im Berner Inselspital innerhalb von zwanzig Tagen fünfmal operieren lassen – jedes Mal unter Vollnarkose. Arzt Matthias Zumstein sagte damals: «Das Problem ist entschärft, aber nicht gelöst. Was in Zukunft sein wird, kann ich noch nicht beurteilen.»

Feuz war am Boden: «Die Situation überfordert mich. Das Fernsehprogramm kenne ich auswendig – und sogar mein grosses Hobby, das Pokern, ist mir verleidet», sagte er ratlos. Er flüchtete nach Österreich, wo er in Innsbruck mit seiner Freundin Katrin Triendl eine gemeinsame Wohnung bezog und am Universitätsspital die Physiotherapie begann.

Rendez-vous mit Federer

Rückblickend entstand wohl in jener Zeit, die Feuz als die «schwierigste seines Lebens» beschreibt, die weltmeisterliche Grundlage. Denn der Sportler, der von seinem Trainer Sepp Brunner in der Jugend als «fauler Hund» bezeichnet worden war, lernte zu kämpfen. Zwar wirkt Feuz auch heute nicht wie der Inbegriff eines Modellathleten, doch an der Weltspitze des Skisports sind Nachlässigkeiten in der physischen Basisarbeit nicht möglich. Dies bestätigt Trainer Karl Frehsner: Feuz kokettiert mit



Wintermärchen: Weltmeister Feuz, 30.

einer gewissen Liederlichkeit, er wisse aber genau, was es für den Erfolg brauche.

Die Geschichte von Feuz ist auch die Geschichte eines herausragenden Talents und Instinktsportlers, der weder eine alpine Mittelschule noch eine Sportakademie besuchte. Er stammt aus dem emmentalischen Schangnau, wo viele Kinder Schwingerkönig oder Mittel-

Es ist die Geschichte eines herausragenden Talents, das nie eine Sportakademie besuchte.

stürmer in der Ilfishalle werden wollen. Er absolvierte eine Lehre als Maurer. Doch Beats beruflicher Weg führte in den Schnee. Bei Kemmeriboden, der Heimat der legendären Meringues, betreiben seine Eltern das Ski-gebiet Bumbach/Roseggli. Die Anlage umfasst drei Lifte und sechs Pistenkilometer. Die Tageskarte kostet 33 Franken.

Das Roseggli liegt im Schatten der grossen Sportwelt. Aber es ist der Ausgangspunkt eines Wintermärchens. In St. Moritz gehörte der vielleicht grösste Schweizer Sportler überhaupt – Tennis-Ikone Roger Federer – zu den ersten Gratulanten des neuen Abfahrts-Weltmeisters. Auf dem gemeinsamen Foto wurden die Unterschiede offensichtlich: hier der leicht untersetzte Emmentaler mit Ansätzen eines Doppelkinns und breitem Lachen, da der Modellathlet im weissen Designer-Skianzug mit Hollywood-Brille.

Feuz und Federer – zwei Sportler aus unterschiedlichsten Welten. Doch das Wichtigste haben sie gemeinsam: Beide sind grosse Champions.

Thomas Renggli



«Rückkehr politischer Pathologien»: Wahlkämpfer Donald Trump in Toledo, Ohio, 2016.

Milder Mahner in Zeiten des Zorns

Ob Brexit, Terror oder Donald Trump: Die Welt scheint aus den Fugen. Zornig und verzweifelt lehnen sich die Menschen überall gegen die Eliten auf. Kein Wunder, sagt der anglo-indische Denker Pankaj Mishra: Die liberale Elite vertrat nie die Interessen der Mehrheit. Ihr Dünkel rächt sich nun. *Von Wolfgang Koydl*

Unlängst erlebte Pankaj Mishra am eigenen Leib, wie sich die Zeiten geändert haben. Er hatte sein Mobiltelefon verloren und bat Passanten, ihm ihres für ein dringendes Gespräch zu leihen. «Früher war das kein Problem, aber jetzt wichen sie buchstäblich vor mir zurück», entsinnt er sich mit leichtem Schaudern. «Gut möglich, dass es mit meinem Aussehen zu tun hat.» Mit seinem dunklen Teint und dem schwarzen Bart könnte man den 46-Jährigen für einen potenziellen Islamisten halten oder zumindest für einen zweifelhaften Fremden.

Doch selbst im Schmelztiegel London, wo er lebt, ist das Misstrauen gegen alles Unbekannte gewachsen. Mishra bezeichnet es mit dem französischen Wort *ressentiment* – «eine konzentrierte Mischung aus Neid, Erniedrigung und Ohnmacht». Dieses potente

Gebräu ist nach seiner Überzeugung der Treibstoff für die Umwälzungen und Veränderungen auf der Welt: Nationalismus, Xenophobie, Terrorismus, Hassausbrüche, gegenseitige Verachtung von Massen und Eliten. In seinem jüngsten Buch, «Age of Anger» («Das Zeitalter des Zorns»), zieht Mishra Parallelen zur Vergangenheit: Ende des 19. Jahrhunderts durchlebte Europa eine ähnliche Periode. Sie bereitere den Boden für die Katastrophen des 20. Jahrhunderts. Heute ist der Zorn global, und der Westen und seine Werte stecken in einer elementaren Krise. Eine Antwort hat auch Mishra nicht. Er sagt: «Das Problem ist: Wie erkläre ich den Menschen, dass nichts mehr so sein wird, wie es war?»

Ihr Buch heisst «Das Zeitalter des Zorns». Warum ausgerechnet «Zorn»?

Zorn beschreibt einen Zustand, der sich verschieden manifestiert: in Form des Islamischen Staats, in Form von Wählern, die für Demagogen stimmen, in Form von Leuten, die einander in sozialen Medien anschreien. Der Einzelne fühlt sich in hohem Mass machtlos. Das erfüllt ihn mit ohnmächtigem Zorn.

Ist Zorn nur ein schlechtes Gefühl? Kann er nicht auch kathartisch, reinigend, wirken?

Ja, das kann er. Die Reaktionen auf Donald Trump sind auch zorn erfüllt, aber sie können kathartisch sein. Sie können uns zwingen, den zerrütteten Zustand der Politik in den USA genauer anzusehen und etwas dagegen zu tun. Diese Art des Zorns kann sehr kreativ sein. Aber bisher haben wir nur gesehen, wie Zorn gefährlichen politischen Bewegungen nützt.

Islamischer Staat, Trump-Wähler, Demagogen – kann man die wirklich miteinander vergleichen?

Natürlich sind Donald Trump und der IS nicht vergleichbar. Ich weise nur auf historische Parallelen hin, auf vergleichbare soziologische und psychologische Phänomene. Sie zeigen sich entweder in Akten extremer Gewalt – wie beim IS – oder in Akten extremer Zerstörungswut. Wenn Menschen einen zwanghaften Lügner, einen Egomane, einen total unfähigen Mann wie Trump wählen, ist das ein zerstörerischer, fast nihilistischer Akt. Die Ähnlichkeit zwischen dem IS und Trump-Wählern beruht auf den Emotionen, welche die Leute dazu bringen, extreme Entscheidungen zu treffen.

So wie der Sponti-Spruch aus den siebziger Jahren: «Mach kaputt, was dich kaputt macht»?

Ja. In meinem Buch zitiere ich Dostojewski, der gesagt hat, dass Menschen auch dann mit dem Kopf gegen die Wand laufen, wenn diese Wand unzerstörbar ist. Dieses Verhalten sehen wir heute weltweit. Ich bezweifle, dass Leute, die solche politischen Entscheidungen treffen, wirklich denken, aus ihnen würde etwas Grosses und Gutes entstehen. Es sind lediglich Verzweiflung und Zorn über eine unverantwortliche Elite, die Entscheidungen trifft, die nur ihr selbst, nur einer Minderheit, nützen.

Jetzt reden Sie fast so wie Trump im Wahlkampf.

Wir müssen anerkennen, dass ein grosser Teil der Kritik, die von Trump vorgebracht wird, Elemente der Wahrheit enthält. Man kann nicht einfach sagen: «Wer Trump wählt, hat nur Angst vor diesem schwarzen Mann im Weissen Haus, vor all den Muslimen, die ins Land kommen.» Natürlich stimmt es, und wir kennen das aus der Geschichte, dass in Zeiten von Stress und Krisen ganze Gruppen zu Sündenböcken gemacht werden, denen man die Schuld für das eigene Leid zuschiebt. Aber das heisst nicht, dass dieses Leid nicht real wäre. Und es wäre falsch, zu sagen, dass die Leute völlig irrational gegen diese Eliten wüten. Die Welt wurde seit dem Ende des Kalten Krieges von einer Ideologie geleitet, die von diesen Eliten formuliert und durchgesetzt wurde.

Der Zorn ist also gerechtfertigt?

Sehr sogar. Das Problem ist nur, dass sich der Zorn sein Ventil in unappetitlichen Bewegungen und Demagogen sucht, weil es keine anständigen politischen Alternativen gibt.

Wie dünnhäutig ist die Elite? Voltaire verachtete das Volk, die *canaille*. Und dann war da das Eingeständnis des amerikanischen Wirt-

schaftsnobelpreisträgers Paul Krugman, dass er und seinesgleichen die Masse der Wähler weder kennen noch verstehen würden.

In meinem Buch versuche ich, den Intellektuellen als das erste Produkt der modernen Welt zu identifizieren. Vorher gab es die Intelligenzija als Klasse überhaupt nicht, erst Voltaire und seine Zeitgenossen erschufen sie. Diese Intellektuellen aber verbünden sich mit der staatlichen Macht. Sie sind nicht wirklich interessiert am demokratischen Projekt. Ihnen geht es darum, ihre eigene Macht, ihre eigenen Freiheiten, ihre eigenen intellektuellen Freiräume zu erweitern. Sie interessieren sich nicht für soziale Gerechtigkeit für die Masse. Die liberale Elite vertritt nicht wirklich die Interessen der Masse oder ist gar ihr Beschützer. Sie hat noch nicht mal eine Verbindung zu ihr, und



«Eigene intellektuelle Freiräume»: Autor Mishra.

das ist es, was Krugman mit seinem Kommentar eingestanden hat.

Aber es steht doch ausser Zweifel, dass sich das Schicksal des grössten Teils der Menschheit in den letzten 150 Jahren deutlich verbessert hat – auf der Basis der Ideen dieser intellektuellen Elite.

Schon richtig, aber wir müssen auch die andere Seite sehen: Diese liberale Elite und ihre Projekte haben auch ein grosses Reservoir an Enttäuschungen geschaffen, an Ernüchterung und Unzufriedenheit. Dies hat zu Revolutionen, Kriegen und Umwälzungen geführt, die wiederum das letzte Jahrhundert zum gewalttätigsten in der Geschichte der Menschheit gemacht haben. Das ist die Kehrseite des Fortschrittes, und die verstecken wir ständig. Ich wende mich gegen das Narrativ, dass der Fortschritt nur eine

Richtung kennt und zu einer ständigen Verbesserung führt. Nein, er hat auch einen hohen Preis.

Gibt es denn überhaupt Alternativen zu diesem westlichen Modell?

Was uns in den letzten drei Jahrzehnten abging, das war die Idee des Sozialismus. Nicht die Realität des Sozialismus – die war furcht-

«Manche können sich eher das Ende der Welt vorstellen als das Ende des Kapitalismus.»

bar für alle Betroffenen. Aber seine Idee hat in der Vergangenheit die brutalsten Auswüchse des Kapitalismus bekämpft. Sie hat geholfen, den Kapitalismus zu zivilisieren. Nun, da die Linke verschwunden ist, ja diskreditiert wurde, haben wir nur noch ein System übrig, von dem es heisst, dass es zu ihm keine Alternative gibt, weil alle anderen Systeme erprobt wurden und gescheitert sind. Manche können sich eher das Ende der Welt vorstellen als das Ende des Kapitalismus. Aber dieses Denken führt in eine erstickende Klaustrophobie. Viele versuchen nun, aus diesem Käfig auszubrechen, indem sie zerstörerische Demagogen wählen. Zugleich muss man sagen, dass diese Lage neue Möglichkeiten eröffnet, vor allem in den USA. Mit der Trump-Administration haben wir eine derart radikale, umstürzlerische Kraft, die die ganze Gesellschaft umkrepeln will, dass das Widerstand hervorruft. Immer mehr Leute interessieren sich für Politik und debattieren mit, wo früher die Demokratie von einer kleinen Elite gepachtet wurde.

Steckt nicht in Trump eine Art von Sozialist? Wurde er nicht auch von Leuten gewählt, die lieber Bernie Sanders gehabt hätten?

»»

Nicht nur Trump, sondern die ganze republikanische Rechte pflegt eine sozialistische Rhetorik. Das gilt auch für Marine Le Pen. Sie alle machen Anleihen bei der Linken, indem sie der rechten Arbeiterklasse jene Sicherheiten versprechen, die sie früher hatten. Es ist erstaunlich, wie sehr sich die Rhetorik von rechts und links überlappt. Sicher haben Bernie-Fans Trump gewählt, genauso wie ihn Leute gewählt haben, die früher für Obama stimmten. Deshalb ist es unfair, sie Rassisten zu nennen.

Trump passt auch anderswo nicht in Schablonen. Unlängst gestand er ein, dass die amerikanische Politik «nicht so unschuldig» sei, sondern brutal. So etwas hörte man bisher nur von linken Amerika-Kritikern.

Wir sehen eine neue amerikanische Sensibilität, ein Ende des liberalen Internationalismus, wie er von Woodrow Wilson geschaffen

wurde. Bei diesem Internationalismus wurden Amerikas ureigene Interessen mit der Sprache der Moral, der Sprache edler Absichten kaschiert. Trump hat die Maske heruntergerissen. Er sagt, dass in der Politik nur ein Prinzip gilt: «dog eat dog», jeder ist sich selbst der Nächste. «Putin ist ein Killer, okay, aber wir haben auch Killer.» So sei Politik. Vielen Leuten wird das peinlich sein, aber ich begrüße es. Wir haben uns viel zu lange etwas vorgemacht und die gewaltsamen Begleiterscheinungen des Fortschritts negiert. Trump hat mit brutaler Offenheit alles verraten. Ab sofort werden es Heuchelei und Betrug schwerer haben.

Sie gelten als Kritiker des westlichen Systems, das dem Rest der Welt aufgezwungen worden sei. Sie kehren in Ihrem jüngsten Buch zu diesem Thema zurück. Ist das nicht das alte antikolonialistische Gejammerge?

Klassische Kritiker des Kolonialismus wie Gandhi und Rabindranath Tagore waren nicht wirklich gegen den Westen. Gandhi identifizierte gewisse Tendenzen, die für den ganzen Planeten, für seine geistige und spirituelle Gesundheit potenziell zerstörerisch sein könnten. Heute, da das westliche Modell in seinen Herzlanden in einer tiefen Krise steckt, sollten wir da nicht wenigstens ein bisschen besser zuhören, anstatt weiter darauf zu beharren: «The West is best»? Was ich mit dem westlichen Modell meine: Es enthält Elemente von Gewalt, und damit wurde in Europa und Amerika ein gewisses Mass an Wohlstand und Demokratie geschaffen. Das ändert nichts an der Tatsache, dass wir es mit einem inhärent gewaltsamen Prozess zu tun haben. Gandhi fragte nur, ob die Welt diesem Vorbild folgen sollte, denn das wäre katastrophal.

Gewalt ist eine Sache, die andere sind Ressourcen. Der Kapitalismus beruht auf ständigem Wachstum, und dafür braucht man Rohstoffe. Doch die sind endlich.

Wir werden gerade Zeugen, wie das Wachstum endet oder derart substanziell schrumpft, dass alte politische Ideologien zurückkehren. Es sind ja nur kleine Flecken auf der Erde, wo die Menschen die Früchte der liberalen Demokratie genossen haben. Die liberale Demokratie an sich ist überhaupt eine sehr zerbrechliche Errungenschaft. Auch ihr Erfolg hängt davon ab, ob sie sich ständig weiter ausbreitet. Aber was geschieht, wenn dies nicht länger möglich ist?

Beantworten Sie Ihre eigene Frage: Was geschieht, wenn das nicht mehr möglich ist?



«Blut-und-Boden-Fantasien»: Terrorattacke in Paris, 1905.

Wir alle müssen uns auf eine Zukunft einstellen, in der das Wirtschaftswachstum nicht mehr so schnell verlaufen wird, wie das in der Vergangenheit der Fall war. Sehr viele der Dinge und Sicherheiten, an die wir uns gewöhnt haben, wird es nicht mehr geben. Aber wie werden wir die Versprechen zurückfahren, die Milliarden von Menschen gemacht wurden, nämlich dass auch sie die Vorzüge geniessen werden, die eine kleine Minderheit von Europäern und Amerikanern genossen hat? Europa hat ein eigenes, spezielles Problem. Wie erkläre ich den Menschen, dass mit der Wirtschaft auch die sozialen Sicherheitsnetze schrumpfen? Erwarte ich ernsthaft, dass ein Politiker of-

«Wir sehen eine neue amerikanische Sensibilität, ein Ende des liberalen Internationalismus.»

fen diese Frage anspricht? Dass er zugibt, falsche Versprechungen gemacht zu haben? Das glaube ich nicht, und deshalb wird keine konventionelle Partei ehrlich über die Notwendigkeit grundsätzlicher politischer Veränderungen reden. Ich sehe niemanden, der bereit oder in der Lage wäre, den Realitäten Rechnung zu tragen.

Da stehen Sie nicht allein. Millionen Menschen wählen deshalb unkonventionelle Politiker und Parteien.

Konventionelle Politiker haben massiv an Vertrauen verloren, und deshalb werden Leute wie Trump, der Niederländer Geert Wilders oder die Französin Marine Le Pen gewählt. Sie alle sind Politiker, die die Politik gründlich aufmischen wollen, die radikale Lösungen vorschlagen. Bis jetzt gab es keine Antwort auf diese Politiker, aber sie werden Widerstand hervorrufen, und aus diesem Widerstand werden, so hoffe ich wenigstens, neue Ideen erwachsen.

Sie schreiben, dass Europa schon einmal eine Zeit des Zorns erlebt hat, nämlich am Ende des 19. Jahrhunderts. Diese Zeit habe die Gräueltaten des 20. Jahrhunderts

hervorgebracht. Nun, da der Zorn global ist, welche Monster wird das gebären?

Es ist in der Tat besorgniserregend. Aber die Geschichte wiederholt sich nicht immer auf die gleiche Weise. Was immer geschehen wird, es wird sich von den Ereignissen der letzten hundert Jahre unterscheiden. Aber fraglos befinden wir uns in einer globalen Krise, in der unsere politischen Institutionen nicht mehr funktionieren. Die Wirtschaft hat nur einer kleinen Gruppe genützt und hat ihre Segnungen nicht schnell und breit genug verteilt.

Die Unzufriedenheit ist heute viel grösser als im ausgehenden 19. Jahrhundert, denn heute sind viel mehr Menschen Teil der modernen Welt. Sie alle erwarten etwas von dieser modernen Welt. Deshalb werden ihre Enttäuschung und Desillusionierung intensiver sein und weiterreichende politische Folgen zeitigen. Wir sehen eine Rückkehr politischer Pathologien, die wir im Fin-de-Siècle-Europa beobachteten: Dämonisierung von Immigranten, ganze ethnische oder religiöse Gruppen als Sündenböcke, aggressive Sprache, Rechts-extreme, Demagogen, Nicht-Politiker in der Politik, Blut-und-Boden-Fantasien, ausufernder Nationalismus, Fantastereien über homogene Gesellschaften.

Es sollte uns nicht überraschen, denn die Zeit nach 1945 war eine aussergewöhnliche Periode für uns alle, in Europa wie in Asien. Europa war total zerstört, es gab nur eine Richtung: nach oben. Wir in Asien hatten Jahrzehnte des Kolonialismus hinter uns. Es gab nur eine Richtung: nach oben. Heute fängt die Geschichte wieder von Neuem an.

Wie fügt sich das Migrationsproblem in all das?

Die globale Wirtschaft braucht die Migration geradezu verzweifelt, um weiter Wachstum zu erzielen. Darum überrascht mich die neue liberale Rhetorik überhaupt nicht, die für unkontrollierte Migration ist. Das aber führt zu einem Zusammenprall zwischen ökonomischen Idealen und den Forderungen von Gemeinschaften, die sagen: «Hört mal, eure Interessen können nicht über allem stehen.»

Wir brauchen gewisse Sicherheiten, die durch die Zuwanderung ausgehöhlt werden. Wenn Demokratie und Kapitalismus in Konflikt geraten, dann wird die Migration zum Problem. Das Problem der Migration ist nur Symptom einer grösseren Krise, nämlich eines Widerspruchs zwischen Demokratie und Kapitalismus. Das muss man klar benennen. Man darf es nicht mit demagogischer Rhetorik zukleistern. ○

Europäer ticken wie Trump

Eine deutliche Mehrheit der Europäer ist gegen jegliche weitere Einwanderung von Muslimen. In den USA stehen 57 Prozent der Bevölkerung hinter Trumps restriktiver Einreisepolitik. Sie vertrauen dem Präsidenten mehr als den Medien. Drei neue Umfragen brechen mit gängigen Klischees. *Von Urs Gehrig*

In Europa ist sich die Elite der Medien, Meinungsmacher und Politiker einig: Donald Trump tritt Menschenrechte mit Füßen und schürt Hass. Angela Merkel habe dem neuen US-Präsidenten bei der ersten Kontaktaufnahme am Telefon die Uno-Flüchtlingskonvention «erklärt», so ein Sprecher der deutschen Kanzlerin. Frankreichs Präsident Hollande wöhnt den Amerikaner in der «Sackgasse», und Londons Bürgermeister Sadiq Khan plädiert dafür, die Einladung Trumps für einen Staatsbesuch in Grossbritannien rückgängig zu machen, sofern dieser seinen «Muslim-Bann» nicht aufhebe.

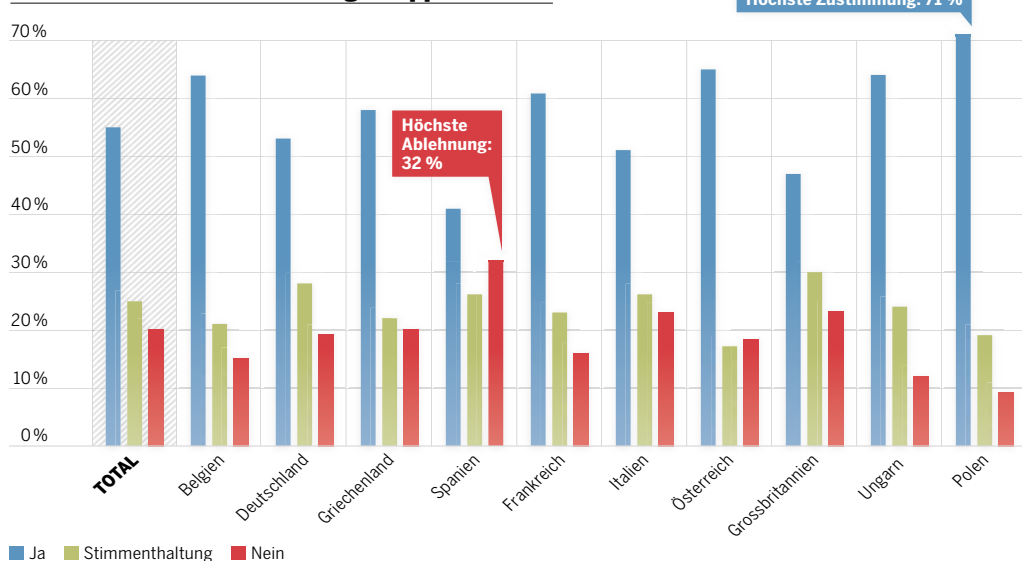
Nun zeigt eine Umfrage des renommierten Instituts Chatham House, dass die Mehrheit der Europäer in der Migrationsfrage viel stärker zu Trump neigt als zu den eigenen Magistraten. Das Institut mit Sitz in London hat mehr als 10 000 Menschen in zehn europäischen Ländern mit folgender Aussage konfrontiert: «Sämtliche weitere Immigration aus mehrheitlich muslimischen Ländern sollte gestoppt werden.» 55 Prozent der Befragten stimmten zu, 25 Prozent enthielten sich der Stimme. Bloss einer von fünf Europäern äusserte die Meinung, die Einwanderung von Muslimen sollte im bisherigen Rahmen weitergehen (siehe Grafik).

Hälfte der Studierenden für Einreisestopp

Die Polen sprachen sich am deutlichsten gegen die muslimische Einwanderung aus (71 Prozent), dicht darauf folgen die Österreicher (65 Prozent). Die Umfrage ergab keinen Zusammenhang zwischen islamkritischer Haltung und der muslimischen Bevölkerungszahl in den jeweiligen Ländern. «Die Ablehnung weiterer Immigration aus muslimischen Staaten ist besonders hoch in Österreich, Polen, Ungarn, Frankreich und Belgien, obwohl diese Staaten sehr unterschiedlich grosse Anteile muslimischer Einwohner haben.» Hingegen haben Alter, Bildung sowie Wohnort einen grossen Einfluss auf die Einstellung. Eine ablehnende Haltung gegenüber muslimischer Immigration war bei Rentnern (63 Prozent) und Bewohnern ländlicher Gebiete (58 Prozent) besonders verbreitet. Leute mit weniger guter Schulbildung stimmten mit 59 Prozent für einen Einreisestopp von Muslimen, während sich unter Universitätsabsolventen knapp die Hälfte (48 Prozent) dafür aussprach.

Das Chatham House geniesst unter den Umfrageinstituten einen hervorragenden Ruf. Die jüngste Umfrage wurde vor Trumps Verfügung, eine Einreisepause für Menschen

«Sämtliche weitere Immigration aus mehrheitlich muslimischen Ländern sollte gestoppt werden.»



QUELLE: WWW.CHATHAMHOUSE.ORG

Nur jeder fünfte Europäer befürwortet die Einwanderung von Muslimen.

aus sieben mehrheitlich muslimischen Ländern zu verhängen, durchgeführt.

In den USA lässt sich ein ähnlicher Trend feststellen. Eine kürzlich von McLaughlin & Associates durchgeführte Befragung zeigt eine deutliche Zustimmung zu Trumps Einreisepolitik. 57 Prozent der Amerikaner unterstützen Trumps Dekret, die Immigration aus den mehrheitlich muslimischen Ländern Iran, Irak, Libyen, Somalia, Sudan, Syrien und Jemen für neunzig Tage auszusetzen, um während dieser Auszeit die Sicherheitsüberprüfung zu verbessern. 37 Prozent sprachen sich dagegen aus.

Die Republikaner unterstützten die Einreisepolitik des Präsidenten in überwältigender Mehrheit (88 Prozent). Unter den Demokraten sprach sich ein Drittel (31 Prozent) für ein Einreisemoratorium aus.

Bei McLaughlin & Associates – den Verantwortlichen der Umfrage – handelt es sich um jenes Unternehmen, das Trumps Umfragergebnisse während des Wahlkampfes, anders als das Gros der Meinungsforscher, treffend eruiert und den Immobilienmagnaten zielsicher ins Weisse Haus navigiert hatte.

«In vielen Medien wird Trumps Verfügung irreführend als «Muslim-Bann» bezeichnet, in Wirklichkeit ist es jedoch ein Terrorismusbann», sagt Studienleiter John McLaughlin, der Mitte Januar auf Einladung dieser Zeitschrift auf dem Weltwoche-Podium «Das Phänomen Trump» in Zürich aufgetreten ist. Um

der Stimmung im Volk möglichst präzise auf den Zahn zu fühlen, sei es wichtig, die Fragen auf eine möglichst neutrale Weise zu formulieren. Wenn man die Wähler fragen würde, ob die USA eine Pause von neunzig Tagen einlegen sollten, um strengere Untersuchungen in Kraft zu setzen, welche potenzielle Terroristen herausfiltern könnten, stimmten 61 Prozent der Wähler zu. 87 Prozent der Republikaner, 40 Prozent der Demokraten und 59 Prozent der Parteungebundenen waren dafür. 28 Prozent sprachen sich dagegen aus.

Trump ehrlicher als Medien

Während die Medien täglich in endlosen Negativschleifen über Trumps Arbeit berichten, beurteilt das Volk den Einstand des neuen Präsidenten offenbar deutlich positiver. «Amerika vertraut Trump mehr als den Medien», bilanziert das Emerson College eine eigene Umfrage unter registrierten Wählern im ganzen Land. Das Bostoner Privatcollege, gegründet 1880, ist auf Kommunikationswissenschaften spezialisiert. «Die Trump-Regierung wird von 49 Prozent der Wähler als ehrlich beurteilt, von 48 Prozent als unehrlich.» Die Nachrichtenmedien hingegen werden von 53 Prozent der Amerikaner als unehrlich taxiert. Lediglich 39 Prozent erachten ihre Arbeit als ehrlich.

Internet-Links: www.chathamhouse.org; mclaughlinonline.com; www.theecps.com

Messias aus der Mitte

Emmanuel Macron war ein hoher Beamter, Banker bei Rothschild und sozialistischer Wirtschaftsminister. Nach Fillons Sündenfall ist er zum Favoriten der Präsidentschaftswahl arriviert, den die Gegner mit Gerüchten bekämpfen. Seine Kampagne nimmt zunehmend religiöse Züge an. *Von Jürg Altwegg*

Einen «Zyniker» nannte ihn Nicolas Sarkozy, als sich immer deutlicher abzeichnete, dass auch Emmanuel Macron Staatspräsident werden will. Beschrieben aber hat Sarkozy den Rivalen als Zwitter: «Ein bisschen Mann. Ein bisschen Frau. Das ist die neue Mode. Androgyn.»

Das Profil entspricht der sozialistischen Utopie des neuen Menschen. Nach ihrem Scheitern im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit konzentrierten sich die Sozialisten in ihrem ungebrochenen ideologischen Eifer auf die Gesellschaftspolitik. Kunden von Prostituierten werden bestraft und die Raucher mit ähnlich fanatischen Methoden umerzogen. Verboten werden Markennamen wie Marlboro und die von den katholischen Fundamentalisten gegen die Abtreibung betriebenen Internetportale. Die Sozialisten führten die «Ehe für alle» ein und in der Schule ein neues «Abcd der Gleichheit». Die praktischen Übungen mit vertauschten Geschlechterrollen wurden erst gestoppt, als muslimische Eltern ihre Kinder zu Hause behielten. Wegen des Lehrbuchs «Mann oder Frau werden» legte sich Papst Franziskus mit der französischen Regierung und deren Gleichheits- und Genderwahn an.

«Ich wünsche mir mehr Milliardäre»

Der Widerstand gegen den Kulturkampf der Sozialisten für den neuen Menschen als drittes Geschlecht ermöglichte den überraschenden Sieg von François Fillon in der Primärwahl der Republikaner. Mit «androgyn» zielte Sarkozy auch auf Emmanuel Macrons politisches Profil: weder rechts noch links und beides zugleich. Wie ein Messias hat der dissidente Minister mit seiner Bewegung «En marche!» (Vorwärts!) Einzug in die Arena des französischen Wahlkampfes gehalten. In hellen Scharen laufen die Zeitgenossen von allen Seiten zu ihm über.

«Ich wünsche mir mehr Franzosen, die Milliardäre werden möchten», hatte er als Wirtschaftsminister bei der Hightech-Messe in Las Vegas erklärt. Das machte ihn zum Feindbild der orthodoxen Linken. Die auf der Strasse – die Anwälte und Notare demonstrierten für die Regulierung und die Privilegien ihrer Berufe – und im Parlament bekämpfte «Lex Macron» sollte für mehr Flexibilität sorgen. Am Schluss blieb es bei der Lockerung der Öffnungszeiten der Geschäfte am Sonntag und einer Bresche ins Monopol der Staatsbahn SNCF: Dank Macron dürfen in Frankreich



«Die neue Mode»: Präsidentschaftskandidat Macron mit Gattin Brigitte Trogneux.

Fernbusse zum Billigtarif fahren. Seine Botschaft verkündet Macron in einem Buch mit dem Titel «Révolution». Es erzählt die Geschichte eines Wunderkinds als republikanisches Märchen. Die Urgrossmutter konnte weder lesen noch schreiben. Die Grossmutter wurde Schulleiterin und brachte ihrem Enkel die Literatur und die linke Gesinnung nahe. Die Mutter ist Ärztin, der Vater Medizinprofessor. Ihr Sohn verliebte sich in seine 24 Jahre ältere Französischlehrerin Brigitte Trogneux, die drei Kinder hat. Geheiratet haben sie vor zehn Jahren. Seit Macron seine Kandidatur bekanntgab, war das ungleiche Paar bereits viermal auf dem Cover der Illustrierten *Paris Match* – Hand in Hand am Strand, wo sie einem Nudisten begegneten. Die Inszenierung ihrer Ehe ist Teil des Wahlkampfes gegen die politischen und gesellschaftlichen Konventionen.

Ansonsten verlief Emmanuel Macrons Karriere durchaus nach den Vorstellungen der französischen Elite. Ungewöhnlich war allenfalls die Sportart, die er neben dem Klavierspielen betrieb: Boxen. Nach dem Studium von Sciences Po durchlief er die staatliche Kaderschmiede ENA (Ecole nationale d'administration). Seine Laufbahn begann im Finanzministerium. 2007 engagierte er sich für Ségolène Royal und ging nach deren Niederlage zur Rothschild-Bank. Fünf Jahre später hatte er sich noch vor der New Yorker Sexaffäre des sozialistischen Favoriten Dominique

Strauss-Kahn für Hollande entschieden. Um die Glaubwürdigkeit seiner eigenen Kandidatur zu unterstreichen, verzichtete er auf den Beamtenstatus. Weil er nur sechs der für ENA-Absolventen vorgeschriebenen zehn Jahre im Staatsdienst verbracht hatte, musste er 54 000 Euro zurückbezahlen. Um Interessenkonflikte zu vermeiden, ist er aus dem Redaktionskomitee der Zeitschrift *Esprit* zurückgetreten. Für den Philosophen und Verantwortungsethiker Paul Ricœur arbeitete er eine Zeitlang als Assistent.

Alles darf zitiert werden

Dass er noch kein detailliertes Programm vorgelegt hat, hat seinem Höhenflug in keiner Weise geschadet: Programme sind erfahrungsgemäss eher ein Hinweis auf das, was ein Präsident nicht machen wird. «Unser Projekt ist nicht sozialistisch, sondern fortschrittlich», sagt der für das Ökonomische Verantwortliche Jean Pisani-Ferry. Belohnt werden sollen Arbeit und Risiko. Revolutionär ist das alles nicht – im Vergleich zu Fillons Abbau von 500 000 Beamtenstellen schon gar nicht. Macron bekennt sich zu Europa und zur deutsch-französischen Zusammenarbeit. Bei seinen Meetings verhindert er, dass Gegner ausgebuht werden. Nie geht ihm eine abschätzige Bemerkung über die Lippen. Für Journalisten gibt es kein «Off», alles darf zitiert werden.

Mehr als für sein Programm interessiert sich die faszinierte Öffentlichkeit für Macrons Geld und Sexualität. Nie habe er selber davon geträumt, Milliardär zu werden, versichern seine Freunde. Der Vermögenssteuer (ab 1,3 Millionen Euro) unterliegt er wegen des Hauses, das seiner Frau gehört, die als Lehrerin eine Altersrente von 2150 Euro bezieht. Bei Rothschild verdiente Macron rund 400 000 Euro pro Jahr; einen einzigen grossen Deal hat er als Banker eingefädelt: die Übernahme einer Nestlé-Sparte durch Pfizer – dafür bekam er einen Bonus von 2,8 Millionen Euro. Als Berater im Elysée bezog er monatlich 12 000 Euro, als Minister ein bisschen weniger.

In der Pariser Gerüchteküche köchelten die nicht nur von Sarkozy gestreuten sexuellen Anspielungen auf kleinem Feuer. Jetzt wurden sie von Russia Today und Sputniknews richtig angeheizt. Auch jüngste Angriffe auf Macrons Homepage werden russischen Hackern zugeschrieben. Putin eilt seinem Pariser Freund, für den Macron eine Bedrohung geworden ist, zu Hilfe. Die Gerüchte über Macrons Homosexualität und Doppelleben sollen Fillons verunsicherte Wähler als Gegner der «Ehe für alle» davon abhalten, der Versuchung Macron zu erliegen. Souverän und mit einem witzigen Seitenhieb auf Fillons «Penelopegate» hat sie Emmanuel Macron abgeschmettert. «Für Brigitte ist das nicht sehr angenehm», erklärte er an einem Meeting: «Sie fragt sich schon, wie ich das physisch schaffe. Sie ist den ganz Tag an meiner Seite, und ich habe sie nie dafür bezahlt.»

Mit Goethes Worten

Gerne verschränkt Emmanuel Macron nach einer Rede seine Arme zum Kreuz, sein Wahlkampf nimmt zunehmend irrationale Züge an: «... und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen», schleuderte er Tausenden von Zuhörern entgegen. Es waren Goethes Worte anlässlich der Schlacht von Valmy, mit der ein neues Zeitalter begann. Napoleon beendete die Revolution und wurde gleichzeitig zum Garanten für ihren zivilisatorischen Fortschritt. Längst werden die Pendelschläge zwischen Revolution und Reaktion kürzer, die historische Dynamik der *longue durée* weist in die Mitte.

Mit untrüglichem Instinkt setzt Macron auf das «Ende der Revolution in der Politik» und gleichzeitig auf ihre missionarische Ausstrahlung. Sie hatte 1789 das Gottesgnadentum beendet und die Religiosität der französischen Politik und Republik begründet. Ihr Präsident ist ein gewählter Monarch und Macron die Inkarnation des neuen Menschen als drittes Geschlecht in der französischen Politik. «Es ist ein Irrtum, zu glauben, dass das Programm das Herz einer Wahlkampagne» sei, sagte er am Sonntag in einem Interview: «Ich verneine die messianische Dimension nicht, ich nehme sie nicht in Anspruch. Politik ist Mystik», amen. ○

Nahost

«Wir auch»-Aussenpolitik

Im Nahostkonflikt weist Bundesrat Didier Burkhalter Israel die Alleinschuld für das Scheitern des Friedensprozesses zu. Er führt damit die Schweizer Neutralität ad absurdum.

In der Nahostpolitik lässt Didier Burkhalter, der Chef des Aussendepartementes (EDA), nicht locker. In der vergangenen Woche hat sein Departement einmal mehr seine Unterstützung für eine Zweistaatenlösung bekräftigt. In der jüngsten Pressemitteilung wird das israelische Gesetz kritisiert, das den Bau von Siedlungen und zahlreichen Aussenposten legalisiert. Das erschwere die Lösung des Konflikts, da es die Gründung des Staates Palästina gefährde, mahnt Burkhalter.

Seine Schuldzuweisung ist unmissverständlich. Er macht Israel – und nur Israel – für das hartnäckige Scheitern der israelisch-palästinensischen Aussöhnung verantwortlich.

Brückenbauer-Rolle verspielt

Eine neutrale Haltung sieht anders aus. Um neutral zu sein, müsste das EDA beide Seiten hart anfassen, also auch die Palästinenser – oder schweigen. Indem das EDA die Verfehlungen der Palästinenser nicht erwähnt, geschweige denn rügt, wird die Schweiz im Nahen Osten ungläubig-würdig, weil einseitig.

Dabei gäbe es einiges, das nicht nur an Israel, sondern auch an der palästinensischen Haltung zu kritisieren wäre. Während Israels Premier Benjamin Netanjahu (zumindest offiziell) für eine Zweistaatenlösung eintritt, haben die Palästinenser bisher alle Angebote aus Jerusalem schroff abgelehnt. Jassir Arafat sagte nein, als ihm der damalige Premier Ehud Barak und US-Präsident Bill Clinton 2000 eine Lösung vorschlugen, an deren Ende der Staat Palästina entstanden wäre. Arafats Nachfolger Mahmud Abbas wollte acht Jahre später ebenfalls nichts von einer Zweistaatenlösung wissen, als sie ihm von Premier Ehud Olmert angeboten wurde. Damals hätten die Palästinenser rund 95 Prozent des Westjordanlands erhalten können, einschliesslich Ostjerusalems.

Arafat und Abbas waren nicht die ersten Palästinenser, die eine Zweistaatenlösung ablehnten. Bereits in den 1930er Jahren hatte der lokale Araberführer und Hitlerfreund Amin al-Husseini einen Vorschlag der Briten zurückgewiesen, Palästina mit den Juden zu teilen.

Bis heute sind die Palästinenser nicht bereit, die Legitimität eines jüdischen Staates an ihrer

Seite zu akzeptieren. Indem Burkhalters EDA diese Tatsache unberücksichtigt lässt, verspielt er seine Rolle als Brückenbauer zwischen den ewigen Streithähnen. Und erschwert die Rolle der Schweiz als humanitäre Wohltäterin.

Der Begriff «Neutralität» ist zwar weder gesetzlich definiert, noch ist Neutralitätspolitik an Rechtsnormen gebunden. Neutralität ist ein politischer Begriff, der von jedem EDA-Vorsteher auf seine Art ausgelegt werden kann. Burkhalter hat sich für die beliebige, opportunistische, letztlich inhaltsleere Variante entschieden. «Die Umsetzung der Neutralitätspolitik», heisst es in einem vor zwei Monaten zuletzt aktualisierten EDA-Papier, «hängt von der Analyse des aktuellen internationalen Umfelds ab.» Das lässt sehr viele Interpretationen zu. Und führt die Neutralität ad absurdum.

Burkhalter hat sich bei der Definition des Neutralitätsbegriffs offenbar für die Variante «wir auch» entschieden und verinnerlicht den aktuellen Mainstream. So lässt er in der jüngsten Pressemitteilung, mit der das Festhalten an der Zweistaatenlösung bekräftigt wird, ausdrücklich erwähnen, dass die EDA-Position im letzten Bericht des Nahostquartetts unterstützt wird. Zudem sei sie in einer gemeinsamen Erklärung erwähnt, die anschliessend an das Ministertreffen vom 15. Januar in Paris «von über siebzig Staaten und internationalen Organisationen, darunter auch die Schweiz», unterzeichnet worden sei.

Dass der Schweizer Aussenpolitik im Nahen Osten die Hebel für eine eigenständige Strategie fehlen, um dem Frieden zum Durchbruch zu verhelfen, musste bereits Burkhalters Vorgängerin Micheline Calmy-Rey erfahren. Ihr Versuch, mit der Genfer Initiative den israelisch-palästinensischen Friedensprozess in Gang zu setzen, scheiterte kläglich. Burkhalter hätte daraus lernen können. Und einsehen müssen, dass es vor allem bei komplexen Konflikten besser ist, weder für die eine noch für die andere Seite Partei zu ergreifen – auch wenn das dem Geltungsbedürfnis von Aussenpolitikern zuwiderläuft. Pierre Heumann



Didier Burkhalter.

Wilders' Dämonen

Die Niederlande galten als die fortschrittlichste Sozialdemokratie in Europa. Zwischen dem Liberalismus, den manche Holländer zur Schau stellen, und der Populisten-Revolution um Geert Wilders besteht ein enger Zusammenhang. Der Polit-Shootingstar aber ist eine echte Gefahr fürs Land. *Von Ian Buruma*

Dass jemand wie Donald Trump ins Weisse Haus einziehen konnte, war ein Schock. Amerika ist jedoch ein merkwürdiges Land, das immer wieder Ausbrüche politischer Tollheit erlebt, wenn auch noch nie in ganz so extremer Form wie jetzt. Überraschender ist, dass die Niederländer, gemeinhin als pragmatisch, bürgerlich, phlegmatisch, nüchtern, tolerant und auch ein bisschen langweilig angesehen, im März eine Partei zur stärksten Kraft machen könnten, die von einem vulgären, blondgefärbten Rattenfänger angeführt wird. Der Aufstieg von Geert Wilders, dem Vorsitzenden (und einzigen offiziellen Mitglied) der Freiheitspartei, beweist nur, dass der Populismus auch die Niederlande erfasst hat. Wilders war kürzlich eine der Hauptattraktionen bei einem Treffen der Rechtsextremen in Koblenz, an dem er den Brexit, Donald Trump und den «Patriotischen Frühling» in Europa pries.

Die Panik eines Politikers

Die alten, nüchternen, konsensorientierten Niederlande gibt es natürlich weiterhin, verkörpert durch den konservativen Ministerpräsidenten Mark Rutte – aber selbst er versucht, die Stimmung im Land aufzunehmen. In einem offenen Brief an «alle Niederländer» erklärte er unlängst, dass Menschen, «die sich nicht anpassen wollen» und «unsere Werte ablehnen», sich «normal verhalten oder gehen» sollten.

Das war die Panik eines Politikers, der vielleicht zu spät erkannt hat, dass er nicht genug getan hat, um einen populistischen Herausforderer aufzuhalten. Wilders will Moscheen schliessen, den Koran verbieten und Asylsuchende nicht mehr ins Land lassen. Laut Umfragen spricht einiges dafür, dass er die bevorstehenden Wahlen gewinnen wird. Nach dem niederländischen Wahlsystem wird er damit zwar nicht automatisch Ministerpräsident werden – aber die nationale Debatte wird er in jedem Fall dominieren.

Um zu verstehen, wie es dazu kommen konnte, muss man Wilders' Hintergrund kennen. Geert Wilders ist das Gegenteil der Karikatur eines Niederländers. Er ist derb, laut, intolerant und alles andere als langweilig. Die blondgefärbten Haare sind weniger trivial, als man vielleicht denkt, sondern wie Trumps eigenwillige Frisur, eine Extravaganz, mit der er sich von den üblichen Technokraten und Berufspolitikern abhebt. Und genau darum geht es. Seine Anhänger wollen, dass er sich möglichst deutlich vom Mainstream unterscheidet.

Wie so viele chauvinistische Wichtigtuer in Vergangenheit und Gegenwart kommt Wilders aus einer gesellschaftlichen Randgruppe. Er wuchs auf in der südniederländischen Provinz Limburg, wo die Leute traditionell katholisch sind, oft einen Groll haben auf die liberaleren Küstenregionen und seit der Schliessung der Kohlebergwerke in den 1990ern wirtschaftlich hinterherhinken.

Aber es gibt noch einen anderen Faktor in Wilders' Geschichte, der selten Erwähnung findet. Seine Mutter ist eurasischer Abstammung. Die «Mischlinge» im ehemaligen Niederländisch-Indien (dem heutigen Indonesien), die von der weissen Oberschicht verachtet wurden, waren besonders erpicht darauf, sich von der einheimischen Bevölkerung abzuheben. Sie wollten niederländischer, also weisser sein als die Niederländer. In den 1930ern traten viele von ihnen der Partei der niederländischen Nationalsozialisten (NSB) bei. Nach dem Zweiten Weltkrieg, als die meisten in die Niederlande zogen, nachdem Präsident Sukarno sie hinausgeworfen hatte, waren die «Indos», wie sie hier genannt werden, oft äusserst konservativ und antimuslimisch gesinnt.

Weniger Marokkaner

Wilders' politische Hauptforderung, die sich auf die These stützt, dass der Islam (von 4 Prozent der Bevölkerung praktiziert) eine tödliche Bedrohung für die europäische Zivilisation darstellt, basiert also auf einem spezifischen Aspekt der niederländischen Geschichte. Alte koloniale Wunden werden nun auf Menschen projiziert, die mehrheitlich marokkanischer Herkunft sind. 2014 fragte Wilders seine Anhänger, ob sie mehr oder weniger Marokkaner im Land haben wollten. «Weniger!», lautete die Antwort. Wilders rief: «Das werden wir dann regeln.» Daraufhin wurde er wegen Anstiftung zu Rassenhass angeklagt und schuldig gesprochen, merkwürdigerweise aber nicht bestraft. Seine Verteidiger argumentierten, dass er nur von einer nationalen, nicht von einer ethnischen oder konfessionellen Gruppe gesprochen habe und daher nicht wegen Anstiftung zu Rassenhass verurteilt werden könne, aber das ging an der Sache vorbei. Die fraglichen «Marokkaner» waren niederländische Bürger. Ausserdem hat Wilders den Koran mit Hitlers «Mein Kampf» verglichen und Muslimen mit massenhafter Deportation gedroht.

Wie konnten Wilders' Dämonen so viel Anklang in einem wohlhabenden, stabilen und

tatsächlich sehr bürgerlichen Land finden? Warum sind so viele Niederländer von seiner üblen Politik überzeugt? Sicherlich, er polemisiert nicht bloss gegen Muslime, sondern auch gegen die Europäische Union. Viele Menschen,



Das Gegenteil der Karikatur eines Niederländers:

und keineswegs nur provinzielle Limburger, hat er davon überzeugt, dass «Brüssel» und der Islam die niederländische Identität bedrohen. Und aus seiner Sicht leisten die urbanen Eliten in Amsterdam, Rotterdam und Den Haag dieser Bedrohung Vorschub.

Konstruierte Sündenböcke

Diese Rhetorik erleben wir auch anderswo in Europa, nicht zuletzt in England. Die Folgen der Globalisierung, des technologischen Wandels und festgefahrener politischer Strukturen (auf der nationalen wie auf der europäischen Ebene) sind auch in den Niederlanden zu spüren. Wie andere populistische Politiker instru-

mentalisiert Wilders diverse Ängste und konstruiert Sündenböcke.

Der niederländische Fall weist aber noch eine Besonderheit auf. Zu den üblichen Klischees (Pragmatismus usw.) gehört auch, dass die Niederlande die liberalste Sozialdemokratie in Europa war. Man erinnert sich vielleicht an den Bühnensketch über die beiden schwulen Polizisten in Amsterdam, die in ihrem Streifenwagen Marihuana rauchen. Zwischen dem radikalen Liberalismus, den manche Niederländer selbstgefällig zur Schau stellen, und dem spezifischen Charakter der populistischen Reaktion besteht tatsächlich ein Zusammenhang.



Geert Wilders mit Anhängerin.

Obwohl die meisten Anhänger von Wilders provinziell und konservativ sind, beruft er sich auf die niederländische Toleranz, um damit auf Muslime einzudreschen. Der Islam sei eine Bedrohung für unsere Kultur, weil Muslime angeblich Homosexuelle hassen und Frauen nicht als Gleichberechtigte behandeln. Dass das vor nicht allzu langer Zeit auch für die meisten Niederländer galt, interessiert heutzutage nicht mehr. Wilders' Vorgänger als erfolgreicher Populist, Pim Fortuyn, der von einem fanatischen Tierschutzaktivisten ermordet wurde, war selbst ein Homosexueller, der damit angab, in den Schwulenbars von Rotterdam Sex mit marokkanischen Einwanderern zu haben.

Doch es gibt einen tieferen Grund für die Beziehung zwischen fortschrittlichen Idealen und dem heutigen Nationalismus. Vor nicht allzu langer Zeit identifizierten sich die meisten Niederländer nicht mit der Nation, sondern mit ihrer Konfession. Die Gesellschaft gründete auf den «Säulen» vertikalen sozioökonomischen Strukturen, in denen sich religiöse und politische Zugehörigkeit ausdrückten. Protestanten heirateten keine Katholiken und kauften auch nicht in Geschäften, die Katholiken gehörten. Das Leben war – von der Wiege bis zur Bahre – nach diesem Prinzip organisiert. Katholiken besuchten katholische Schulen, waren in katholischen Sportvereinen aktiv, wählten katholische Parteien, verbrachten den Lebensabend in katholischen Altersheimen und so weiter. Das Gleiche galt für die verschiedenen protestantischen Gemeinschaften, sogar für die Sozialisten. Ich selbst, der ich aus einem säkularen linken Milieu stamme, bin während meiner Jugend in Den Haag nie einem praktizierenden Calvinisten oder Katholiken begegnet. Und die einzigen Sozialisten, die ich kannte, waren Exzentriker aus der Oberschicht.

«Pseudojustiz»

In den 1960ern bröckelten diese Säulen, wie so vieles andere, was uns verstaubt und repressiv erschien. Die Kirchen leerten sich, der Einfluss der christlichen Parteien ging zurück oder verschwand. Interkonfessionelle Ehen setzten sich allmählich durch. Fortschrittlich sein hiess, an der Beseitigung der Säulen mitzuwirken.

Das war eine Befreiung, aber wie jeder soziale Wandel hatte auch diese Entwicklung unvorhergesehene Auswirkungen. Je mehr die traditionellen Werte verblassten, desto orientierungsloser fühlten sich die Menschen, zumal in konservativen ländlichen Gebieten wie Limburg. Die Monarchie und die Fussballnationalmannschaft boten einen gewissen Trost, aber das reichte natürlich nicht, sofern nicht gerade ein Länderspiel gegen Deutschland stattfand. Urbane Linksliberale, die an den europäischen Idealen festhielten und die dunklen Erinnerungen an die Besatzungszeit als Mahnung betrachteten, waren sich der Gefahren rassistischer Vorurteile deutlich bewusst. Dass ihre weniger privilegierten Landsleute nach neuer Orientierung suchten, entging ihnen.

All das kam in den 1990ern zum Ausbruch, als die «Gastarbeiter», die in den 1960ern in türkischen und marokkanischen Dörfern angeworben worden waren, keine Gäste mehr waren, sondern niederländische Staatsbürger mit grossen Familien. Ihre Anwesenheit war nicht mehr zu ignorieren. Pim Fortuyn machte sich die resultierenden Spannungen zunutze. Auch ein konservativer Politiker namens Frits Bolkestein begegnete der wachsenden Unzufriedenheit mit Verständnis. Sein Protégé und Redenschreiber in den 1990ern war ein aufstrebender junger Mann namens Geert Wilders.

2004 trennte sich Wilders von Bolkesteins konservativer Partei VVD. Er gründete eine Bewegung, die sich zum Ziel setzte, das muslimische Problem in den Niederlanden zu lösen. Aber er ging weiter als Fortuyn oder Bolkestein. Er kämpft nicht nur gegen den Islam und «Brüssel», sondern gegen das politische Establishment insgesamt. Wilders bezeichnet die unabhängige Justiz als «Pseudojustiz» und das Parlament, dem er mehrere Jahre angehört hat, als «Pseudoparlament». Das macht ihn zu einer gefährlichen Figur, vergleichbar mit dem neuen amerikanischen Präsidenten, den er bewundert. Wilders untergräbt bewusst die Legitimität von Parlament und Rechtsstaat. Natürlich muss der islamistische Extremismus ernst genommen werden. Aber ich würde behaupten, dass Wilders die grössere Gefahr für die politischen Institutionen der Niederlande darstellt – auch wenn seine Partei den Namen «Freiheitspartei» trägt. Sein Erfolg wäre ein trauriger Tag für eine der ältesten Demokratien Europas.

Ian Buruma, 65, zählt zu den erfolgreichsten Autoren der Niederlande. Er ist in Den Haag als Sohn eines Niederländers und einer Britin deutsch-jüdischer Herkunft in einem säkularen, linken Milieu aufgewachsen. Der Sinologe und Historiker arbeitete als Schauspieler, Dokumentarfilmer und Journalist. Zu seinen jüngsten Werken auf Deutsch gehören «45: Die Welt am Wendepunkt» und «Okzidentalismus: Der Westen in den Augen seiner Feinde».

Der Artikel ist zuerst im *Spectator* erschienen.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork



13. Matrioschka-Gespräch

Zum Kern der Dinge vordringen

LENIN IN ZÜRICH - WO DIE RUSSISCHE REVOLUTION GEPLANT WURDE

Referat: Professor Dr. Jörg Baberowski, Lehrstuhlinhaber für Geschichte Osteuropas, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin



Leitung: Wolfgang Koydl
Redaktor Weltwoche, Buchautor
Hotel St. Gotthard, Zürich

27. Februar 2017

Fr. 60.- / Gönner: Eintritt frei

18 Uhr: Beginn der Veranstaltung

Sprache: Deutsch

Anschliessend Apéro:

Hobelkäse-Buffer mit Züpfe

Information: +41 44 261 19 71

Anmeldung:

info@swissrussianforum.org

Medienpartner

DIE WELTWOCH

«Aberwitzige Sprünge»

Vom Pionier zum Kritiker der Energiewende: Fritz Vahrenholt sieht Deutschland und damit auch die Schweiz auf dem Weg ins Desaster.

Von Markus Schär und Maurice Kohl (Bild)

Er war einer der ersten Grünen. Der linke Chemiker Fritz Vahrenholt warnte 1978 mit seinem Buch «Seveso ist überall» vor den «tödlichen Risiken der Chemie». Er drängte 1990 als Umweltsenator der SPD die Hamburger mit einem 24-Punkte-Programm «zur Verminderung der Klimagefahren». Er baute ab 2001 das Windkraftunternehmen Repower Systems auf. Und er führte von 2008 bis 2012 die Sparte für erneuerbare Energie des Konzerns RWE.

Seit seiner Pensionierung kümmert sich der 67-jährige Manager um die Deutsche Wildtier Stiftung. Und er kämpft als Grüner für einen vernünftigen, also zurückhaltenden Einsatz von erneuerbarer Energie. Mit dem Buch «Die kalte Sonne», das er 2012 mit dem Geologen Sebastian Lüning herausgab, griff er die Uno-Klimapolitik an. Und mit einem Referat, das er vor einem Monat im britischen Unterhaus hielt, warnte er, die Energiewende sei «a disaster in the making».

Herr Vahrenholt, Sie waren einer der wichtigsten Pioniere der erneuerbaren Energie und sind jetzt einer der grössten Kritiker der Energiewende. Wie kam es dazu?

Als ich ab 2001 ein Windkraftunternehmen aufbaute, hätte ich mir diese Energiewende nie träumen lassen. Wir dachten nie an eine Versorgung, die zu neunzig Prozent auf schwankende, also nicht zuverlässige Energieträger setzt. Wir gingen immer davon aus, dass es sinnvoll ist, erneuerbare Energie zu nutzen, aber nicht, dass bei der Energieversorgung eines Industrielandes allein darauf gebaut werden sollte.

Die Energiewende von 2011 brachte also nicht das, worauf Sie hingearbeitet hatten?

Nein, ich hielt die Energiewende von Anfang an für falsch. Bei Teil eins wollte die Regierung von Bundeskanzlerin Merkel die Kernenergie durch Erneuerbare ersetzen. Wer ein bisschen etwas von der Energieversorgung verstand, der wusste schon damals, dass das nicht funktionieren kann, weil es auch in der Nacht oder bei Windstille verlässlichen Strom braucht. Aber die Regierung bringt jetzt sogar noch Teil zwei: Sie will auch aus der Kohle aussteigen. Das ist gefährlich.

Warum?

Die Stromversorgung beruht darauf, dass ein Energieträger einspringt, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht

weht. Und das kann gegenwärtig nur ein konventionelles Kraftwerk sein.

Die Leute stöhnen wegen der Strompreise, die Wirtschaft warnt vor dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit. Trotzdem zieht Kanzlerin Merkel das durch. Ist alles gar nicht so schlimm?

Na ja, die Belastung der Bürger ist extrem hoch. Wir verteilen ja von unten nach oben, zu jenen, die sich ein Solardach oder eine Windkraftanlage mit gesicherter Rendite leisten können. Dafür bezahlen die Mieter, vor allem die sozial schwachen, mit ihrer Stromrechnung – das grösste Umverteilungsprogramm, das es in der Sozialgeschichte Deutschlands je gegeben hat. Aber die Belastung schmerzt noch nicht so sehr. Eine Kilowattstunde kostet 29 Cent; da steckt so viel an Steuern und Abgaben drin, dass es auf die 6,88 Cent für die Erneuerbaren auch nicht mehr ankommt. Deutschland geht es gut, somit können das viele verschmerzen. Und die Regierung redet den Leuten ja ein, dass wir das machen müssen, um die Welt vor der Klimakatastrophe zu retten.

Muss die Kanzlerin die Warnungen der Wirtschaft nicht ernst nehmen?

Der Motor der deutschen Wirtschaft sind die mittelständischen Betriebe. Viele der Elektrotechnik- und Maschinenbauunternehmen, die wir noch haben, werden zur Kasse gebeten; die Ausgaben für Strom fallen bei ihren Kosten aber noch nicht ins Gewicht. Und jene Unternehmen, die sofort pleite wären, wenn

«Wir können uns den Ausstieg aus der Kohle nicht leisten – egal, was wir in Paris unterschrieben haben.»

sie für die Kilowattstunde 6,88 Cent mehr bezahlen müssten, sind von der Abgabe befreit. Weil der Strompreis wegen des Überangebots der Windkraftanlagen zusammengebrochen ist, zahlt die Grundstoffindustrie so wenig wie nie in den letzten zwanzig Jahren – das ist das Verrückte an diesem System. Darum kommt so wenig Widerstand aus der Wirtschaft.

Sie muss sich doch nicht nur wegen der Betriebskosten sorgen, sondern vor allem wegen der Versorgungssicherheit.

Ja, es geht noch gut, weil unser Netz – wie Ihres in der Schweiz – *over-engineered* ist: Wir haben Gürtel und Hosenträger. Und wir

können bisher Blackouts vermeiden, indem wir den überschüssigen Strom aus den Windkraftanlagen den Nachbarn vor die Türe schütten.

Drohen uns tatsächlich Blackouts?

Das Risiko steigt, denn der dringend nötige Netzausbau findet nicht statt. Früher war jedes Kraftwerk mehrfach mit den Abnehmern verbunden. Jetzt erzeugen wir den Strom im Norden, verbrauchen ihn aber vorwiegend im Süden, und die Transportleitungen gibt es nicht. Wenn wir sie bauen wollen, dann wehren sich dieselben Bürger, die jetzt aus der Kohle aussteigen möchten, gegen die Verschandelung der Landschaft.

Was dann?

Wir müssen die Leitungen einbuddeln, aber das führt zu neuen Diskussionen. Man muss die Leitungen auf sechzehn Meter Breite von jedem Bewuchs freihalten; so wird sich eine Todeszone durch Deutschland, auch durch Biotope fressen. Und man hat so was noch nirgendwo auf der Welt gemacht. Das Netz wird achtmal so teuer und erst fünf Jahre nach dem Abstellen des letzten Kernkraftwerks fertig sein. Ab 2022 können wir also bei jedem Starkwind nur noch beten.

Wie kommt Kanzlerin Merkel da wieder raus?

Da kommt sie nicht mehr raus. Ich glaube aber auch nicht, dass sie dann noch Kanzlerin ist. Kein anderes Land dachte an eine solche Energiewende, wir machten sie an einem Wochenende.

Doch, die Schweiz zieht die Energiewende auch seit sechs Jahren durch.

Aber nicht so idiotisch wie wir – dass Sie jedes Jahr ein, zwei Kernkraftwerke abstellen. **Was würden denn Sie als Bundeskanzler machen?**

Die Debatte über die Kernenergie ist durch, niemand in Deutschland will sie noch reanimieren. Aber wer sieht, dass das ein Fehler war, muss nicht den nächsten Fehler machen. Wir müssen nicht auch noch beim CO₂-Ausstoss die Weltmeister sein, also auf die Kohle verzichten. Das Energiehaus der Zukunft sollte getragen sein von den Pfeilern Kernenergie, Kohle und Erneuerbare, dazu vom vierten Pfeiler Effizienz. Den ersten Pfeiler hat man weggeschlagen, den zweiten schlägt man jetzt weg, und der dritte trägt nicht. Ich würde deshalb als Kanzler sagen: «Wir können uns den Ausstieg aus der Kohle nicht leisten» – egal, was wir in



«Wir wissen nicht, was auf der Sonne geschieht»: Fritz Vahrenholt.

Paris unterschrieben haben. Die meisten Nationen kümmern sich ja auch nicht darum. **Immerhin haben alle Uno-Mitglieder das Klimaabkommen unterzeichnet.**

Die Chinesen lachen sich doch einen ab. Sie haben das Abkommen unterschrieben, sich aber zu nichts verpflichtet. Im Gegenteil: Sie können bis 2035 ihre Emissionen

noch dramatisch steigern. Was die Deutschen bis 2020 durch das Stilllegen von Kohlekraftwerken sparen, machen die Chinesen in drei Monaten wett.

Und was würden Sie als Chef eines Stromkonzerns machen?

Die Konzerne haben einerseits gesicherte Einkünfte dank den Investitionen in Erneuerbare.

Da herrscht Planwirtschaft, man kann ohne Risiko Kasse machen. Und sie haben andererseits konventionelle Kraftwerke, die sie von Gesetzes wegen betreiben müssen. Das lohnt sich nicht mehr; die Kraftwerke bekommen deshalb die Betriebskosten ersetzt, aber sie können keinen Gewinn mehr machen. Das ist, wie wenn ich einem Taxifahrer

«Die Energiewende lebt von der Ausbeutung und Entwertung der bestehenden Energieversorger.»

sagen würde: «Ich zahle für das Benzin, das Auto kostet dich ja nichts mehr.» Das heisst: Die Energiewende lebt von der Ausbeutung und Entwertung der bestehenden Energieversorger. An ihrer Stelle würde ich also ebenfalls in Erneuerbare investieren, mich aber auch dafür engagieren, dass ihre Leistungen für die Versorgungssicherheit vergütet werden: Wenn sie ihre nach marktwirtschaftlicher Rechnung unrentablen Werke abschalten würden, brähe das System in dieser Sekunde zusammen.

Die Schweiz leidet auch unter der deutschen Energiewende.

Die Nachbarn leiden alle mit. Ihre Investitionen rentieren nicht mehr, weil wir sie mit unserem Strom überschwemmen. Das ist ja nicht das erste Mal, dass wir Europa vor einem Alleingang nicht fragten.

Was halten Sie von der Energiewende auf Schweizer Art?

Sie haben günstigere Bedingungen als wir, dank Ihren Speicherseen. Aber Sie dürfen sich nicht selbst betrügen: Das Speichern kostet auch etwas; jede Kilowattstunde Flatterstrom, die zur falschen Zeit entsteht, geht ins Geld. Die Kosten für die Erzeugung, fünf bis acht Cent, verdoppeln sich durch die Speicherung. Sie müssen sich in der Schweiz deshalb Zeit kaufen, um den Umbau vernünftig zu machen. Das geht, indem Sie sich über die Laufzeit der Kernkraftwerke verständigen, sich also fragen: «Wie viele Gaskraftwerke wollen wir uns leisten?»

Die Anhänger der Energiewende lehnen auch Gaskraftwerke ab.

Ich kann nicht die Arbeit Ihrer Umweltministerin machen. Ich kann ihr nur sagen: So, wie sie die Energiewende plant, wird sie nicht funktionieren – oder nur mit sehr, sehr hohen Kosten und einem naturzerstörenden Landschaftsverbrauch. Vergessen Sie nicht: Wir wollen in Deutschland die Windkapazität verdreifachen. Wenn wir das tun, dann steht da im Durchschnitt alle 2,7 Kilometer eine Windturbine.

Christoph Blocher meint, die Schweiz müsste wegen der Verletzung von Völkerrecht der WTO und des Freihandelsabkommens mit der EU gegen Deutschland klagen. >>>

Ich würde den einfacheren Weg gehen, wie es die Polen machen: Sie bauen an der Grenze Phasenschieber, die den Strom von der deutschen Seite zurückweisen können, übrigens mit Erlaubnis der EU. Das könnten Sie auch machen. Wenn es alle Nachbarn tun, muss Deutschland Farbe bekennen. Wir exportieren 50 Terawattstunden, also 50 Millionen Megawattstunden, und zwar immer dann, wenn uns der Windstrom aus den Ohren kommt. Insgesamt produzieren wir 85 Terawattstunden mit Wind. Schon diese Zahlen zeigen, wie absurd diese Politik ist. Wir erzeugen Windstrom für den Export und verhökern ihn für einen Cent oder sogar zu Negativpreisen, bezahlen aber neun Cent dafür.

Grüne Politiker aller Parteien in der Schweiz sagen, die Deutschen müssten einfach ihre Dreckschleudern abstellen, dann sei das Problem gelöst.

Quatsch.

Weshalb?

Herr Trittin von den deutschen Grünen sagt das auch; er behauptet, der Kohlestrom verstopfe das Netz. Das ist Blödsinn. Die Erneuerbaren haben jederzeit Vorrang, aber leider auch einen schweren strukturellen Nachteil: Sie können nicht innert Sekunden reagieren. Diese Leute haben den Bezug zur Lebenswirklichkeit verloren. In der realen Welt wird in jedem Moment etwas hoch- oder runtergefahren: Im Basler Fussballstadion gehen die Lichter an, im Zürcher Hauptbahnhof fährt ein ICE ab. Das braucht zig Megawatt; das Netz gibt deshalb über die Änderung der Frequenz einem Kraftwerk das Signal: «Hier wird jetzt Strom gebraucht, und zwar in einer Millisekunde.» Darum können wir nicht auf die konventionellen Kraftwerke verzichten. Eine Faustregel sagt: Zwanzig Prozent der Last müssen mit solcher sich selbst regelnder Generatorleistung vorgehalten werden. Diese sogenannte Sekundenreserve beträgt in Deutschland 20 000 Megawatt. Die Schweizer Versorger lassen also ihre Werke nicht laufen, weil sie die Kernenergie lieben, sondern weil sie wissen, dass sonst das Netz zusammenbricht.

Immerhin haben die Grünen doch recht, wenn sie sagen, der Kohlestrom sei zu billig, weil die externen Kosten nicht eingepreist sind.

Was meinen Sie mit den externen Kosten? Dass wegen des CO₂-Ausstosses die Klimakatastrophe droht.

Es gibt ja das System mit den Emissionszertifikaten; es löst dieses Problem bis 2020.

Aber die Zertifikate sind zu billig!

Was ist denn das für eine Politik, die findet, ein System müsse teuer sein, damit es erfolgreich ist? Wir erreichen alle Ziele, und



«Marktwirtschaftlicher Ansatz»: Vahrenholt.

zwar zu einem Preis von 5 Euro pro Tonne CO₂. Und wenn wir mit 5 Euro zwanzig Prozent Reduktion erzielen, dann können wir mit 7 oder 10 Euro auch dreissig Prozent anstreben. Das ist für mich vernünftig, ein marktwirtschaftlicher Ansatz.

Heisst das, dass die Klimapolitik erfolgreich ist?

Die Emissionszertifikate sind es; so lässt sich das CO₂ dort einsparen, wo es am meisten bringt. Das ist für mich vernünftiger als das, was das Pariser Abkommen fest schreibt: Alle Industrieländer reduzieren den CO₂-Ausstoss um zwanzig oder dreissig Prozent. Das führt zu einer Weltplanwirtschaft, dabei stossen China oder Indien immer noch mehr CO₂ aus. Stattdessen sollten wir das europäische System auf alle Länder ausweiten, so dass eine Tonne CO₂ überall einen durch den Markt bestimmten Preis hat.

Sie zweifeln ohnehin an der Klimapolitik der Uno.

Ja, dieses Abkommen wird seine Feuertaupe zu bestehen haben, wenn die Temperaturen nicht ansteigen wie prognostiziert. Dann fragen sich die Leute nicht nur in Deutschland und in der Schweiz, sondern überall: «Wofür machen wir das eigentlich?» Bisher verlässt sich die Politik auf Klimaforscher mit Modellen, die die Klimaentwicklung der Vergangenheit nicht nachbilden und jene der Zukunft nicht voraussagen können.

Sie sagten vor fünf Jahren in Ihrem Buch «Die kalte Sonne» wegen der schwachen Sonnenaktivität eine Abkühlung voraus. Wir erlebten aber seither einige der wärmsten Jahre.

Wir stützten uns in unserem Buch nicht nur auf die Sonnenaktivität, sondern auch auf die

Ozeanströmungen. Und Sie dürfen nicht vergessen: Das System ist träge, wir müssen mit Verzögerungen um Jahrzehnte rechnen. Von 1950 bis 2000 gab es eine Phase der stärksten Sonnenaktivität seit über tausend Jahren; das wirkte sich mit einem Verzug von zehn bis zwanzig Jahren aus. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie lange es dauert, um den Temperaturentrend bei schwacher Sonnenaktivität umzukehren. Ich weiss nur: Es ist sicherlich nicht korrekt, wenn die Forscher des Weltklimarates und alle, die ihnen an den Lippen hängen, den Einfluss der Sonne mit null bewerten.

Was erwarten Sie denn?

Wir wissen nicht, was auf der Sonne geschieht; das konnte noch niemand berechnen. Aber wenn die Sonne weiter schwächelt, werden wir es bei den Temperaturen sehen. Wir können nur feststellen: In der Vergangenheit spielte das CO₂ keine Rolle – die Konzentration erhöhte sich jeweils nach einem Temperaturanstieg, nicht vorher. Es gab schon immer erhebliche Schwankungen auch ohne den Einfluss des CO₂, so etwa in der mittelalterlichen Warmzeit. Warum sollte das jetzt anders sein?

Sind Sie also ein Klimaleugner?

Nein, ich würde niemals behaupten, dass CO₂ überhaupt keine Wirkung habe. Wissenschaftlich lässt sich nachweisen, dass es den Treibhauseffekt gibt. Aber gemäss neuen Studien erhöht sich die Temperatur bei einer Verdoppelung des CO₂-Anteils um 1,3 Grad. Wenn es dabei bleibt, dann können

«Die Politik verlässt sich auf Forscher, die die Entwicklung der Zukunft nicht voraussagen können.»

wir uns alle zurücklehnen und müssen nicht in Panik verfallen. Wir können die Energieversorgung in diesem Jahrhundert in aller Ruhe umbauen.

Glauben Sie wirklich, dass sich an der Klimapolitik etwas ändert?

Die Wissenschaftler sind ja keine verschworene Gemeinschaft, sondern einzelne beginnen zu zweifeln. Es gibt zwar Hardliner, auch einige bei Ihnen in der Schweiz. Aber andere wie Hans von Storch sagen: «Wenn bis 2020 die Temperaturen nicht deutlich steigen, liegen wir mit unseren Modellen falsch.»

Wie sieht die Energielandschaft in zwanzig Jahren aus?

Das hätte ich Ihnen vor zwanzig Jahren noch sagen können: ein Drittel Kernenergie, ein Drittel fossile, ein Drittel erneuerbare Energie. Jetzt kann ich es nicht mehr sagen; wir haben ja gelernt, welche aberwitzigen Sprünge die Politik machen kann. Ich weiss nur eines: Die Suppe, die wir uns eingebrockt haben, müssen wir jahrzehntelang auslöffeln. ○

Liebesgrüsse nach Moskau

Mit Unterstützung des Schauspielers Gérard Depardieu wagt sich der Walliser Weinproduzent Château Constellation auf den russischen Markt. Ein gewagtes Unterfangen. *Von Alex Baur*

Der schwarze Bentley mit dem Gast aus Russland traf, wie es sich für einen Star gehört, mit einer Stunde Verspätung ein. Ihn traf allerdings keine Schuld, es lag am ungünstigen Wetter über dem Flugplatz von Sion. Als er seinen kolossalen Körper aus der Limousine wuchtete, schwanden letzte Zweifel. Gérard Depardieu ist auch im persönlichen Umgang so, wie man ihn von der Leinwand (als Obelix) und neuerdings von Netflix (in der Serie «Marseille») her kennt: ein bisweilen grobschlächtiger, aber stets liebenswürdiger und geselliger Kumpel. «Gégé» halt, wie in die Franzosen liebevoll nennen.

Vierzehn Flaschen und eine Ersatzleber

Gewiss, er war auch immer gut für Skandale und Randalen. Viel zu reden gibt seine Freundschaft mit Wladimir Putin. Nach der Einführung der Reichensteuer in Frankreich – bei einem Satz von 75 Prozent könnte man auch von Enteignung sprechen – verlegte er 2012 seinen Wohnsitz unter lautem Protest nach Russland; Putin schenkte ihm umgehend den russischen Pass.

Vierzehn Flaschen Wein schaffe er locker pro Tag, prahlte Depardieu in Interviews, und das, obwohl man ihm bereits 2004 die Leber ausgewechselt hatte. Er kann es sich leisten. Depardieu gehört zu den wenigen europäischen Schauspielern, die es zu Weltruhm geschafft haben. 170 Filme hat der mittlerweile 68-jährige gedreht, im Jahresrhythmus kommen jeweils zwei neue dazu. Und er denkt nicht ans Aufhören. Das soll ihm erst einer nachmachen.

Nebenbei betreibt Depardieu eine Gourmetkette und vierzehn Weingüter in Frankreich, im Maghreb, auf der Krim und in Argentinien. Hier lag der Grund für seine Visite im Wallis, genauer: bei der Weinkellerei Château Constellation S.A. in Sion. Auf dem Programm stand die Wahl des Spitzenweins Constellation vom Jahrgang 2015 samt passender Etikette. Die Jury: ein Dutzend handverlesene Connaisseurs unter der Leitung von Gérard Depardieu.

Wein statt Wodka

Wenn man Depardieu beim Nippen an den Gläsern beobachtete und beim Fachsimpeln zuhörte, wurde auch klar: Da ist kein massloser Säufer am Werk, als den er sich gerne gibt, sondern ein Mann, der genau weiss, was er tut – und was ein guter Wein ist. Zugegen waren auch ein halbes Dutzend Journalisten und Weinhändler aus Russland. Denn in Russland wollen die Walliser einen neuen Markt eröffnen – mit Depardieu als Aushängeschild.

Es ist ein ziemlich verwegenes Unterfangen. Die Schweiz exportiert bislang gerade mal ein bis zwei Prozent ihrer Weinproduktion ins Ausland, so gut wie nichts also. Und die Russen trinken bekanntlich lieber Wodka. Lässt sich mit Depardieu dieser Bann brechen? Es wäre ein genialer Coup, ein gewagter allerdings.

Seit dem Fall der Importschranken haben die Schweizer Weine qualitativ gewaltig aufgeholt. Wenn Konkurrenz herrscht, müssen die Konsumenten nicht mehr jeden Fusel kaufen. Alte Spezialitäten wurden reanimiert. Im Wallis herrscht ein ähnliches Klima – viel Sonne, wenig Regen – wie in den besten französischen Weingegenden. In Russland wächst derweil eine Mittelschicht heran, die einen guten Wein zu schätzen beginnt.

Constellation ist eine junge Marke, aber sie kann auf eine uralte Tradition bauen. Seit der Römerzeit werden im Wallis Reben angebaut. Autochthone Sorten, aber auch die steilen Hanglagen und kargen Böden – eine charakterstarke Traube müsse immer etwas leiden, lautet eine alte Weinbauernweisheit – sorgen für unverkennbare Aromen. Die Château Constellation S.A. hat überdies den Önologen Michel Rolland als Berater an Bord geholt, den französischen Wein-Guru schlechthin. Bei der Wahl des Constellation 2015 liess sich Rolland durch Steve Blaise vertreten, eine ebenfalls bekannte Grösse unter Liebhabern.

Gespart wurde auch nicht bei der Etikette – beim Verkauf ein nicht minder wichtiges, wenn nicht sogar das wichtigste Argument. Seit 2009 wird sie jeweils von arrivierten Künstlern wie Alois Lichtsteiner, Roger Pfund oder Nicolas Imhof entworfen. Das diesjährige Sujet kreierte Sergio Marfil, der sich in der Uhrenbranche mit Zifferblättern der Luxusklassen einen Namen gemacht hat. In der breiten Öffentlichkeit ist Marfil zwar kaum bekannt. Doch die Schweizer Uhr muss man keinem Russen erklären – jeder kennt sie, sie steht für Qualität und Luxus. Vielleicht könnte die famose Uhr eine Brücke für den bislang im Ausland unbekanntem Schweizer Wein bilden.

Den Westschweizer Markt aufgemischt

Die Château Constellation S.A. wurde ursprünglich vom Weinhändler Dominique Giroud gegründet. Der Mann hat den Westschweizer Markt gewaltig aufgemischt und schon für viel Aufregung gesorgt. Als erster Walliser hatte er es gewagt, in die Waadt zu expandieren. Die Konkurrenz reagierte scharf und warf ihm Panscherei vor. Dieser im Weingeschäft tödliche Verdacht ist zwar längst rechtskräftig widerlegt, doch allein die Gerüchte kosteten ihn beinahe Kopf und Kragen.

Giroud zog sich darauf aus dem Tagesgeschäft zurück, das Russlandprojekt trägt indes unverkennbar seine Handschrift. Es sei ungemein schwierig, im russischen Weingeschäft Fuss zu fassen, erklärt Gérard Depardieu im persönlichen Gespräch mit der *Weltwoche*, der Markt werde von armenischen Gruppen kontrolliert und abgeschottet. Vielleicht war Girouds Waadtland-Abenteuer bloss die Generalprobe für ein viel grösseres Unterfangen. ○



Obelix' Zaubertrank: Kinostar Depardieu im Wallis.



Menschliche Wärme und cineastischer Anspruch: Filmproduzent Cohn (M.) mit Mirka und Roger Federer, 11. Februar 2017.



Ikone der Woche

Im Wunderland

Von Wolfram Knorr

Am Vorabend der Oscar-Verleihung 1971 nahm Liv Ullmann an einem Empfang teil, bei dem sie, nach eigenen Worten, «einsam in einer Ecke rumstand». Nur einer bemühte sich um sie, und bei dem bestellte sie einen Drink. Sie hielt ihn für einen netten Kellner. Am nächsten Abend zur Verleihung traute sie ihren Augen nicht: Nicht sie gewann einen Oscar für ihre Rolle in Jan Troells «Emigranten», sondern jener, der so nett war, ihr einen Drink zu bringen. Es war Arthur Cohn, für den besten Auslandsfilm «Der Garten der Finzi Contini». Damit begann eine jener Freundschaften, die zu einem besonderen Merkmal des Basler Filmproduzenten Arthur Cohn wurden. Erst kürzlich feierte der gerade neunzig Jahre alt gewordene Jubilar die Weltpremiere seines jüngsten Films «The Etruscan Smile» in Basel mit vielen seiner internationalen Freunde. Die Betonung auf Basel ist wichtig, weil Cohn zu der eher seltenen Spezies von Filmproduzenten gehört, die in der Welt des internationalen und besonders amerikanischen Kinos zu Hause ist, aber zugleich nie ihre Wurzeln vernachlässigt. Neben der grossen urbanen Welt vergass er nie ihre Nähe. Man darf mit der «Nähe» nicht vergilbte Heimatdecoration assoziieren. Nähe bedeutete für ihn immer Sicherheit, die ihn bei seinen permanenten Trips in die Glamourzone nie abheben, verlieren liess im verführerischen Wunderland der schönen Träume.

Besondere Mischung aus «klein» und «gross»

Da muss man mit ihm nicht in der Basler «Kunsthalle», seinem Stammlokal, sitzen und seinen zahlreichen Geschichten lauschen, um diese Erfahrung zu machen. Seine Filme legen dafür intensiv Zeugnis ab. Sie sind eine besondere Mischung aus «klein» und «gross», aus entspannter Erzähllust und cineastischem Anspruch. In ihnen ist die «Nähe» immer ganz konkret und atmet zugleich Welt. Man könnte auch sagen: Weil die Welt so blutig und schrecklich ist, hat der Mensch auch ein Recht, ihre Wunder neu zu erfahren, ihre eigene Schönheit, Dasein in seiner Tiefe, aus dem Leben sich speist. Cohn gelang das mit seinem reichen Œuvre aus Spiel- und Dokfilmen. Der Preisträger von sechs Oscars und anderen Auszeichnungen und Ehrungen denkt nicht ans Aufhören. In einem Interview erzählte er mal, dass er eigentlich Autor werden wollte und dem Präsidenten von Warner Brothers ein Drehbuch mit dem Titel «Am Leben vorbei» schickte, der ihm daraufhin zurückschrieb: «Am Film vorbei.» Eine Kränkung, die ihn Produzent werden liess – einen der gradlinigsten.



Botschafter der Herzen: Calimeros-Frontmann Roland Eberhart beim Auftritt und mit Fans im deutschen Ahlen.

Unterhaltung

KMU der guten Laune

Knapp 40 Jahre nach der Gründung gelang den Calimeros der Durchbruch auf dem millionenschweren deutschen Markt. Das Schweizer Trio gehört heute zu den beliebtesten Bands der Schlagerwelt. Eine Geschichte so traumhaft wie ein Calimeros-Lied. *Von Rico Bandle*

Wenn man auf das Glück nicht wartet, dann ist es auf einmal da.

(Aus: «So wie ein Blitz ins Herz», 2009)

Es war ein denkwürdiger Anblick. In den Top Ten der deutschen Album-Hitparade figurierten wie üblich lauter internationale Superstars: Eric Clapton (Platz 10), Mark Forster (9), Udo Lindenberg (7), die Red Hot Chili Peppers (4). Auf Rang zwei allerdings stach ein Name heraus: Calimeros. Die Schlager-Combo aus Uetendorf im Kanton Bern hatte es im Juli letzten Jahres mit dem Album «Schiff ahoi»

ganz nach oben geschafft, bloss das deutsche Rap-Duo «257ers» lag noch vor ihr.

Seit vierzig Jahren stehen die Calimeros auf der Bühne. Die ersten 35 Jahre fast ausschliesslich in der Schweiz. Eine Dreiviertelmillion Tonträger verkaufte die Berner Band bis 2013 und schien damit alles erreicht zu haben, was im hiesigen Musikgeschäft möglich war. Doch dann, völlig unerwartet, setzten die Altmeister des hiesigen Schlagers auf dem gigantischen deutschen Markt zu einem Höhenflug an. Die vorletzte CD, «Sommersehnsucht», schaffte es gleich auf Platz vier der deutschen

Hitparade, die letzte, «Schiff ahoi», auf Platz zwei.

Die Calimeros gehören heute zu den Topstars des boomenden Schlagergeschäfts. Gemäss der deutschen Boulevardzeitung *Bild* hat die Band um Roland Eberhart ein Vermögen von etwa sechzehn Millionen Franken erspielt.

Tritt das Trio irgendwo in Deutschland auf, ist der Saal garantiert voll. So auch letzten Sonntag in der Stadthalle Ahlen, einer Gemeinde mit 50 000 Einwohnern am östlichen Rand des Ruhrgebiets. Unter dem Titel «Die



grosse Schlager-Hitparade» treten die Calimeros gemeinsam mit Legenden wie G. G. Anderson oder Andrea Jürgens auf. Die Zuschauer sind grösstenteils über sechzig, einige halten sich nur noch mit Mühe auf den Beinen – doch in ihrer Begeisterungsfähigkeit unterscheiden sie sich nicht von Teenagern an einem Justin-Bieber-Konzert.

Im Hauptquartier des Schlagerwunders

Der Moderator kündigt die Calimeros als «Botschafter der Herzen» an: Eine halbe Stunde lang gehört die Bühne nun den Schweizern. Kaum ist das Scheinwerferlicht auf Eberhart gerichtet, lässt der Sechzigjährige in perfektem Hochdeutsch seinen Charme spielen. «Ich sehe lauter schöne Leute», sagt er. Die Musik startet, der Saal klatscht im Rhythmus mit. Eberhart übernimmt die Rolle des Animators, fordert die Menge je nach Lied dazu auf, beim Refrain zu winken, aufzustehen oder hin- und herzuschunkeln. Dabei spricht er das Publi-

kum stets mit «Meine lieben Freunde» an. Die Leute saugen seine Worte auf, befolgen freudig jede seiner Anweisungen. Hält er das Mikrofon nach vorne, so singt ein mehrhundertköpfiger Chor zum Refrain des gleichnamigen Lieds: «Du bist fantastisch!» Eberharts zwei Mitmusiker, Christian Antonius Müller am Keyboard und Andy Rynert an der Gitarre, halten sich freundlich lächelnd im Hintergrund.

In der Pause und nach dem Konzert mischt sich das Trio unter die Menge, verkauft und signiert Fan-Artikel und CDs. Es bildet sich ein riesiger Pulk um sie, jeder will ein Foto schiessen, jeder eine Unterschrift ergattern.

*Manchmal glaub' ich zu fliegen
wie ein Vogel im Wind.*

(Aus: «Manchmal werden Träume wahr», 2014)

Der späte, aber rasante Aufstieg der Calimeros zu einer der beliebtesten Musikgruppen im deutschsprachigen Raum mit bislang 1,2 Mil-

lionen verkaufter Tonträger erfolgte fast unbemerkt von den klassischen Medien – und ist in seiner Dimension einzigartig in der Schweizer Musikgeschichte.

Hauptquartier dieses Schlagerwunders liegt im Gewerbequartier in Uetendorf bei Thun,

Der Aufstieg erfolgte fast unbemerkt von den klassischen Medien und ist einzigartig.

nahe der Autobahneinfahrt. Calimeros-Mitbegründer Roland Eberhart hat in einem unwirtschaftlichen Gebäudekomplex drei Räume gemietet. Einer dient als Studio, einer als Büro, einer als Sitzungszimmer. An den Wänden hängen alte Calimeros-Poster sowie unzählige eingerahmte Platin-, goldene und silberne Schallplatten und CDs. Weitere Auszeichnungen in Edelmetall stehen am Boden gegen einen Schrank gelehnt – der Erfolg der Calimeros ist grösser als der Platz

an der Wand. Von hier aus steuern Eberhart und seine Lebenspartnerin Sandra Eichenberger das zu einem kleinen Imperium gewachsene KMU der guten Laune: ein Unternehmen mit Millionenumsatz, zu dem neben CDs und Konzerten auch Merchandising-Artikel (DVDs, Jacken, Halstücher, Tassen, Feuerzeuge etc.), Fanreisen, Kreuzfahrten, ein eigenes Open-Air-Festival und vieles mehr gehören.

Begonnen hatte alles 1976 am Unterhaltungsabend des Eishockeyklubs SC Uetendorf. Goalie Kurt Wyss hatte seine Handorgel mitgebracht, Verteidiger Roland Eberhart seine Gitarre. Zusammen sangen sie das eigens komponierte Lied «Hockey für us i jedem Winter». Der Auftritt machte ihnen dermassen Spass, dass sie sich entschlossen, weiterzumachen. Zweimal pro Woche trafen sie sich fortan mit drei Mitstreitern im Zivilschutzraum des örtlichen Schulhauses. Den Bandnamen entliehen sie dem damals populären Zeichentrick-Küken mit der Eierschale auf dem Kopf, er sei aber auch an das griechische Wort *kaliméra* (Guten Tag) angelehnt, erklärt Eberhart.

Ihr grösster Erfolg

1978 hatten die Calimeros ihren ersten offiziellen Auftritt an einer Pfadfinderversammlung. Die Unterhaltungsband spielte alles, was auf den Tanzböden gerade en vogue war: Boney M., Creedence Clearwater Revival (CCR), manchmal auch etwas von Elvis. Dazu Stimmungslieder, Walzer und Polka. Eberharts Leidenschaft lag jedoch beim deutschen Schlager: Peter Alexander, Peter Maffay und vor allem die Flippers. Die Calimeros traten an Hochzeiten und Geburtstagsfesten auf, bald auch an grösseren Anlässen in Festzelten und Mehrzweckhallen der Region.

Im Frühling 1979 schrieb Eberhart sein erstes eigenes Lied – es war der Beginn einer endlos sprudelnden Hitproduktion. Über tausend Songs hat Eberhart bis heute komponiert, die meisten für die Calimeros, aber auch einige für Schlagergrössen wie Andy Borg oder die Amigos. Sein drittes Lied hiess: «Du bist wie die Sterne so schön». Es sollte der grösste Erfolg der Band werden, so etwas wie die Calimeros-Hymne, die bis heute bei jedem Konzert dazugehört.

Im Winter 1982/83 nahm die Gruppe mit «Sommerwind» ihren ersten Tonträger mit zwölf Eigenkompositionen auf. Vorgesehen war eine Auflage von tausend Mu-

sikkassetten für den Verkauf an den Konzerten. Etwa einen Monat nach der Veröffentlichung hörte Eberhart erstmals aus einem fremden Auto seine Musik. «Das war ein ganz spezieller Augenblick», sagt er. Kurz darauf

«Das Radio boykottierte uns, im «Nachtexpress» aber wurden wir ständig gewünscht.»

wurde «Du bist wie die Sterne so schön» erstmals im legendären Wunschprogramm «Nachtexpress» auf Radio DRS verlangt. Plötzlich explodierten die Verkaufszahlen. «Das Radio boykottierte uns, im «Nachtexpress» aber wurden wir ständig gewünscht».

Die Calimeros waren nicht mehr aufzuhalten. «Sommerwind» erreichte Goldstatus für 25 000 verkaufte Exemplare. In der Folge veröffentlichte das Quintett aus Uetendorf jedes Jahr mindestens eine neue Platte – zwölf

Gold- und fünf Platinauszeichnungen waren die beispiellose Bilanz bis in die 1990er Jahre. Was sich bei allem Erfolg nicht änderte: Das Radio weigerte sich weiterhin, die Calimeros zu spielen. In der Hitparade auf DRS 3 übersprang der Moderator jeweils die Calimeros-Lieder, als seien sie nicht da.

Dieser Traum

wird nie zu Ende geh'n.

(Aus: «Sommersehnsucht», 2015)

Die Musik auf «Sommerwind» entsprach schon ziemlich genau dem, was die Calimeros heute noch ausmacht. Die Lieder basieren alle auf dem im Schlager typischen Sechachteltakt. Zwei Gitarren geben den Ton an, auf die sonst verbreiteten Bläser wird meistens verzichtet. Eberharts Kompositionen bestehen oft nur aus drei Akkorden, vorzugsweise in Dur, hinzu kommt eine süffige Melodie und ein samtweicher, mehrstimmiger Hintergrundchor sowie – ganz wichtig – ein Text über Liebe, Palmenstrand und Sonnenuntergang. Das Keyboard, das Schlager-Allzweckinstrument, kam erst Jahre später hinzu.

Der Calimeros-Sound ist sanfter und etwas langsamer als jener von modernen Schlagervertreterinnen wie Helene Fischer oder Beatrice Egli. Stilmässig erinnert die Band heute noch an die 1970er Jahre, auch wenn mittlerweile bei den Liedern, dem Zeitgeist entsprechend, eine dominante Schlagzeuglinie, manchmal auch ein Bass den Rhythmus in aller Deutlichkeit vorgeben. Auf jeden Taktschlag kommt eine Silbe – es gibt keine Irritationen, keine unerwarteten Wendungen, weder musikalisch noch inhaltlich. Für Anhänger anderer Genres mag dies monoton erscheinen, für die Calimeros-Fans sind Stabilität und Zuverlässigkeit ein entscheidender Faktor.

«Klar, unsere Musik ist sehr einfach, aber das ist nichts Abwertendes», sagt Eberhart, «die meisten Welthits sind einfach und deshalb eingängig.» Seine Kompositionen, so etwas wie vertonte Sonnenuntergangs-Poster, dienen nur einem Zweck: dem Publikum Glück und Wärme zu vermitteln, sie vielleicht auch zum Schunkeln oder zum Tanz zu animieren. «Das Komplizierte überlasse ich gerne andern», sagt er. Nur einmal, nach dem Tsunami im Indischen Ozean 2004, habe er ein trauriges Lied geschrieben. «Ich



Jedes Jahr eine neue Platte: Calimeros bei ihrem ersten Auftritt, 1978.



Plötzlich explodierten die Verkaufszahlen: mit neuem Bandbus, 1985.

habe es nicht veröffentlicht, ob-
schon es gut war. Aber das hätte
nicht zu uns gepasst.»

Es ist eine Welt ohne Zwischen-
töne, ohne Zynismus und ohne ver-
steckte Botschaft. Alles ist auf die
Träume und Sehnsüchte einfacher
Menschen ausgerichtet: Ferien im
warmen Süden, zärtliche Stunden
mit einem schönen Mädchen. An-
ders als im volkstümlichen Schlag-
er liegt das Glück nicht hier in der
nahen Heimat, sondern im fernen
Paradies.

Erst recht sympathisch

Eberhart erzählt, dass er ständig
Begriffe notiere, die sich für ein
Lied eignen könnten. So habe er
zum Beispiel im Autoradio von
«St. Petersburg» gehört. «Daraus
entstand dann der Song «Die
weissen Nächte von St. Peters-
burg»». Dass er selbst noch nie in
der russischen Stadt gewesen ist,
spielt dabei keine Rolle.

Der oft gehörte Vorwurf, hier
werde einem wenig gebildeten
Publikum etwas vorgemacht –
der Heile-Welt-Sound sei bloss
geheuchelt –, ist falsch und zeugt
von Arroganz. Zumindest bei
Roland Eberhart. Er braucht sich
nicht zu verstellen: Ob auf der
Bühne in der westfälischen Pro-
vinz oder zu Hause in Uetendorf,
Eberhart ist ein zuvorkommen-
der, harmonieliebender Mensch.

Nie hört man von ihm auch nur ein negatives
Wort über die zum Teil schwierigen und auf-
sässigen Fans. Auf der Bühne wirkt Eberhart
etwas hüftsteif, seine Ansagen sind man-
chmal holprig, doch das macht ihn erst recht sym-
pathisch: Bei allem Zuckerguss bleibt er stets
natürlich, gibt den Zuschauern den Eindruck,
einer von ihnen zu sein.

*Wenn du auch das Kribbeln spürst, genau wie ich,
dann lach mich an, sag einfach nur: Ich liebe dich.
(Aus: «Lach mich an», 2014)*

In den Anfangsjahren gingen alle fünf Calime-
ros einem ordentlichen Beruf nach – auch
dann noch, als die Band schweizweit bekannt
war und jedes Wochenende an einem Vereins-
abend oder Dorffest auf der Bühne stand.
Eberhart, gelernter Hochbauzeichner, führte
bis 1997 ein eigenes Architekturbüro, erst
dann widmete er sich ganz der Musik. Man-
chen Mitgliedern wurde der Aufwand irgend-
wann zu viel, es kam immer wieder zu Wech-
seln in der Band.

1994 erhielten die Calimeros ihre vorläufig
letzte Platinauszeichnung für 50 000 ver-



Bei allem Zuckerguss natürlich: Gründer Eberhart im Studio in Uetendorf.

kaufte Exemplare des Albums «Einsam
möchte ich nicht sein». In den Folgejahren
übernahm Eberhart sämtliche Rechte der
Band, verkleinerte das Quintett auf ein pro-
fessionell arbeitendes Trio. Das Schlagzeug
kam fortan aus dem Keyboard, ebenso ein be-
trächtlicher Teil der Instrumentalmusik –
«Halbplayback» wird dies im Fachjargon ge-
nannt. Die zwei Mitmusiker sind von
Eberhart angestellt. Es sei jeweils nicht ganz
einfach, geeignete Bühnenpartner zu finden.
«Sie müssen optisch passen, aber auch bereit
sein zum Kontakt mit den Fans – und natür-
lich diese Musik auch mögen», sagt Eberhart,

Es ist eine Welt ohne Zwischentöne, ohne Zynismus und ohne versteckte Botschaft.

der in der Branche als enorm arbeitsam und
geschäftstüchtig gilt.

Das neugeformte Trio war als Auftrittsband
weiterhin gefragt, die Zeit der grossen Platten-
verkäufe schien allerdings vorbei. Ganze 21
Jahre vergingen nach dem «Einsam»-Album

bis zur nächsten Edelmetall-Aus-
zeichnung. Ende 2013 wechselte
Eberhart zum jungen Münchner
Plattenlabel Telamo, das die
Schweizer Band im grossen Stil
via Teleshopping-Plattform im
Fernsehen vermarktete und dies
bis heute tut. «Das Original aus
dem TV», heisst es seither über
dem Calimeros-Logo. Die Wir-
kung ist enorm. Mit «Küsse wie
Feuer» erlangte 2015 endlich
wieder eine CD Goldstatus,
ebenso die nachfolgenden zwei
Alben. Die letzte CD, «Schiff
ahoi», ist die erfolgreichste der
Bandgeschichte.

Einziges Glück

«In Deutschland gelten wir trotz
vierzig Jahren auf der Bühne als
Newcomer», sagt Eberhart. Die
Calimeros gewannen innert kür-
zester Zeit Hunderttausende
neuer Fans hinzu. Einige von ih-
nen reisen der Band von Konzert
zu Konzert nach, bringen den
Musikern Geschenke auf die Büh-
ne, aus ihrer Region oder Selbst-
gebasteltes. «Das ist in Deutsch-
land viel verbreiteter als in der
Schweiz. Manchmal erhalten wir
so viele Geschenke, dass wir gar
nicht alles nach Hause nehmen
können», sagt Eberhart.

Im Industriequartier von Ue-
tendorf stapelt sich die Fanpost.
Wirft man einen Blick auf die

Briefe, so merkt man: Für viele Menschen sind
die Calimeros nicht bloss musikalische Beglei-
ter, sondern überlebenswichtige Wärmestra-
hler in schweren Zeiten. Da sind Leute, die An-
gehörige verloren haben, die einsam sind, die
mit dem Leben nicht klarkommen – und der
Band nun mitteilen, dass ihre Musik das ein-
zige Glück ist, das sie noch haben.

Nach dem Konzert in Ahlen, als der letzte
Fan sein lang ersehntes Selfie gemacht und
eine Unterschrift ergattert hat, fliegt das Trio
direkt weiter auf die Kanarischen Inseln, wo es
während vier Tagen mehrere Videos für die
neue CD dreht. Am Wochenende darauf stehen
die drei bereits wieder fröhlich lächelnd vor
Hunderten von Zuschauern in einem grossen
Saal einer deutschen Kleinstadt.

Letzte CD: Schiff ahoi. Telamo.

Buch: Roger Mauerhofer, Roland Eberhart:
Calimeros – Liebe für ein ganzes Leben.
Bild und Heimat. 176 S., Fr. 26.90

Jubiläumsfest mit vielen Gastinterpreten (Moderation:
Stefan Mross): 13. Mai, Sportzentrum Aaretal, Wichtrach



Die Bibel

Wahre Währung

Von Peter Ruch

Eine richtige Waage und richtige Gewichtssteine sollt ihr haben, ich bin der Herr (Leviticus 19,36).

– Dass im biblischen Gesetz eine solche Bestimmung steht, zeigt, dass Tausch und Handel schon vor Jahrtausenden gang und gäbe waren und dass der *Bschiss* beim Gütertausch zur Versuchung werden kann. Ehrlichkeit fördert den Handel und damit den Frieden. Deshalb haben wahre Masse göttliche Autorität. Beim Einkaufen vertraue ich darauf, dass die Waagen stimmen. Abgewogen wurde zu biblischen Zeiten auch das Geld, also Gold und Silber. Geprägte Münzen wurden zuweilen nicht gewogen, sofern die Ausgabestelle vertrauenswürdig war.

Die ursprünglichen Geldwerte waren Gewichtsangaben: Pfund, Peso, Lira; in der Bibel Lot, Schekel und Talent. Das Pfund war ein Pfund Silber, damals nicht 500 Gramm. Bei 320 Gramm müsste ein Pfund Sterling heute rund 180 Franken wert sein. Sein Wert beträgt Fr. 1.25. Ähnliche und grössere Wertverluste erlitten auch die anderen Währungen.

Der Grund dafür liegt in der Abkehr vom Goldstandard im 20. Jahrhundert. Ungedecktes staatliches Papiergeld verdrängte die Golddeckung. Seither können die Notenbanken die Zinsen drücken und die Geldmenge beliebig aufblähen – angeblich, um die Wirtschaft in Schwung zu halten. Das ist keineswegs ihre Aufgabe. Die Europäische Zentralbank kauft heute uferlos staatliche Schrottpapiere zusammen, um Staats- und andere Bankrotte abzuwenden. Damit stützt sie veraltete Strukturen, enteignet die Sparer, treibt sie in Immobilien und Sachwerte, heizt den Konsum und die Umweltbelastung an und schmälert die Renten der Nachkommen. Bei der räuberischen Umverteilung lässt Mario Draghi die Mafiabosse weit hinter sich. Eine wirtschaftliche Flaute würde Anpassung, Normalisierung und sparsamen Umgang mit den knappen Gütern bewirken. Das wäre heilsam und durchaus erträglich. *Pflanzen hat seine Zeit, und Ausreissen hat seine Zeit* (Prediger 3,2). Wer ein bisschen Gottvertrauen hat, würde auf die Falschmünzerei der Notenbanken gerne verzichten.

Peter Ruch war 35 Jahre lang reformierter Pfarrer in Pfyn, Schwerzenbach und Küssnacht am Rigi. Hier schreibt er wöchentlich über Bibelworte.

Kunst

Das Elend zwischen den Beinen

Das Städel-Museum in Frankfurt widmet sich publikumswirksam dem Geschlechterkampf in der Kunstgeschichte. Anstatt die Sinne anzuregen, erinnert die Ausstellung an misstratene Traumatherapien. Trotzdem ist ein Besuch erhellend. *Von Regula Stämpfli*

Das Beste kommt erst ganz am Schluss: die exzeptionelle Skulptur von Maria Martins, deren Liebesleben in der Surrealisten-szene ebenso wild wie deren Kunst war. Zwei Figuren sind im Begriff, sich mit spitzen Zähnen so zu umgarnen, dass sie ineinander überfliessen. Menschen, die versuchen, sich nah zu sein, und an der Impraktikabilität des Unterfangens scheitern. Deshalb heisst das Artefakt auch: «Das Unmögliche».

Das Thema der Geschlechter ist nämlich nicht der Sex, sondern die Liebe. Gegenstand ist auch nicht der Kampf zwischen Mann und Frau, sondern die Suche nach Harmonie. Dass diese – bei allfälliger Dominanz eines Geschlechts – im Krieg mündet, zeigt allein die Einfahrt nach Frankfurt: Phall an Phall reiben sich die Glaspaläste, und man ist an Joseph Roth erinnert, der in seinem Roman «Hotel Savoy» meint: «Banken und Börsengeschäfte! Selbst die Schöpfung gleicht, je länger, je mehr, der verfehlten Börsenspekulation eines Gottes, der pleite gegangen ist.»

Immer wieder schockiert mich die Hässlichkeit dieser Stadt, ganz besonders in der Nähe des Bahnhofs. Es herrscht eine ausgesprochen aggressive Atmosphäre: Alles ist «halal», Kinder betteln, und Frauen sind kaum auf der Strasse zu sehen. Erst nach mehreren hundert Metern und gefühlten tausend missbilligenden Blicken erreiche ich den Holbeinsteg, der mich sofort in eine Oase grossbürgerlicher Kultur führt, ein Kontrast, der schon wieder etwas Absurdes hat. Ich folge gut-situierten Damen, buntgekleideten Frauen mit ihren Töchtern im Teenie-Alter – kein Mann weit und breit.

Wo bleibt die lächelnde «Venus»?

Den Auftakt im Städel-Museum machen Tweets und Hashtags, die nichts, aber auch gar nichts mit den nachfolgenden Werken zu tun haben. Soll dies das Marktgeschrei sein, das den anschliessenden Weg durch den Tunnel

freudlicher und freudloser Frauendarstellungen quasi vertont? Geht es hier wirklich um Geschlechterkampf und nicht eher um einen tieftraurigen Blick auf eine Zeit, die nur die kopfabschlagende Salome, die Haarfetischistin Delila oder die schlangenumgarnete Medusa wahrnahm? Angst kräuselt sich in den düstersten Farben.

Weshalb die listig lächelnde «Venus» von Lucas Cranach oder die «Lucca-Madonna» mit rotem Haar von Jan van Eyck ausgerechnet in der Ausstellung fehlen, bleibt ein Rätsel. Denn sie hätten sehr wohl die gar frauenfeindlich angelegte Ausstellung erhellt. Die Dominanz von Frauen kann sich nämlich durchaus lieblich zeigen. Doch die düstere Vorführung verzichtet bewusst auf Frauenfiguren, die berauschen, verzaubern und auf

ganz andere Art als die Männer kämpfen. Sie vermittelt auch keinen Hauch von Ahnung davon, wie das «Weib», wenn nicht in Ketten gelegt, durchaus Lust empfinden und die Welt gestalten könnte, statt nur Köpfe oder andere Körperteile abzuschneiden. Wer sich auf den kaputten männlichen Blick spezialisiert, hat nichts zu erzählen, schon gar nichts Neues.

Drei Werke (ausser der eingangs erwähnten Plastik) werfen die enttäuschte Besucherin aus ihrer Bahn: George Framptons «Lamia» (1899/1900) aus Elfenbein, Bronze, Opal und

Glas, die sich als mechanischer Golem durchaus mit der falschen Maria in Fritz Langs «Metropolis» vergleichen lässt. Ebenso die «Frau mit Absinthglas» (Moulin Rouge) von Jeanne Mammen, datiert zwischen 1908 und 1914. Hier riecht man förmlich den Tod, der jedem gekauften Sex innewohnt. Eindrücklich krank sind auch die Puppenbilder von Oskar Kokoschka, der mit seiner Alma-Mahler-Obsession heutzutage, und völlig zu Recht, als hinterhältiger Stalker für eine Weile weggesperrt werden müsste. Allein dies sagt sehr viel über den heutigen und den damaligen Kunstmarkt aus – nicht zu reden



«Das Unmögliche» von Maria Martins.

Die düstere Vorführung verzichtet bewusst auf Frauenfiguren, die berauschen.



«Sie» von Gustav Adolf Mossa, 1905.



Max Liebermanns «Simson und Delila», 1902.



Hannah Höchs «Die Braut».

von den «Aufschrei»-Debatten, die bedauerlicherweise vom Kern menschlicher Ungleichheit, Diskriminierung und Verfolgung ablenken.

Meret Oppenheim ist mit «Ma gouvernante» in der Ausstellung vertreten. Das Werk zeigt ein Paar Stöckelschuhe, die kunstvoll verschnürt, dekoriert mit weissen Papiermanschetten, an Pouletschenkel erinnern. Das Exponat passt weniger zum Thema «Geschlechterkampf» als zu «Fleischmarkt Frau».

Die Frau kastriert den Mann

Die 150 Werke sind auf Stereotype festgelegt. Die Ausstellung bildet nicht, sie bildet nur ab: die klassische Trennung des Staates (männlich), der die Natur (weiblich) unterwerfen muss. Die Verführung (weiblich), die den Geschlechtstrieb (männlich) manipuliert, kon-

Wird das Klischee hundertfach wiederholt, ist die Sache längst nicht mehr amüsant.

trolliert und, wenn nötig, auch kastriert. Die Negativfolien erschöpfen so sehr, dass sich die Besucherin den Gang nach oben, in den zweiten Teil der Ausstellung, sehr wohl überlegt.

Denn aus der Wahl- und Abstimmungsforschung weiss ich um das «Framing», Deutungsrahmen, die dem Denken eine ganz bestimmte Ordnung aufoktroieren. Framing verstärkt alle Klischees. Deshalb ist ein Vorurteil zunächst noch witzig – wie das von der Frau, die im Vergleich zum Mann über das leichtgewichtigeres Gehirn verfüge, es dafür aber, wiederum im Unterschied zum Mann, auch schon mal benutzt habe.

Wird indessen das Klischee hundertfach wiederholt, ist die Sache längst nicht mehr amüsant. Denn dann beginnen die Menschen, Bilder, Begriffe, Darstellungen nur noch im Rahmen dieser Mehrheit einzuordnen. Treffen diese Vorurteile auf Maschinen, Kunst und Wissenschaft, konstruieren sie die Welt.

Deshalb ergänzt Google dann bei «Frauen sollten» mittels Autokorrektur: «die Klappe halten», und Wikipedia transformiert Frauenbiografien zu eigentlichen Hassreden. «Die Menschen glauben viel leichter eine Lüge, die sie schon hundertmal gehört haben, als eine Wahrheit, die ihnen völlig neu ist» (Alfred Polgar).

Saftige Fülle

So reduziert «Geschlechterkampf» das Elend auf den Ort zwischen den Beinen. Sex ist Kopulation, und Vermehrung passiert höchstens durch Aktiengewinn. Im Korsett des zweigeschlechtlichen Körpers gefangen, mündet der Mythos des ewigen Streitens von Mann und Frau in eine drogeninduzierte Langeweile. Das ist alles fern jener saftigen Fülle, die nor-



Meret Oppenheims «Ma gouvernante».

male Menschen mit Sex, Geschlecht, Liebe und Menschen verbinden.

Das Städel verpasste die grosse Chance, mit alten Werken ganz neu zu schauen. Der Gang durchs Museum erinnert an missratene Traumatherapien, die wieder und wieder die Probleme statt der möglichen Heilung thematisieren. Die neuralgisch-hochkomplizierte Zeit vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges wird so auf heute projiziert. «Fühlen, wie die eine Hälfte unseres Ich die andere mitleidlos niederzerrt [...] das führt bei der krankhaften Hellsichtigkeit des Neuropathen schliesslich zur Erkenntnis eines Kampfes aller gegen alle: keine Verständigung möglich zwischen Menschen, kein Gespräch, kein Zusammenhang zwischen heute und gestern: Worte lügen, Gefühle lügen, auch das Selbstbewusstsein lügt» («Zur Physiologie der modernen Liebe» von Hugo von Hoffmannsthal).

Zu viel «Oedipus Rex», zu viel Identitätsschrott, zu wenig Modernität – so möchte ich die Ausstellung im Städel zusammenfassen, um erstaunlicherweise unbedingt für einen Besuch zu werben. Denn der «Vogel-Übermuth» des freien Menschen (Nietzsche) stellt sich erst ein, wenn man konsequent mit den erfundenen Ordnungen der Menschen abgeschlossen hat. So verhilft die Enge der Ausstellung durchaus zu einem freien Geist – und sei es auch nur in der Begegnung mit dem Unerwünschten.

«Männer in höchster Gefahr», so fasste die *Frankfurter Rundschau* die Ausstellung zusammen. Doch solche Deutungshoheit ist nirgends zu erkennen. Vielmehr zeigen die Werke, wie antimodernistische Impulse, männliche Projektionen und futuristische Fabeln die Geschichte von Mann und Frau so erzählen, dass dabei nur noch der Hashtag «Aufschrei» übrigbleibt.

Geschlechterkampf. Franz von Stuck bis Frida Kahlo. Städel-Museum, Frankfurt am Main. Bis 18. März. Katalog, 336 S., Fr. 68.–

Bühne

Freak-Show fürs Bildungsbürgertum

Nicht einmal Behindertensex kann das Theaterpublikum noch schockieren. Dies die Hauptidee von Milo Raus

«Die 120 Tage von Sodom» im Zürcher Schauspielhaus. *Von Rico Bandle*

Einst wurden Behinderte als Attraktion am Jahrmakel vorgeführt. Diese Zeiten sind zum Glück vorbei. Dafür spielen Menschen mit Down-Syndrom oder anderen Beeinträchtigungen Theater, natürlich heilpädagogisch umfassend betreut. Zu den bekanntesten Gruppen mit geistig behinderten Schauspielern gehört das Zürcher Theater Hora, das weltweit an Festivals auftritt. Theatermacher Milo Rau, bekannt für seine Stücke, in denen er reale Gräueltaten aufarbeitet, hat sich für sein neuestes Projekt der Hora-Schauspieler angenommen. Mit ihnen brachte er Pier Paolo Pasolinis «Die 120 Tage von Sodom», einen der brutalsten und gewalttätigsten Filme der Kinogeschichte, auf die Bühne.

Geistig Behinderte, die Folter, Vergewaltigung und Mord nachspielen – das hatte man noch nie gesehen. Milo Raus Konzept versprach eine Freak-Show der Extraklasse, die jede Jahrmakelpräsentation in den Schatten stellt. Natürlich alles unter dem Deckmantel der Kunst, und erst noch im renommierten Zürcher Schauspielhaus.

Den Trick mit dem Deckmantel beherrscht Rau perfekt. Ein ganzes Buch mit intelligenten Texten liefert er zum Stück mit als intellektuellen Überbau, die Inszenierung ist dann voller Verweise auf Werke der Kunstgeschichte. Allein damit nimmt er allen, die seine Inszenierung mit Behinderten degoutant finden, den Wind aus den Segeln: Sie haben einfach nicht begriffen.

Und auch beim Aufbau des Stücks sichert sich Rau stets doppelt und dreifach ab. Die Darsteller spielen den Film nicht direkt nach. Sie spielen bloss, dass sie einen Film mit Szenen aus Pasolinis Klassiker drehen. Es geht also um die «Meta-Ebene» – auch das ist so ein intelligent klingender Modebegriff, der aber klarstellt: Hier wird Kunst gemacht.

Heerscharen von Theaterkritikern reisten aus dem gesamten deutschsprachigen Raum für die Premiere nach Zürich, niemand wollte sich dieses Spektakel im Schiffbau entgehen lassen. Dass dann in fast allen Rezensionen eine leise Enttäuschung mitschwang, dürfte damit zu tun haben, dass es Rau etwas gar übertrieben hat mit seiner Risikovermeidungsstrategie – die man je nach Blickwinkel

als elegant oder feige betrachten kann. Vor allem aber zeigen die verhaltenen Reaktionen, wie abgestumpft die professionellen Theatergänger mittlerweile sind.

Wenn man es sich gewohnt ist, dass in jedem zweiten Theaterstück jemand nackt über die Bühne rennt, jemand in einer Ecke onaniert, so ist eine Behindertensex-Szene nichts Aufsehenerregendes mehr. Im Stück lassen die Schauspieler mit Down-Syndrom die Hosen runter, ihr Hintern wird gefilmt und auf die Grossleinwand projiziert. Einer von ihnen stellt splitternackt mit einem Ensemblemitglied des Schauspielhauses eine Analsex-Szene



Risikovermeidungsstrategie: «Die 120 Tage von Sodom».

nach, danach wischt er seinen Penis am Tischttuch ab. Ist man ein Spiesser, wenn man findet, man hätte die Darsteller – die zweifellos gerne mitmachen – vor so etwas schützen sollen?

Harmlos, ja rührend-komisch sind hingegen die Folterszenen, wenn die Darsteller zu Exkrementen geformten Schoggipudding essen oder sich mit Werkzeugen aus dem Scherzartikelregal massakrieren.

Was soll das alles? In anderen Projekten geht Rau von echten Gräueltaten aus, die er auf der Bühne abhandelt. Dies ermöglicht bestenfalls einen neuen Blick auf die Wirklichkeit. Hier aber dient ein Kunstgemetzler als Vorbild für das Kunstgemetzler. Der Erkenntnisgewinn ist entsprechend gering. Am Schluss bleibt einzig die hergestellte Analogie haften zwischen dem Nazi-Euthanasie-Programm und der heute gängigen Abtreibung bei geistiger Behinderung. Und dass Männer mit Down-Syndrom Vergewaltigung spielen «geil» finden.

Die 120 Tage von Sodom. Schauspielhaus Zürich, Schiffbau, bis 12. März.

Nostalgische Kampfgoekel

Auf «Trainspotting», in den Neunzigern der beste britische Film, folgt die Fortsetzung. Aus den einstigen Junkies sind Wehmuts-Brüder geworden. *Von Wolfram Knorr*

Da sind sie wieder: Renton (Ewan McGregor), Spud (Ewen Bremner), Sick Boy (Jonny Lee Miller) und Begbie (Robert Carlyle), die legendären Junkies, die in den Neunzigern mit Drogen und Alkohol gewaltig auf den Putz hauten. Exzesse aller Art waren ihr Lebenselixier, «no future» ihre Lebensphilosophie. Zwanzig Jahre später treffen sie wieder mit Getöse in Edinburgh aufeinander. Mögen sie grauer geworden sein – weiser nicht.

Renton ist einst nach Amsterdam ausgebüxt und wieder zurückgekehrt, weil seine Mutter gestorben ist. Begbie, wegen Mordes im Knast, kann fliehen, um Rache an seinen Kumpels zu nehmen. Sie schulden ihm Geld aus einem alten Drogendeal. Spud versucht, sein Leben niederzuschreiben, und Sick Boy, der das Bruchbuden-Pub «Port Sunshine» von seiner Tante geerbt hat, will ein Bordell daraus machen. Nostalgische Kampfgoekel sind aus ihnen geworden. «Trainspotting» hiess die wilde Sause aus dem Jahre 1996, die zum Kultfilm wurde und die Macher, von Autor Irvine Welsh über Regisseur Danny Boyle («Slumdog Millionaire») bis Ewan McGregor, auf eine Karriereumlaufbahn katalpultierte. Welshs Vorlage, drei Jahre zuvor erschienen, traf mit ruppigem Ton und Slang präzise das Lebensgefühl der Jugend aus den späten Achtzigern, die sich dem Erfolgsdruck der Thatcher- und Reagan-Ära verweigerten.

Aus der Zeit gefallen

Danny Boyles Verfilmung, nach einem Drehbuch von John Hodge, geriet zum surrealen Trip mit exzellenten optischen Einfällen, wie etwa der berühmt gewordenen Szene im dreckigsten Klo der Stadt, in das Renton hinabtaucht, um in einem sauberen Meer, wie reingewaschen, aufzutauchen. Boyle und Hodge glänzten mit zahlreichen derartigen Einfällen, die allerdings nicht nur positiv aufgenommen wurden. So gerate, hiess es, die Drogensucht zum betörenden Vergnügen.

Verklärt wird das Drogenmilieu trotzdem nicht; wenn's um den nächsten Schuss geht, gibt's keine Freundschaft mehr. Und sowieso gilt «Trainspotting» längst als Meisterwerk des fantastischen Films, mit aggressiven Volten gegen die Konsumgesellschaft. «Sag ja zum Leben», beginnt der Film mit dem Stakka-to-Off-Kommentar. «Sag ja zum Job, sag ja zur Karriere, sag ja zur Familie, sag ja zu einem pervers grossen Fernseher, sag ja zu Waschmaschinen, Autos, CD-Playern ...» 2006 veröffentlichte Irvine Welsh eine Fortsetzung unter



Dilemma: «Trainspotting», 2017.

dem Titel «Porno», die die einstige Clique wieder versammelt. Mit gewohntem Furor lässt er wieder die Sau raus und erzählt aus jeweils subjektiver Sicht das neuerliche Zusammenreffen. Doch trotz aller Druckpumperei entweicht die Luft, und das auf über 600 Seiten. Der Blick zurück, die Selbstfindung, tritt auf der Stelle. Sick Boy, der die Spelunke geerbt hat, will im Hinterzimmer Pornos drehen, und Begbie fordert sein Geld zurück.

Dennoch – das alte Filmteam wollte auch die Fortsetzung verfilmen. Drehbuchautor John Hodge dampfte den arg ausufernden Roman auf Begbies Rache ein. Und exakt hier liegt das Dilemma von «T2 Trainspotting»: Es fehlt der Bezug zu den veränderten Zeiten. Wie aus der Zeit gefallen, karriert die Clique zwischen verlorener Jugend und ratloser Zukunft durch ein lebloses Edinburg. Der durchgedrehte Charme des Originals ist einer wilden Hysterie gewichen. Die einst hyänenhafte Strassenclaverness der wilden Kerle ist auf dem dramaturgischen Altar hektischer Wehmut geopfert worden. Begbie, der Psychopath, gebärdet sich nur noch wie ein Brüllaffe, als habe er unter der brühheissen Klapsmühlendusche den letzten Rest an Verstand verloren. Ungeachtet einiger Einfälle macht das Sequel eher ratlos. Letzte Woche lief es auf der Berlinale. Diese Woche startet es in den Kinos.

Transatlantischer Dialog

Von Peter Rüedi

Sie sind beide in unzähligen musikalischen Zusammenhängen aktiv, aber beide kehren gerne, wie zur Rekreation, zum intimen Format des Duos zurück. «Alone Together» trafen sie sich vor über einem Vierteljahrhundert zum ersten Mal in Paris, und jetzt ist ein zauberhafter, poetischer, humorsprühender, brillanter, in beider Haltung dennoch bescheidener Mitschnitt eines Konzerts im Kasseler «Theaterstübchen» erschienen. Zwei Topstars im Diminutiv sozusagen (vom Rahmen, nicht von der Substanz her gesehen). Der Franzose Richard Galliano (geb. 1950 in Cannes) ist als Akkordeonist längst eine Institution im europäischen Jazz, der Protagonist dessen zum Beispiel, was in der Anspielung auf Astor Piazzollas Tango Nuevo «Nouvelle Musette» genannt wurde.

Er war ein schier unverzichtbarer Partner bei unzähligen Fusionsprojekten zwischen Jazz und europäischen Volksmusiken und doch immer auf seinem eher ausgefallen-randständigen Instrument ein Improvisator mit breitem Spektrum, der viele Dialekte beherrschte, aber alle mit unverkennbar eigenem Tonfall sprach. Der Bassist Ron Carter (geb. 1937 in Ferndale, Michigan) ist eine Schlüsselfigur des modernen Jazz überhaupt, auf dem Kontrabass ebenso wie auf dem Piccolo-Bass oder dem Cello, der vermutlich meistaufgenommene Jazzbassist überhaupt. In den Sechzigern war er Teil der wohl agilsten und druckvollsten Rhythmusgruppe aller Zeiten und Stile, der von Miles Davis (mit Herbie Hancock und Tony Williams). Ron Carter ist einer der ganz wenigen Bassisten, die beide Seiten des Instruments beherrschen: die tiefen Verankerungen und fundamentalen Basslinien sowie die virtuosen Schnellfingerkünste in den oberen Registern. Zusammen ergänzen sich Carter und Galliano wunderbar in ihrem transatlantischen Dialog: vier Kompositionen vom einen, vier vom anderen, je zwei Soloausflüge (beide grossartig: Carters Furioso über «You Are My Sunshine» und Gallianos Hommage an Piazzolla, «Aria/Libertango»). Viel Charme zwischen Musette, Tango, Blues. Und viel improvisatorischer Übermut.



Ron Carter, Richard Galliano: Live at the Theaterstübchen, Kassel. In + Out Records IOR CD 77132-2
Live in Bern (8.3.), Zürich (10.3.), Genf (11.3.), Basel (13.3.) und Chiasso (17.3.)

Warum die Schöne zum Biest geht

Bald kommt die grosse Realverfilmung des Disney-Klassikers ins Kino. Dass sich Frauen in Bestien verlieben, ist allerdings Tatsache und kein Märchen. Was steckt hinter der unheimlichen Anziehungskraft des «bösen Buben»? Von Claudia Schumacher

Es ist gar nicht so sehr sein Aussehen. Ordentlicher Bart, Ganzkörperbehaarung: Ist ja bei Männern wieder angesagt. Sein Charakter hingegen ist eine Nuss, die nicht leicht zu knacken ist. Das Biest verschanzt sich im Dunkeln, meidet Gesellschaft und reagiert gereizt bei jeder Kleinigkeit. Spass versteht es nicht, und wenn ihm etwas nicht passt, droht es gleich jedem mit dem Tod. Manieren eines Ungeheuers. Was ist daran attraktiv?

Am 17. März kommt die Realverfilmung des Disney-Klassikers «Die Schöne und das Biest» in die Kinos. Emma Watson, Ewan McGregor, Emma Thompson: ein Film mit Starbesetzung. Bereits der erste Trailer, in dem kaum mehr als eine welkende Rose zu sehen war, brach Popularitätsrekorde. Neuerdings gibt's beim iPhone sogar das Emoji zum Märchen: eine dunkle Rose, die ihr Köpfchen hängen lässt, während ein Blütenblatt fällt. Sinnbild einer scheinbar aussichtslosen Liebe.

Im Ursprungsmärchen geht's um Sex

Aber was berührt so sehr an dieser morbiden Romantik vom guten und schönen Mädchen, das sich in das böse und hässliche Biest verliebt? Die naheliegende Antwort: Bereits die Zeichentrickverfilmung von 1991 verzauberte mit der Schönheit der Kostüme und der Süsse der gesungenen Lieder. Gleich zwei Oscars gab es für die Filmmusik. Man darf davon ausgehen, dass Walt Disney bei den Effekten im Jahr 2017 noch einen draufsetzen wird. Zugrunde liegt den Filmen jedoch ein Volksmärchen. Und wie bei allen Märchen ist wohl auch hier die archetypische Dimension, das kollektive Unbewusste, das in der Erzählung schlummert, dafür verantwortlich, dass sie über Jahrhunderte hinweg weitergetragen wurde.

Ein Märchen aus Frankreich, «La Belle et la Bête», aufgeschrieben von Gabrielle-Suzanne de Villeneuve im Jahr 1740. Doch erst durch eine gekürzte Version der Schriftstellerin Jeanne-Marie Leprince de Beaumont im Jahr 1756 erlangte das Märchen grössere Bekanntheit. Erstmals verfilmt wurde es 1946 von Jean Cocteau. Interessant ist dabei die Verfeinerung, die das Märchen von Adaption zu Adaption erfahren hat. So bittet das Tier in der ersten schriftlichen Fassung die Schöne jeden Abend, mit ihm das Bett zu teilen. Die animalische Komponente war ursprünglich also explizit eine sexuelle. Schon bei Beaumont und dann bei Cocteau hält das Biest stattdessen allabendlich um die Hand der Schönen an, im



Manieren eines Ungeheuers: Emma Watson und Dan Stevens in «Die Schöne und das Biest».

Disney-Film geht es noch subtiler zu. Der sexuelle Unterton ist einer ausgesprochenen Moral gewichen, die es wiederum in den frühen Fassungen so nicht gab. Während im 18. Jahrhundert ein Prinz von einer Zauberin, der er keinen Unterschlupf gewähren will, einfach in ein Biest verwandelt wird, handelt es sich bei Disney um einen herzlosen Schnöselprinzen, der eine arme Frau aufgrund ihrer Hässlichkeit nicht hereinlassen möchte und in der Verwünschung als Biest seine berechnete Lektion erhält. Im moralisch erhabenen Disney-Märchen geht es darum, tiefer zu schauen, direkt aus dem Herzen heraus: «Lass dich von äusserer Hässlichkeit nicht abtosseln, entdecke das Gute – auch im Biest!»

Die sexuelle Grundkomponente wird bei Disney nicht mehr ausgesprochen, aber in der Figurenkonstellation bleibt sie nach wie vor wirksam. Subtiler, aber nicht schwächer. Wie

erklärt sich also der Sex-Appel des Biests? Dass sich schöne Frauen immer wieder in Ungeheuer verlieben, ist ja kein Märchen, sondern eine Realität, welche etwa die vielen Eheschliessungen zwischen biederen Frauen und inhaftierten Serienmördern illustrieren. Extremfälle. Aber auch als sich eine junge Malerin namens Oda Jaune, deren Schönheit in der Presse als «märchenhaft» beschrieben wurde, in den egomanen Künstler Jörg Immendorff verliebte, der 34 Jahre älter war, im Rollstuhl sass und sie beim Koksen im Hotel exzessiv mit Prostituierten betrog, war das Grundschema von der Schönen und dem Biest gegeben. Und irgendwie auch, als die promovierte, gutaussehende Journalistin Maïke Richter den ebenfalls 34 Jahre älteren, gelähmten Helmut Kohl heiratete, der als Privatmensch überaus schwierig sein soll. Ike und Tina. Rihanna und Chris Brown. Will man der

Faszination, die Biester auf viele Frauen ausüben, auf die Schliche kommen, lohnt sich zunächst der Vergleich mit dem gewöhnlichen Scheisskerl, auch *bad boy* genannt. Denn zu einem Teil ist das Biest nur ein ungezogener Junge (zu zwei weiteren Teilen ist das Biest darüber hinaus etwas anderes, aber dazu später).

Die Evolutionsbiologie erklärt das *bad boy*-Syndrom, das vielen Frauen geradezu in der DNA zu stecken scheint, damit, dass der rüpelhafte, untreue Steinzeitmensch die längste Zeit der Menschheitsgeschichte über im Vorteil war. Ob er nun brüllend auf das Mammut losrannte oder in der modernen Variante rauchend und trinkend im Nachtleben den Aufreisser gibt: Das Alphatier war stets ein extrovertiertes, klassisch maskulines. Und indem es mit vielen Weibchen schlief, sicherte es sich in Zeiten, in denen die meisten Kinder starben, wenigstens ein paar wenige Nachkommen. Die Zeiten haben sich geändert, aber das Triebverhalten von Frauen, die auf die Macht der bösen, harten Kerle reinfallen, ist eben noch nicht entsprechend programmiert. Und na-

Das Alphatier war stets ein extrovertiertes, klassisch maskulines.

türlich übt das kraftstrotzende, haarige, aggressive Biest selbst im Disney-Film noch den vollen *bad boy*-Zauber aus.

Allerdings ist das Biest noch mehr als ein Rüpel: Es ist gar kein richtiger Mensch, sondern irgendwie abartig und absolut missverstanden in seiner Einzigartigkeit. Das ganze Dorf will das Biest im Märchen töten – aber die gute Belle sieht mehr in ihm. Sie schwingt sich auf zur Erlöserin: als einziger Mensch, der die wahre, gute Natur im Biest erkennt und ihm dazu verhelfen wird, sein eigentliches, seelisches Premium-Material auszuleben. Frauen, die auf verkannte Männer stehen, leiden Studien zufolge an einem Helfersyndrom.

Der aber vielleicht wichtigste Punkt, den das klassische Biest auch mit den mörderischen Knastis teilt, in die sich immer wieder wohlbehütete Mittelstandstöchter verlieben, ist seine Gefangenschaft. Es scheut die Gesellschaft, es lässt nur einen Menschen zu sich: die Schöne. Die Verbindung ist exklusiv, und die Frau braucht keine Angst zu haben, vom Biest verletzt zu werden. Da es gefangen ist, kann es ihr nichts tun. Das Biest erfüllt damit die weibliche Sehnsucht nach Sicherheit auf mehreren Ebenen. Ob inhaftierter Vergewaltiger, im finsternen Wald lebendes Biest, genialischer Künstler oder Ex-Regierungschef im Rollstuhl: Sie mögen mächtig, gewaltig oder gefährlich sein, aber bis das letzte Rosenblatt gefallen ist, sind sie abhängig von der Frau an ihrer Seite. Womit die ganze Macht am Ende beim zarten, schönen Mädchen liegt. ○

Prêt-à-Porter

Es lebt

Die Leistungsshow «Mode Suisse» zeigt, was modisch los ist in unserm Land.

Von Mark van Huisseling

Vergangene Woche präsentierten zehn Schweizer oder in der Schweiz arbeitende Designer an der «Mode Suisse»-Veranstaltung im Migros-Museum für Gegenwartskunst in Zürich ihre Entwürfe für Herbst/Winter 2017/18. Die Rahmenbedingungen – Multimedia-Equipment, Beleuchtung sowie Musikauswahl, die die Defilees begleitete – entsprachen denen, die man von Modeschauen in Paris, Mailand oder London gewohnt ist. Die Zahl der Besucher war hoch, schätzungsweise 350 Journalisten, Blogger, Einkäufer, Coiffeure und Berühmtheiten; der «Laufsteg» (Fussboden) war mit Teppichen von Schönstaub belegt, was dem untermöblierten und -dekorierten Raum ein wenig von seiner Kühle nahm. Was die Models angeht, war das Niveau, wie es bei Modeschauen in Zürich öfter ist: unterschiedlich. Einige hatten die Looks und Haltung respektive den Gang, den richtige Models brauchen.

Ebenso heterogen wie die Qualität der Mädchen war, in meinen Augen, die der gezeigten Mode. Verkürzt lässt sich sagen: Arriviertere und bekanntere Designer präsentierten Kollektionen, denen man ansah, weshalb ihre Macher arriviert und bekannt sind. Dasselbe gilt entsprechend für die Entwürfe der weniger arrivierten, unbekannteren Verantwortlichen und deren Marken.

Entspannte Vielreisende

Die Aufgabe von Mode ist vor allem, ihre Trägerinnen schöner und anziehender aussehen zu lassen. Modemacher, die schon länger im Geschäft sind – oder jedenfalls im Geschäft bleiben wollen –, haben das auf ihrem Weg gelernt. Und dass sich, hart ausgedrückt, Hässlichkeit schlecht verkauft sowie Originalität des Entwurfs oder Einfallsreichtum im Kombinieren von Materialien selten dazu führen, dass Kundinnen das Herz und denen, die für die Stücke zahlen, das Portemonnaie aufgeht.

Einem Designer am Anfang seiner Laufbahn ist es zwar nachzusehen, wenn er nicht der Tausendste sein will, der ein Seidenkleid entwirft, das der Figur einer Frau schmeichelt. Doch das ist wohl der Grund, weshalb Millionen Käuferinnen Dolce-&-Gabbana- oder Ralph-Lauren-Entwürfe lieben. Und bloss wenige Fashion-Bloggerinnen dekonstruierte

Teile, die aussehen wie Zwangsjacken, von Hood by Air oder Vetements kaufen würden, falls sie 2000 Dollar dafür zahlen könnten.

Gelungen in Entwurf und Umsetzung fand ich die Männerstücke von Julian Zigerli, einem der am stärksten beachteten Schweizer Designer zurzeit. Er beschreibt seine Kunden als entspannte Vielreisende, die Spass haben wollen – weite Jacken, Mäntel und Hosen mit schönen Details, die zeigen, dass Zigerli das Schneiderhandwerk versteht, passen diesem Kundenkreis, denke ich.

Julia Seemann, die schon an der Berlin Fashion Week ihre Modelle gezeigt hat, fand am ehesten die Schnittmenge aus einer eigenen Modevorstellung und Teilen, die nicht besonders originell, dafür sexy daherkommen: Sie kombinierte etwa an die 1980er Jahre erinnernde Tops mit aufgedruckten Textzeilen aus Songs von wenig bekannten Bands mit High-Heel-Overknees aus Lack. An der Dessous-Kollektion von Lyn Lingerie gefielen mir nicht bloss die BH, Slips, Korsetts und Hausmäntel, sondern auch die Geschäftsidee – althergebrachte Schweizer Spitzenkompetenz neu interpretiert für die «junge Geschäftsfrau oder die alte Dame, die drunter gern was Schönes trägt» (Originalton). Das kann funktionieren.



Mode von Julia Seemann.

Funktionieren, und gefallen, tut auch die Mode von *special guest* Dorothee Vogel, der wohl erfolgreichsten Schweizer Designerin; sie zeigte verspielte Versionen ihrer Trademark-Lederhosen – weite Shorts, Hot Pants – und ganz kurze oder ganz lange Daunenjacken und -mäntel aus der aktuellen Kollektion. Persönlich enttäuschte mich das Angebot von En Soie, einer Marke aus Zürich, deren Geschirr,

Vasen und Accessoires ich mag – die Mode, hochwertig in der Fertigung zwar, lässt sich nur mit dem Wort «eklektisch» beschreiben: Den bestickten Jacken, weiten Röcken oder Kleidern und dem Mantel mit Animal-Print fehlen Stringenz und innerer Zusammenhang.

Schon klar – nicht jede Kollektion kann ein grosser Wurf sein. Aber macht nichts. Die der Show zugrundeliegende Botschaft der Show mit Namen *by invitation only* ist: Es gibt ein Modeschaffen in der Schweiz. Und dass man es zweimal jährlich in einem Aufwisch ansehen kann, ist eine gute Sache für die Branche und die Zuschauer. ○



Thiel

«Spiegel»

Von Andreas Thiel

Chefredaktor: Ideen für das neue Cover?

Bildredaktor: Trump als Hitler?

Inlandredaktor: Hat er den dritten Weltkrieg denn schon angefangen?

Auslandredaktor: Leider hat er Polen immer noch nicht überfallen.

Chefredaktor: Dann bleiben wir auf unserem Hitler sitzen.

Bildredaktor: Wir zeigen Trump als Schlange im Paradies. Headline: «Wenn der Teufel das Paradies verspricht».

Wirtschaftsredaktor: Da muss ich eher an den Sozialismus denken.

Literaturkritiker: Etymologisch gesehen ist die Headline korrekt. Das Wort «Paradies» geht auf das altpersische *pāiri-daēza* zurück, das «Ummauerung» bedeutet.

Chefredaktor: Das ist zu komplex für eine Headline.

Literaturkritiker: Alte Sprachen sind nun mal komplexer als neue Sprachen.

Bildredaktor: Wieso ist das so?

Literaturkritiker: Die Menschen waren früher gescheiter als heute.

Chefredaktor: Was war denn sonst noch los diese Woche?

Auslandredaktor: Die Schweiz hat per Volksabstimmung eine vereinfachte Einbürgerung für gutintegrierte Personen beschlossen.

Inlandredaktor: Trump hat deutsche Wurzeln und somit Anspruch auf einen EU-Pass. Ein solcher würde vielleicht eine vereinfachte Einbürgerung in die Schweiz erlauben.

Auslandredaktor: Was hätte er davon?

Inlandredaktor: Er nichts, aber der Rest der Welt. Als Schweizer wäre er der Neutralität verpflichtet.

Auslandredaktor: Und wenn die Schweiz ihn als Unterhändler nach Brüssel schickt?

Chefredaktor: Das wäre das Ende der EU.

Auslandredaktor: Hier haben wir die Headline: «Schweizer Trump zwingt Brüssel in die Knie».

Bildredaktor: Und dann zeigen wir Trump als Wilhelm Tell: in der einen Hand die Armbrust, in der anderen den Kopf, den er Gessler vom Leib geschossen hat.

Literaturkritiker: Wieso den Kopf und nicht den Apfel?

Chefredaktor: Weil sonst keiner den *Spiegel* kauft.

Namen

Kräuterschnaps gratis

Ein enttäuschendes Abendessen im «Baracca» in St. Moritz, dafür schmeckt die Pizza im «Chadafö». Von Hildegard Schwaninger

St. Moritz ist teuer und hat auch ein Recht, es zu sein. Die Fünf-Sterne-Hotelpaläste sind grossartig, der Service ist *impeccable* – sie so zu halten, kostet ein Vermögen, und der Gast zahlt gerne Geld dafür. Das Problem sind die Nebenkosten, das Mittagessen auf der Piste, das Abendessen in den Restaurants, Tee und Imbiss zwischendurch. Das sind die Ausgaben, die viele abschrecken und einen Mittelstand, der rechnen muss, daran hindern hierherzukommen.

Schlimm wird es, wenn die Preise hoch sind, aber die Qualität nicht stimmt. Ein Abend im «Baracca», dem zum In-Place umfunktionierten Bauarbeiterschuppen, der seit dreizehn Jahren existiert und boomt, war ernüchternd.

Ein guter Freund fragt mich, ob wir spontan zum Nachtessen gehen. Ja, klar! Warum nicht ins «Baracca», das unkomplizierte Lokal, wo alle hingehen, Jetset wie Buezer? Er kennt den Chef. Ruft den Max am Handy an. Der sagt, es sei voll, eine Gruppe Liechtensteiner sei da, aber er mache zwei Plätze frei. 130 Franken pro Person, es gebe ein Menü, Wein inklusive. Der Freund sagt, er lade mich ein. Ich werde ihn zurückeinladen; mit dieser Summe, 260 Franken, können wir in Zürich, wenn wir nicht übertreiben, locker in die «Kronenhalle» gehen.

Das «Baracca» ist knallvoll, als wir ankommen, und es ist laut. Ungefähr die Lautstärke, die man besonders liebt: Man kann nicht miteinander reden, hat bald Kopfweg, und

schliesslich geht man komplett erschöpft nach Hause.

Max Schneider, der Besitzer, den alle Max nennen, heisst uns mit Kuss willkommen und ist gleich mit mir per du. Ein Mann mit grauem Wuschelkopf und runder Brille, leutselig und lustig. Er führt uns an einen der langen Tische, man sitzt eng beieinander auf Holzbänken. Auf einer Wandtafel ist mit kunstvoller Schrift das Menü angeschrieben: Kalbsschulterbraten mit Polenta und Auberginengemüse.

Die Serviertochter fragt nach den Wünschen, bringt ein Glas Weisswein. Ungeniessbar! Die Kellnerin nimmt es ohne Murren zurück und bringt ein neues Glas. Es ist der gleiche Wein. Ungeniessbar! In dem Fall soll sie Rotwein bringen. Der Rotwein, den sie serviert, schmeckt nach einem zu Fr. 3.95 vom Discounter. Man fängt an, sich zu wundern, dass Menschen, die sich für Gourmets und Weinkenner halten (und das tun im sogenannten Jetset alle), hier überhaupt einkehren können. Später sagt ein St.-Moritz-Kenner, die Flaschenweineauswahl sei gut im «Baracca». Nur der offene Wein, mit dem hapert es offenbar.

Das Essen wird gebracht. Erst der Salat, für den das Lokal berühmt ist. 22 verschiedene Ingredienzien sollen drin sein. Gutes Olivenöl ist leider keins drin. Der Salat ist essigsauer, geniessbar nur mit viel Brot. Die Katastrophe ist die Hauptspeise. Eine Portion, so lächerlich klein, dass die Männer an unserem Tisch die Augenbrauen heben. Ich frage die Kellne-



Fast verliebt

Prosecco-Frühstück

Von Claudia Schumacher

Und das Beste: Milo will keine Kinder!», sagt Sarah, meine alleinerziehende Freundin, und wirkt dabei aufgeregt wie ein kleines Hündchen. Sie nimmt einen ordentlichen Zug vom Prosecco. Ich

schaue von ihrem Glas weg zur Flasche, um zu überschlagen, wie viel sie sich wohl schon reingeleert hat. Was soll gut daran sein, wenn Milo, Sarahs Verehrer, keine Kinder möchte? Schliesslich sitzt nur wenige Meter von uns entfernt ein kleiner Mann von sieben Jahren in seinem Zimmer, der nun einmal unbestreitbar Sarahs Söhnchen ist (auch wenn wir uns aufgrund seiner Vorliebe für Bücher und anständige Flüche à la «Scheibe» manchmal fragen, wie das nur möglich ist).

«Schau mich nicht so mitleidig an! Du verstehst das falsch. Milo hat ja nichts dagegen, dass ich ein Kind habe, er mag Kinder. Nur will er selber keins», klärt mich Sarah über die Einstellungen des neuen Mannes in ihrem Leben auf. Die beiden haben sich vor ein paar Wochen bei einem Raclette-Abend mit Freunden kennengelernt. Jetzt hatten sie die erste Verabredung zu zweit. Milo blieb entspannt, als Sarah



Augenbrauen heben: «La Baracca», St. Moritz.



Schluss mit «Marmite»: Gastronom Mathis.



Vor allem Schweizer: «Chadafö», Marguns.

rin, ob das alles sei. Sie meint, es gebe Nachschlag. Der Nachschlag kommt dann definitiv, die Essensqualität ist mittlere Studentenmensa. Das sieht nach purem Geiz aus! Jedenfalls würde **Donald Trump** das so twittern. Die Schweizer sind höflich und sprechen so etwas nicht aus.

Mit am Tisch sitzt ein berühmter Liechtensteiner mit seiner Frau: der Fleischfabrikant **Alexander Ospelt**, dessen Verkaufsschlager der Marke Malbuner (hergestellt nach traditionellem Familienrezept) auch bei Migros und Coop verkauft werden. Zur Qualität des servierten Weines kann er nichts sagen: Er trinkt keinen Alkohol.

Vielleicht haben wir im «Baracca» einen besonders schlechten Abend erwischt, aber so etwas dürfte am «Top of the World» nicht passieren.

Schade, dass **Reto Mathis** das Restaurant «La Marmite» auf der Corviglia auf Ende Saison schliesst. Vor fünfzig Jahren von seinem Vater eröffnet, wurden hier Kaviar, Hummer und Trüffel serviert. Ein Lokal auf 2486 Metern über Meer, nur für die Happy Few erschwinglich. Doch die Zeiten haben sich geändert, auch für St. Moritz. Das Feinschmeckerlokal wurde einfach zu teuer, in den letzten Jahren sass rund um das grandioseste Dessertbuffet der Alpenwelt nur noch eine Handvoll Gäste. Die St. Moritzer Bergbahnen wollen das Restaurant mit spektakulärem Panorama in Zukunft selber betreiben.

Gutes Preis-Leistungs-Verhältnis im «Chadafö», der für super Pizza bekannten Skihütte in Marguns: Eine Pizza und ein Apfelsaft kosten 29 Franken. Wenn man Glück hat, wird einem ein Kräuterschnaps offeriert. Gratis! Hier kehren vor allem Schweizer ein. Sind eben ein intelligentes Volk.

Ein leises Geräusch ist hörbar, Pedro kommt aus seinem Zimmer. Er schliesst sorgsam die Tür hinter sich, schiebt die Brille auf der Nase hoch und zieht seinen Pullover tiefer, der um den Bauch herum etwas spannt. Dann nimmt er den Van-Gogh-Bildband, den er aus der Bibliothek geliehen hat, und setzt sich damit auf die Couch, wo er sich aufmerksam jedes Bild ansieht. Pedros Füße reichen noch nicht einmal zum Boden.

«Er will nicht Fussball spielen aus Angst vor Grasflecken», flüstert Sarah am Esstisch. «Ich glaube, er braucht keinen neuen Vater, er ist so reif!» Ich runzle die Stirn und denke, dass es Pedro vielleicht schon ganz gut tun würde, wenn da mal ein Mann wäre, der vielleicht auch mal mit ihm an die frische Luft ginge. Wie das erste Treffen von Milo und Pedro wohl ablaufen wird?



Unten durch Silberpelz

Von **Linus Reichlin**

Nehmen wir mal an, du stehst kurz vor einem Rekord. Deine bisherige Bestleistung auf dem Hometrainer waren 748 verbrannte Kalorien pro Stunde, aber heute willst du in deinem Wohnzimmer die 800er-Marke knacken. Wenn du es schaffst, kannst du hinterher einen Deziliter Olivenöl trinken, ohne zuzunehmen. Und du wirst es schaffen, denn du bist ein kompetitiver Mensch, eine Kämpfernatur, und wenn gerade niemand sonst da ist, kämpfst du gegen dich selbst nach der Devise: «No mercy!» Hui, wie jetzt das Schwungrad saust, als du auf die magische Olivenöl-Marke zuradest! Die ergometrischen Daten auf der LED-Anzeige beginnen schon zu flackern, und du hörst ein metallisches Knirschen. Es würde dir sehr gefallen, wenn die Schweissnähte des Hometrainers jetzt bersten würden. Dann könntest du die Überreste dem arroganten, bulligen Verkäufer im Sportgeschäft vor die Füsse werfen mit den Worten: «Stahl ist zu schwach für mich. Ich brauche die Titanium-Edition.»

Das Knirschen wird immer lauter, aber jetzt entdeckst du, dass nicht deine Leistungsexplosion es verursacht, sondern ein Dachdecker, der auf dem Nachbarhaus ein Blech zuschneidet. Das siehst du durchs Fenster, vor welches du das Trimmrad gestellt hast, damit dein Training in die Nähe einer Outdoor-Aktivität kommt. Nach dem Zuschneiden verbiegt der Dachdecker ein dickes Stück Blech allein mit der Kraft seiner dicken Arme, und automatisch radelst du schneller. Als der Dachdecker zu dir rüberschaut, erhöhst du den Pedalwiderstand auf volle 350 Watt: «Go to the max!» Der Dachdecker soll nicht denken, dass du auf dem Trimmrad eine ruhige Kugel schiebst. Er soll sehen, dass du es mit seinem Blechverbiegen aufnehmen kannst. Obwohl du ehrlich gesagt schon ein bisschen ausgepumpt bist, trittst du so kräftig in die Pedale, dass du weisse Punkte siehst. Die Pulsanzeige blinkt im roten Bereich, und es fehlen dir nur noch 80 Kalorien bis zur Bestmarke. Du bist nicht ganz sicher, ob der Dachdecker da drüben wirklich grinst, aber wenn, wird ihm das Grinsen gleich vergehen, denn du legst noch einen Zacken zu und trittst

>>> Fortsetzung auf Seite 64

von ihrem Sohn Pedro erzählte. Und wenn man mal so drüber nachdenkt: Vielleicht war das Kind auch bei Sarahs vorherigen Männerversuchen gar nicht so sehr das Problem. Womöglich war es problematischer, dass Sarah nonstop widersprüchliche Signale sendete, bis die Kerle so verwirrt waren, dass sie ihren Namen nicht mehr wussten. Zeigte ein Mann seine Zuneigung, wurde Sarah ruppig: «Was ist denn das für ein Warmduscher?» Begegnete ihr ein Mann nach zwei Treffen noch unentschieden, war sie beleidigt: «Der ist doch bestimmt schwul!» Man musste ihr nur drei Wochen geben, um jeden in die Flucht zu schlagen. Wie eine Wildschwein-Mama, die ihr Junges vor Fremden verteidigt, vergass sie beim Kennenlernen immer, dass sie aus freien Stücken einen Mann suchte. Alleinerziehende Mütter, die vom Mann des Kindes verlassen wurden, bräuchten ein Resozialisierungsprogramm.

»» Fortsetzung von Seite 63

jetzt im Stehen in die Pedale. Du gibst alles, und siehe, der Dachdecker wendet sich ab! Er dreht dir den Rücken zu! Bei den Gorillas bedeutet das, dass ein inferiores Männchen die Überlegenheit des anderen anerkennt, das hast du bei Jane Goodall gelesen. Für einen Moment wächst dir ein Silberpelz auf dem Rücken. Aber dann stellt der Dachdecker sich breitbeinig auf den Dachfirst, mit dem Gesicht zu dir. Er hält sich mit beiden Händen einen Dachziegel über den Kopf und bricht ihn in zwei Hälften, nur mit Fingerkraft. Das war's dann für dich: Willkommen in der Inferiorität!

Du verspürst das archaische Bedürfnis, dich vom Dachdecker abzuwenden und ihm den Rücken zuzudrehen. Aber da das auf dem Hometrainer nicht geht, schaust du einfach nicht mehr hin. Was geht dich dieser Aufschneider an! Er hat sein Leben, du deins. Und in deinem Leben ist jetzt nur die 800-Kalorien-Marke wichtig. Gleich ist es geschafft, nur noch zwei Minuten durchhalten und 43 Kalorien abradeln! Du konzentrierst dich jetzt ganz auf dein Leben, auf das, was für dich wichtig ist: Liebe, Erfolg, Freundschaft, Erfolg, Familie und Erfolg. Als dich nur noch 14 Kalorien vom Sieg trennen, hörst du draussen einen Schrei. Es ist der Dachdecker. Er hängt an der Dachrinne und strampelt mit den Beinen. Natürlich willst du nicht, dass er abstürzt. Aber wenn du jetzt, mitten im Endspurt, so kurz vor dem Ziel vom Trimmrad steigst, musst du morgen noch mal von vorn anfangen. Willst du das? Du brauchst doch nur noch eine Minute! So lange wird er sich schon noch festhalten können, so kräftig wie er ist. Danach wirst du die Feuerwehr anrufen, versprochen. «Halt durch, Kumpel», keuchst du und radelst weiter, bis auf dem Display die grossartige Zahl 800 aufleuchtet.

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Pinot du Valais de luxe

Von Peter Rüedi

Die Flasche stiftet Verwirrung. Zuerst durch die luxuriöse Verpackung in einer Box für eine oder allenfalls für drei Bouteillen dieser «Hommage à Maurice Gay». Dann durch den dieser Präsentation entsprechenden Preis von 76 Franken. Drittens durch den Umstand, dass ein Grossbetrieb – Maurice Gay mit Sitz in Chamoson bewirtschaftet zwar nur relativ bescheidene 20 Hektaren eigener Rebberge, verarbeitet aber über eine Million Kilo Trauben von nicht weniger als 400 weiteren Walliser Winzern, also einen Siebtel des Volumens des Genossenschaftsriesen Provins –, dass also die Grosskellerei gleichen Namens ihrem Ahnen und Namensgeber eine exklusive Kostbarkeit (2300 Flaschen) widmet. Ferner dürfen wir uns bei allem Verständnis für den werberischen Hang zum Superlativ darüber wundern, dass die Website des im Besitz der Schenk-Gruppe befindlichen Betriebs (u. a. Domaine du Mont d'Or, Cave St-Georges, Cave St-Pierre, Badoux, Obrist) zu Formeln wie «das Nonplusultra» oder «die Haute Couture der Walliser Weine» greift – als würde Provins nur den *courant normal* bedienen, nicht zu reden von Walliser

Ikonen wie Marie-Thérèse Chappaz, Gérald Besse, Denis Mercier, Olivier Mounir.

Doch zur Sache selbst: Es gibt wohl einige Puristen, die ein Verschnitt von Cornalin und Merlot (um einen solchen handelt es sich bei der Hommage an den Gründervater), also einer autochthonen Walliser Sorte mit einer internationalen «Allerweltstraube», befremden mag, doch spätestens hier ist Einspruch angesagt. Die Cuvée (tönt doch gleich besser als «Verschnitt») funktioniert wunderbar, wie grosse Bordeaux-Assemblagen welchen Mischverhältnisses auch immer und wie, eine Etage tiefer, die besten Walliser Dôles, in denen sozusagen immer Pinot noir auf Gamay trifft. Mit Reinheitsgeboten ist (wenigstens im Sinn der Sortentypizität) beim Wein nichts auszurichten. Überhaupt, um die Kirche im Dorf zu lassen, ist diese «Hommage à Maurice Gay» von Maurice Gay ein wunderbarer, um nicht zu sagen majestätischer Wein, von den Önologen Thierry Ciampi und André Hotz

Es gibt wohl einige Puristen, die ein Verschnitt von Cornalin und Merlot befremden mag.

nach allen Regeln der Kunst zwanzig Monate im Holz ausgebaut – schon jetzt sehr zugänglich, aber locker auf fünf bis fünfzehn Jahre hin angelegt. Die schwarzen Fruchtnoten (Kirsche) verdanken sich dem Cornalin-Erbteil, der würzige, strukturelle Anteil der Merlot-Genetik; die Tannine sind fein gewirkt, die Vanillnoten vom Holz sorgfältig dosiert. Ein Vergnügen, so für sich betrachtet. Für alle, die die Fünfigernote nicht zweimal umdrehen müssen, bevor sie sie ausgeben.

Maurice Gay, Chamoson: Hommage à Maurice Gay, Cornalin & Merlot 2014.13 %. Obrist, Vevey. Fr. 76.–. www.obrist.ch

DIE  WELTWOCH

Bessere Argumente. Jede Woche.



Jetzt bestellen!

www.weltwoche.ch/probeabo
Telefon 043 444 57 01



Probeabo
8 Ausgaben
nur Fr. 38.–



Auto

Vom Durchschnitt

Der Kia Niro ist ein Beispiel für ein Fahrzeug, das zu einem vernünftigen Preis vieles kann und dazu noch nett aussieht. *Von David Schnapp*

Der Durchschnitt an sich hat keinen exzellenten Ruf. Das ist eigentlich nicht nachvollziehbar, denn der Durchschnitt, das sind die meisten von uns. In Zürich, wo ich zu Hause bin, ist Durchschnitt zu sein für die meisten keine Option. Das eröffnet einem andererseits auch wieder Möglichkeiten. Plötzlich fällt man mit einem soliden, grundvernünftigen, gefälligen Auto wie dem Kia Niro auf. Der Niro ist der Durchschnitt. Ein Auto,

das vieles kann; zu einem Preis, der sinnvoll erscheint, und in einem Design, das man sofort als gelungen beurteilt, ohne dass es irgendwelche polarisierenden Auffälligkeiten aufweisen würde.

Als ich an einem kalten Mittwochmorgen in der Garage Emil Frey an der Zürcher Badenerstrasse meinen zum Test vorgesehenen Wagen abholte und mich ans Steuer setzte, fühlte ich mich sofort wohl und aufgehoben – «sympathische Komfortzone», nennen sie es bei Kia. Sowohl innen wie aussen wirkt das Auto sorgfältig gestaltet und hergestellt. Man kann das mittlerweile an einem kleinen Detail ablesen: Wo ist der USB-Anschluss für das Smartphone angebracht? Manche Hersteller verstecken ihn im Fach unter der Armauflage in der Mitte, wo er schwer zugänglich ist. Andere bringen ihn in der Mittelkonsole an, aber in einem nur für kleine Kinderhände zugänglichen Winkel, was schlicht nicht durchdacht wirkt. Im Kia Niro ist der Anschluss ebenfalls in der Mittelkonsole, aber man erreicht ihn problemlos,

und er ist erst noch beleuchtet. Solche Kleinigkeiten signalisieren: Hier haben Ingenieure und Designer für den Durchschnittsfahrer gedacht und nicht die Funktion der Form wegen vernachlässigt.

Das komfortable Vorwärtskommen

Der Niro ist mit einem Hybridantrieb ausgestattet, der über einen Elektromotor mit 44 PS, einen Benzinmotor mit nochmals 105 PS, eine Lithium-Ionen-Polymer-Batterie und schliesslich über ein Doppelkupplungsgetriebe verfügt. Letzteres garantiert sanfte Schaltübergänge – vor allem im Vergleich mit CVT-Getrieben, die oft auch bei Hybrid-Fahrzeugen eingesetzt werden. Der Niro ist sicher kein Kraftpaket, aber für den Alltagsgebrauch reicht es allemal, und der Verbrauch schlägt im Wintergebrauch mit fünf bis sechs Litern pro hundert Kilometer zu Buche, was für uns Durchschnittsfahrer sehr anständig ist.

Überdurchschnittlich angenehm ist die Gestaltung der Preisliste für den Kia Niro. Es gibt lediglich zwei Optionen: 18-Zoll-Alufelgen für 450 Franken und eine Metallic-Lackierung für 590 Franken. Inbegriffen ist dafür von der Lenkradheizung über die Sitzbelüftung bis zum guten Klang des JBL-Soundsystems alles und ein bisschen mehr, was man für das angenehme, komfortable Vorwärtskommen heute so braucht.

Kia Niro Hybrid «Style»

Leistung: 141 PS/103,6 kW
Hubraum: 1580 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 162 km/h
Preis: Fr. 36 400.–



Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man jemanden nicht zur eigenen Hochzeit einladen, auf dessen Hochzeit man erst vor kurzem selbst zu Gast war?

Nico Ramstein, Basel

Sie stellen weniger eine Frage, Sie erzählen mehr einen kurzen Roman: Was ist denn passiert an der Hochzeit, an der Sie waren? Sassen Sie am miesesten Tisch, bei den unbeliebtesten Verwandten? War das Essen grauenvoll, und machte der Weisswein schon beim Aperitif Kopfschmerzen? Oder hat es mit dem Benehmen des Brautpaares Ihnen oder Ihrer Braut gegenüber zu tun? Sie kennen die Antwort. Ich nicht. Ich sage aber: Falls eine meiner Annahmen zutrifft (vor allem, wenn es mit dem Benehmen des seinerzeitigen Bräutigams gegenüber Ihrer Braut zu tun hat), dann brauchen Sie ihn nicht an Ihre Hochzeit einzuladen. In allen anderen Fällen schon, so viel Anstand muss sein. *Mark van Huisseling*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Trumpfs Angriff auf die Gewaltenteilung ist und bleibt eine Ungeheuerlichkeit.» *Matthias Walti*

Keine Bagatelle

Nr. 6 – «Trump verstehen»;
Editorial von Roger Köppel

Man soll die Arbeit von Trump nüchtern beurteilen – es ist wohl die einzige Aussage, bei der ich mit Roger Köppel übereinstimme. Denn gleichzeitig muss man die Dinge klar beim Namen nennen. Sein Angriff auf die Gewaltenteilung ist und bleibt eine Ungeheuerlichkeit. Trump hat sich nicht einfach über einen Entscheid «aufgeregt». Sondern er stellt die Legitimation des Richters in Frage, ihm überhaupt dreinreden zu dürfen. Und wenn mit Strategiechef Stephen Bannon ein offenbar brillanter Strategie im Weissen Haus sitzt, wird die Aussage wohl eher kalkuliert als unbedacht gewesen sein. Gleiches gilt für das Motto «America first». Niemand nimmt es einem Präsidenten übel, wenn er sich an Wahlversprechen hält oder die Interessen des Landes erstrangig behandelt, «anstatt sich dauernd in den Kram anderer Staaten einzumischen» (O-Ton Köppel). Fakt ist doch vielmehr: Trump droht anderen Nationen unverhohlen mit Strafaktionen und wird das auch weiterhin tun. Und das ist keine Bagatelle, die irgendwelche Medien zum Hype erklärt haben.

Matthias Walti, Muri

Analytisch, humorvoll

Nr. 6 – «Mythos oder Wahrheit?»;
Kurt W. Zimmermann über die «Lügenpresse»

Keiner schafft es meisterhafter und glaubwürdiger, der vierten Macht im Staate den Spiegel vorzuhalten, als Kurt W. Zimmermann – regelmässig in seinen wöchentlichen Kolumnen, ganz besonders aber in seinem jüngsten Artikel «Lügenpresse». Nüchtern, analytisch, bestens dokumentiert, ohne Beisshemmungen vor der eigenen Berufszunft, flüssig verfasst, stets mit einer Prise Humor und beruflicher Selbstironie versehen. Pflichtlektüre für alle Medienschaffenden. Darüber hinaus vor allem ein Lesegegnuss mit grossem Informationswert, den ich ausgesprochen schätze.

Adrian Lüchinger, Horgen

Beziehungen sind überbewertet

Nr. 4 – «Fast verliebt»; Claudia Schumacher über Frauenheld Maxim

Männer wie Maxim sollten sich ernsthaft damit auseinandersetzen, mit einem Mann zusammenzuleben und, frei nach dem «Sex ohne Liebe»-Ratgeber (*Weltwoche* Nr. 3/17), weiterhin der «richtige Falsche» für die Frauen und deren physisches Wohlbefinden zu bleiben. Männer,

mit denen man unverbindlich Spass haben kann, sind nämlich genauso selten wie die tolen Frauen, mit denen das geht. Und für alles andere kann Mann mit anderen Männern in einer WG leben – solange der Kühlschrank voll ist und genug Bier im Haus, gibt es auch keine Nörgeleien. *Franz Veigl, Zürich*

Steilpass für Kritik

Nr. 5 – «Selbstverteidigungsminister»;
René Zeller über VBS-Chef Parmelin

Parmelin zeigt Leadership. Im Projekt Bodlup spricht für den Bundesrat, dass er diese Evaluation stoppte und vor allem auch in laufenden IT-Geschäften genauer hinschaut und Konsequenzen einleitet. Man darf nicht vergessen, dass das desolante Führungs- und Informationssystem der Armee mit seinen enormen Kollateral- und Vertrauensschäden aufgrund der Unfähigkeit, dieses Projekt zu stemmen, auch gestoppt werden musste. Wir Steuerzahler haben die damit verdampften 800 Millionen bezahlt. Bis heute sind die Verantwortlichen nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Solche Vorfälle sind Steilpässe für armeekritische Kreise. *Roger E. Schärer, Feldmeilen*

Klarheit sieht anders aus

Nr. 4 – «Stählerne Lady»;
Wolfgang Koydl über Theresa May

Ist die Schweiz nach dem Brexit noch vollumfänglich an die EU-Verträge gebunden? Tatsache ist, dass die Schweiz nach dem Brexit einem anderen Vertragspartner gegenübersteht. Die Verträge mit der EU wurden definitiv unter dem Gesichtspunkt abgeschlossen, dass Grossbritannien ein wichtiges Element und ein Vertragspartner in den Verträgen ist. Werden aber jetzt einseitig (durch Grossbritannien und die EU) die Vertragsbedingungen geändert, ergeben sich zwangsläufig einige Fragen. Die EU-Verträge (zwischen der Schweiz und der EU) sehen zwar vor, dass sie weiter gelten, wenn neue Mitglieder zur EU kommen, aber es gibt meines Wissens keine entsprechenden Regeln für den Fall eines Austritts eines EU-Mitglieds. Klarheit wäre hier notwendig.

Peter Mohr, Hombrechtikon

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

| | | | | | | | | | | | | | | |
|----|----|----|----|----|----|----|---|--|--|----|----|----|----|----|
| 1 | | 2 | | 3 | | 4 | 5 | | | 6 | 7 | 8 | | 9 |
| | | | | | | 10 | | | | 11 | | | | |
| 12 | 13 | | 14 | | | | | | | 15 | | | | 16 |
| 17 | | | | | | 18 | | | | | | | | |
| | 19 | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | 20 | | | | 21 | 22 | | | |
| 23 | | 24 | | 25 | | | | | | 26 | | | | |
| 27 | | | | | | 28 | | | | | | 29 | 30 | |
| 31 | | | 32 | | 33 | | | | | 34 | | | | |
| | | 35 | | | | 36 | | | | | 37 | | | |
| 38 | | | | | | | | | | | 39 | | | |
| | | 40 | | | | | | | | 41 | | | | |

| | | | | | | | | | | | | | | |
|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|
| | | | | | | | | | | | | | | |
|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|--|

Lösungswort — Die Erwähnung mag der Aufklärung dienen
Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Bezahl-TV in Europa: Die ersten Spuren führen in die Schweiz. 6 Wer davon spricht, hat einiges an Vorarbeit geleistet. 10 Dank ihr wird sozusagen jeder zum grossartigen Kerl. 12 Statt babylonischer Sprachverwirrung vielleicht damit zur total globalen Verständigung. 15 Passt zu ihm: Ministerpräsident Israels und Friedensnobelpreisträger. 17 So eine Art griechische Umgangssprache vor rund 2000 Jahren. 18 Auf sie folgt jeweils ein Amtseid. 19 Klingt als wär's kein Tier, dabei ist es gar ein gefährliches. 20 Es soll dann schon aufregend und Aufsehen erregend sein. 23 Keine Flunkereien, die Erfindungen sind völlig legitim. 26 Fehlt nicht viel, und er würde zur Fasnacht passen. 27 Was Gaia für die Griechen, war sie in etwa in der keltischen Mythologie Irlands. 28 Er ist radikal, fundamental bis katastrophal. 31 Die Bewegung hat wohl mit Empfindung oder gar Bewegtheit zu tun. 34 Was aus Remund im Kanton Fribourg geworden ist. 35 Beim Wort genommen, könnte man meinen, sie kenne keine Fröhlichkeit. 37 Schlicht ein Gottesurteil. 38 Ein Schrittchen nur von ihr bis zur Arroganz. 39 Gut heisst sie und ist sie, sportlich gesehen. 40 Anonyme Alkoholiker – nicht anonym ihre Herkunft. 41 Sie gehört mit zum Wahlspruch der französischen Republik.

Senkrecht — 1 Nordamerika: Zug von Siedlern anno dazumal. 2 Jener à la provençale wird ganz oder in Stücken mit Gemüse geschmort. 3 Rumänien, Nordnordost, dort ein unscheinbarer Ort. 4 Uri, Schwyz und diese so genannte liquide Fläche. 5 Womit Unken berauscht werden. 6 Die Pflanze mag das Dunkel wie vor 400 Millionen Jahren. 7 Weiterhin Ammann, vor dreissig Jahren auch Miss Schweiz. 8 Das indische ist ein Nachkomme des einstigen Auerochsen. 9 Der endlose Tanz, fast wie eine Pflanze. 11 Man erhält sie durch Gefrier-trocknen, Zentrifugieren, Einkochen oder Destillieren. 13 Katholischer Geistlicher: damit dann klar erkennbar. 14 Nicht links, nicht rechts, weder oben noch unten, und das in Frankreich. 16 Einer wie Indonesien, Kuba, Irland oder Island. 21 Man wähle die richtige im Spielkartenblatt. 22 Womit die Strasse zum längsten Strassenbau-denkmal der Schweiz wird. 23 Ausgestos-sene, die man nicht nur aus Indien kennt. 24 Fall: dieser ist der zweithöchste Wasserfall der Welt. 25 Der eines Bruchs – interessiert keinen Chirurgen. 29 Kapital hat keine, besagt ein Sprichwort. 30 Er mag die Bäume sehr, doch nur die auf Madagaskar. 32 Eine Zeit, vor (Ur-)Zeiten in Vorderasien. 33 Falsch buchstabiert, folglich falsch. 36 Eca: nur damit ein grosser römischer Philosoph.

Lösung zum Denkanstoss Nr. 504

| | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| A | B | A | K | U | S | M | S | K | A | L | A | | | |
| K | R | I | M | I | T | R | A | K | U | N | A | I | | |
| L | I | N | D | E | I | N | I | C | O | L | L | I | E | R |
| E | G | E | W | I | S | S | H | E | I | T | D | E | | |
| E | B | E | N | K | P | A | R | T | I | K | E | L | | |
| O | G | E | R | E | P | A | V | O | N | I | | | | |
| U | N | G | E | N | A | U | W | E | S | I | R | A | | |
| M | A | N | O | T | E | E | R | E | P | E | N | | | |
| H | O | L | Z | S | C | H | U | H | G | R | O | B | | |
| I | T | A | L | I | A | G | E | B | A | E | R | E | N | |
| O | N | E | S | T | L | E | A | N | N | A | N | | | |
| B | E | T | R | E | N | A | H | T | L | E | E | | | |

Waagrecht — 1 ABAKUS 7 SKALA 12 KRIMI
13 IRAK 16 UNAU 17 LINDE 18 NICOLLIER
20 GEWISSHEIT 22 DE 23 EBEN 25 PARTIKEL
27 GERE (amerik. Filmschauspieler, A. Gigolo =
Filmtitel) 29 PAVONI 30 UNGENAU 33 WESIR
34 MANO (span. f. Hand) 35 TEER 37 EPEN
39 HOLZSCHUH 41 GROB 42 ITALIA 43 GE-
BAEREN 45 NESTLE 46 ANNAN 47 BETR(-ag)
48 NAHT 49 LEE

Senkrecht — 1 ARI (Ira) 2 BINGE (engl. f. Exzess)
3 AMDEN 4 KIEW 5 SINS 6 MACHA 8 KULTI-
VIEREN 9 ANI (-mal: engl. f. Tier) 10 LAEDEN
11 AURELIAN 12 KLEE 14 RISPE 15 KOERPER
19 LITAS (lista, span. f. Liste) 21 IKEA 24 BON-
MOT (von franz., wörtlich f. bon, gut und mot,
Wort) 26 KORPORAL 27 GNOSIS 28 RUTH
31 GALANT 32 ENZLER 33 WEHE 36 EUGEN
(Mein Name ist Eugen, Jugendbuch, 1955)
38 EBENE 39 HIOB 40 CATE (Blanchett, Schau-
spielerin) 41 GANT 44 BAH

Lösungswort — **SERIOSITAET**

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien



Freude am Fahren



EINER FÜRS HERZ. EINER FÜR DEN VERSTAND.

DER BMW 2er ACTIVE TOURER MIT xDRIVE,
DEM INTELLIGENTEN ALLRADSYSTEM. AB CHF 32 800.-.

BMW 218d xDrive Active Tourer Essential Edition, 110 kW (150 PS), 1995 cm³, 5-Türer, 4,7–4,9 l/100 km, BÄ 5,3–5,5 l/100 km, 124–129 g CO₂/km (Durchschnitt aller immatrikulierten Neuwagen in der Schweiz 134 g/km), CO₂-Emission aus Treibstoffproduktion 21 g/km, Energieeffizienzklasse C–D. Unverbindliche Preisempfehlung CHF 32 800.- (Katalogpreis CHF 36 700.- abzüglich CHF 2 900.- Prämien und, falls zutreffend, CHF 1 000.- Eintauschprämie). Aktion gültig bei allen teilnehmenden BMW Partnern vom 1.2.2017 bis 31.3.2017 (Kundenübernahme 30.4.2017). Alle Preise inklusive 8% MWST. Abgebildetes Fahrzeug enthält Sonderausstattungen: Modell M Sport CHF 4 710.-, Metallic-Lackierung CHF 960.-, Dachreling Schwarz CHF 290.-.